

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Dänemark, Norwegen und Schweden 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Wälderwelt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Freitag, den 22. Oktober 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Vertriebsstellen: Berlin SW. 68 - Hauptstadt: Post der Arbeiter, Ungelehrten und Beamten, Wallstr. 65; Absatz-Gesellschaft, Repetierstraße 1.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareil-Anzeige 20 Pfennig. Reklamesello 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ das festschriebene Wort 25 Pfennig (außer zwei festschriebene Worte). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Einrückende das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Konventionen Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße, abgegeben werden. Gedruckt von 5 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Reichsregierung und Erwerbslosennot.

Katastrophale Verständnislosigkeit der Regierung. - Ausreden gegen die sozialdemokratischen Anträge.

In seiner Geschichte der englischen Armengesetzgebung schreibt Dr. G. Nicholls, daß es unter Umständen billiger sein kann, den leeren Magen zu füllen, damit er wieder gehorjam wird, als die hungernden Elenden durch Waffengewalt zu zwingen, das Raastbeef ihrer Nachbarn zu respektieren.

Die deutsche Reichsregierung ist von einer solchen Einsicht noch weit entfernt. Sie treibt Katastrophenspolitik. Die gestrigen Vorgänge im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages zeigen es deutlich. Angesichts so großer Verständnislosigkeit der Reichsregierung ist es die Aufgabe des Reichstages, den notwendigen Ausbau des Arbeitslosenbeschutzes zu erzwingen, damit Schlimmeres verhütet wird. Die Sozialdemokratie ist entschlossen, sich mit aller Kraft für die Durchsetzung der von ihr aufgestellten Forderungen einzusetzen; dem Antrage der Fraktion entsprechend ist zur Vorbereitung einer sofortigen Neuordnung der Erwerbslosenfürsorge ein Unterausschuss eingesetzt worden.

Bier Fragen sind es, deren Neuordnung der sozialdemokratische Antrag fordert, durch den nun endlich der Ausbau des Arbeitslosenbeschutzes zur Entscheidung gebracht wird: Wesentliche Erhöhung der Unterstühtungen, Aufhebung der Bedürftigkeitsprüfung, Verlängerung der Unterstühtungsdauer, Beseitigung der Pflichtarbeit.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hat die Notwendigkeit dieser Maßnahmen mit einer Reihe haltloser Einwände bestritten. Sein Ministerium versucht ja seit einiger Zeit durch Mitteilungen über den Rückgang der unterstühten Erwerbslosen den Eindruck eines erheblichen Rückganges der Arbeitslosigkeit zu erwecken. Es verschweigt, daß es sich dabei um zwei verschiedene Dinge handelt. Der Rückgang in der unterstühtenden Erwerbslosenfürsorge ist ja nicht nur auf die leichte Besserung des Arbeitsmarktes zurückzuführen. Eine erhebliche Rolle bei diesem Rückgang spielt auch das Ausschleiden langfristiger Erwerbsloser aus der Erwerbslosenfürsorge infolge Aussteuerung. Im Mai hat Dr. Brauns diese Zahl auf 42 000 veranschlagt, heute sind es weit über 100 000.

Bei diesen Zehntausenden handelt es sich nach wie vor um Arbeitslose, die nun nicht mehr in der Statistik der unterstühtenden Erwerbslosenfürsorge erscheinen. Und nun gar noch von einer anhaltenden Besserung des Arbeitsmarktes zu reden, muß auf die zwei Millionen Arbeitslose, die vergeblich nach Arbeit suchen, und auf die zwei Millionen Kurzarbeiter wie eine Provokation wirken. Selbst im Reichsarbeitsministerium rechnet man doch für den jetzt nahenden Winter mit einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit. Baugewerbe und Landwirtschaft sehen zu dieser Jahreszeit immer erhebliche Arbeitskräfte frei. Und da hat Herr Brauns den Mut, von einer anhaltenden Besserung des Arbeitsmarktes zu reden?

Derselbe Dr. Brauns, der in der Reichstagsführung vom 28. Juni davon sprach, daß der Arbeitsmarkt noch längere Zeit sehr ungünstig sein kann und der uns damit trösten wollte, daß wir allerdings vom Jahre 1929 ab auf eine Besserung des Arbeitsmarktes infolge des Geburtenausfalls während der Kriegszeit hoffen können.

Die Verständnislosigkeit der Reichsregierung erscheint in diesem Beispiel in heller Beleuchtung. Selbst wenn es in allernächster Zeit gelingen würde, die Arbeitslosenziffer um einige Hunderttausende zu vermindern, bleibt es ein ungeheures Arbeitslosenheer, dessen Arbeitskraft zu schützen vornehmste Aufgabe des Staates sein muß.

Im engsten Zusammenhange damit steht die Frage der ausreichenden Fürsorge für die langfristigen Erwerbslosen. Die Reichsregierung weigert sich, die Unterstühtungsdauer zu verlängern. Auch hier täuscht sie die Öffentlichkeit über die Wirkungen ihrer unzulänglichen Maßnahmen, indem sie den Eindruck zu erwecken versucht, als würde für die Ausgesteuerten durch die Armenfürsorge ausreichend gesorgt. Der Reichsarbeitsminister hat bereits während der Juni-Behandlungen vergessen, den Reichstag darauf aufmerksam zu machen, daß die Rechtslage der Armenfürsorge eine wesentlich ungünstigere ist wie die der Erwerbslosenfürsorge; er hat vergessen, darauf hinzuweisen, daß Unterstühtungen von der Armenfürsorge nur unter erschwerenden Bedingungen bewilligt werden dürfen,

also eine Art verschärfte Bedürftigkeitsprüfung und vor allen Dingen hat der Reichsarbeitsminister verschwiegen, daß die Armenfürsorge gar nicht verpflichtet werden kann, den Ausgesteuerten die Unterstühtungssätze der Erwerbslosenfürsorge zu zahlen. Man ist beinahe versucht, von einer Irreführung des Reichstages im Verlaufe der Juni-Beratungen zu reden, überprüft man noch einmal die damaligen Verhandlungen. Herr Brauns hat in seiner Rede am 28. Juni erklärt, daß „zur Fürsorge für die hilfsbedürftigen Ausgesteuerten an sich die Gemeinden überall verpflichtet sind“; er erweckte damit beim Reichstag den Eindruck, daß den Ausgesteuerten der Fortbezug der Erwerbslosenunterstühtung durch die Wohlfahrtspflege, wie er schamhaft die Armenfürsorge umschrieb, gesichert bleibt, unterließ es jedoch, dem Reichstag über die vorerwähnten Unterschiede zwischen Erwerbslosenfürsorge und Armenfürsorge reinen Wein einzuschenken.

Und noch ein anderes muß man dem Reichsarbeitsminister ins Gedächtnis zurückerufen. Weiß er wirklich nicht mehr, daß im Juni in seinem Ministerium die Absicht bestand, eine wirkliche Fürsorge für die Ausgesteuerten zu schaffen, weil auch nach Auffassung des Ministeriums der Weg über die Armenfürsorge ungangbar ist? Damals sollte dieser Fürsorge nicht der Rechtscharakter der Armenpflege gegeben werden; inzwischen hat das Reichsarbeitsministerium das Gegenteil getan. Das wollte der Reichstag nicht; er tut gut daran, dem Reichsarbeitsministerium vom Juni Recht zu geben. Der einfachste Weg ist die Verlängerung der Unterstühtungsdauer. Sie ist auch deshalb notwendig, weil wir in Wirklichkeit noch nicht einmal allgemein die zwöschige Unterstühtungsdauer haben. Die letzten 13 Wochen werden, wie das Verhalten des Landesarbeitsamts München zeigt, keineswegs allen Erwerbslosen bewilligt.

Die Reichsregierung will den langfristigen Erwerbslosen durch Notstandsarbeiten helfen. Der Reichstag hat alle Ursache, Untersuchungen darüber anzustellen, was die Reichsregierung aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm gemacht hat. Zwei Zahlen reden deutlicher wie Worte vermögen. Am 15. Mai wurden 170 105 Notstandsarbeiter beschäftigt. Der letzte amtliche Ausweis vom 15. September gibt 130 113 an. Statt die Zahl der Notstandsarbeiter zu vermehren - das Arbeitsbeschaffungsprogramm fordert die Beschäftigung von 500 000 -, hat sie die Reichsregierung um 40 000 vermindert.

Das sind erschütternde Beweise für die Hilflosigkeit und Sozialfeindschaft dieser Regierung. Es ist deshalb die Aufgabe des Reichstages, die von der Sozialdemokratie geforderten Maßnahmen zur Vinderung der Not der Erwerbslosen unverzüglich durchzuführen.

Finanzlage und Erwerbslosenhilfe.

Die wahren Gründe für die ablehnende Haltung der Regierung.

Die wahren Gründe für die ablehnende Haltung der Reichsregierung gegen die Forderungen der Sozialdemokratie liegen in der Abneigung, weitere öffentliche Mittel für die Erweiterung der Erwerbslosenhilfe auszugeben. Der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hat deshalb im Gegensatz zu früheren Reden die ernste Lage der Reichsfinanzen betont und sich auf den Standpunkt gestellt, daß er weitere Mittel nicht beschaffen könne. Wie er es angesichts dieser Tatsachen mit seinen Pflichten vereinbaren kann, den kapitalistischen Wirtschaftskreisen weitere Steuerermäßigungen in Aussicht zu stellen, würde man gern von ihm er-

fahren. Vorerst wird er mit Recht auf Zweifel stoßen und sich ernster, als das im Sozialpolitischen Ausschuss geschah, mit der Meinung auseinandersetzen müssen, daß das, was fehlt, nicht das Geld ist, sondern der gute Wille.

Sind aber wirklich Schwierigkeiten vorhanden, mit den bisherigen Einnahmen des Reiches eine erweiterte finanzielle Fürsorge für die Erwerbslosen durchzuführen, dann wird man sich überlegen müssen, ob nicht neue Einnahmequellen zu erschließen sind. Es ist geradezu aufreizend, zu sehen, wie in der großen Krise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit und den unerhörten Leiden breiter Volksschichten einzelne kapitalistische Kreise nie dagewesene Gewinnmöglichkeiten haben. Für Tausende von Arbeitern und Angestellten ist die Rationalisierung verbunden mit völliger Untergrabung ihrer Existenz, obwohl die rationalisierten Unternehmungen große und sofort greifbare Vorteile davon haben. An der Börse sind in den letzten Monaten Gewinne bis zu vielen hundert Prozent erzielt worden, Gewinne, die es in dieser Höhe niemals vorher gegeben hat. Daher muß man prüfen, ob die bis Ende 1928 ausgelegte Vermögenszuwachssteuer nicht bereits Ende 1926 zur Erhebung gelangen muß. Auch ist es bedenklich, daß der Ertrag der Vermögenssteuer um rund 100 Millionen hinter dem niedrig festgesetzten Voranschlag zurückbleibt. Die Erbschaftsteuer gar, die im Frieden bereits mehr als 50 Millionen gebracht hat, hat im ersten Halbjahr 1926 nur den lächerlich geringen Ertrag von 12 Millionen gehabt.

Bei dieser Sachlage kann man sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß zur Winderung der Not der unschuldigen Opfer der Wirtschaftskrise kein Geld vorhanden ist. Die Möglichkeit zur ausreichenden Hilfe für die Erwerbslosen besteht und sie muß benützt werden. Die Sozialdemokratie hat jedenfalls aus dem Verlauf der Erörterungen im Sozialpolitischen Ausschuss neuerdings die Überzeugung gewonnen, daß neben der Beschaffung von Arbeit auch der Ausbau der Unterstühtung für die Erwerbslosen notwendig ist, wenn soziale und politische Erschütterungen vermieden werden sollen. Ihr Ziel ist jetzt, das für notwendig Erkannte durchzusetzen. Sie erwartet dabei die Mithilfe anderer Parteien, die den Beweis liefern müssen, daß sie ihre Verpflichtungen auch gegenüber einer widerstrebenden Regierung durchzusetzen bereit sind.

Schluß der Beratungen im sozialpolitischen Ausschuss.

Nach der Rede des Genossen Herz im Sozialpolitischen Ausschuss antwortete der Reichsfinanzminister Dr. Reinhold. Zu seiner Rechtfertigung bemerkte er, die Notlage der Länder solle bei dem Finanzausgleich berücksichtigt werden. Das zwingt aber die Regierung zur Ansammlung von Reserven. Wenn ein Defizit vermieden werden solle, müsse das Reich jetzt Mehrausgaben unterlassen. Eine Steigerung der Erwerbslosenunterstühtung habe auch wieder eine Neuordnung der Beamtenbezüge zur Folge. Für die Unterstühtung der Erwerbslosen seien in den letzten Monaten vom Reich folgende Aufwendungen gemacht worden: April 28,7 Millionen, Mai 23,8 Millionen, Juni 23,6 Millionen, Juli 26,6 Millionen, August 21,2 Millionen. Die Länder hätten jeweils genau dieselben Aufwendungen gehabt, die Gemeinden ein Neumiel davon.

Im weiteren Verlauf der Debatte erklärte der Reichsarbeitsminister, daß eine Neuordnung der Unterstühtungssätze erst dann zu erwarten sei, wenn das System geändert und eine Staffelung nach Lohnklassen eingeführt wäre.

Genosse Brey ließ keinen Zweifel darüber, daß die Sozialdemokratie nicht gewillt ist, eine Besserstellung der Erwerbslosen bis zur Einführung eines neuen Systems oder bis zur Schaffung der Arbeitslosenversicherung weiter verschleppen zu lassen. Er wies im einzelnen nach, daß eine Einführung der Lohnstaffel im gegenwärtigen Augenblick mit besonderen Härten verbunden sei, da die Löhne aus der Inflationszeit, die hier zugrundegelegt werden, besonders schlecht waren. Brey legte im einzelnen dar, daß es

sehr wohl möglich ist, auch im Rahmen des jetzigen Systems die sofortige Erhöhung der Unterstühtung herbeizuführen.

Ebenso dringlich aber ist die Verlängerung der Bezugsdauer für die Ausgesteuerten. Die Regierung brauche nur die Einnahmequellen

Fünfte Werbebeilage des „Vorwärts“:

Sozialistische Kommunalpolitik

Hugo Heimann: Einst und jetzt. Ernst Reuter: Was ist zu tun? Dr. Ing. Martin Wagner: Berliner Wohnungspolitik. Dr. S. Kawerau: Kommunale Schulpolitik. Dr. E. Witte: Das Schulgeld an höheren Schulen.



zu benutzen, die unsere Fraktion bei der Steuerreform aufgezeigt hat, um ihre sozialen Verpflichtungen erfüllen zu können.

Die Kommunisten versuchten fortwährend durch langsame Reden den Vorstehenden zu provozieren. Um diese Demonstration fortsetzen zu können, wandten sie sich auch dagegen, daß ein Unterausschuß eingesetzt wird und sie verlangten unter großer Heftigkeit, daß die Sozialdemokraten auf Wunsch der Kommunisten ihren Antrag zurückziehen.

Der völkische Abgeordnete Stöhr springt den Kommunisten bei und wendet sich gleichfalls gegen die Einsetzung eines Unterausschusses.

In der folgenden Abstimmung wird der Unterausschuß gegen die Stimmen der Kommunisten und der Völkischen beschloffen.

Berichterstatter ist unser Genosse Brey, die sozialdemokratische Fraktion ist durch die Genossen Stiebel und Luise Schroeder vertreten.

### Reichsrat und Erwerbslosenverordnung.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag nachmittag unter Vorsitz des Ministers Dr. Rütz eine öffentliche Vollversammlung ab. Unter den eingegangenen Vorschlägen befindet sich das neue Straßengesetz. Angenommen wurde ein Gesetz über ein Zuständigkeitsverhältnis zu Artikel 20 des deutsch-litauischen Handelsvertrages.

Der Reichsrat erklärte sich mit einer Verordnung zur Abänderung der bisherigen Verordnung über Erwerbslosenunterstützung einverstanden. Bisher konnte Erwerbslosenunterstützung nicht gewährt werden, wenn während der letzten zwölf Monate weniger als drei Monate hindurch eine krankensicherungsspflichtige Beschäftigung ausgeübt worden war. Dies hat zu mancherlei Härten geführt, die nunmehr in folgenden drei Punkten gemildert werden sollen: Auf die zwölf Monate soll mit angerechnet werden die Zeit, während derer eine Beschäftigung ausgeübt wurde, die ihrer Art nach die Anwartschaft auf die Fürsorge begründet, aber weniger als drei Monate dauerte; ferner die Zeit, während derer der Beiratsende infolge von Krankheit arbeitsunfähig war und die Zeit, während derer auf behördliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt wurde.

### Verfrühter Jubel.

#### Staatsgerichtshof und Wehrverbände.

Der nationalstiftischen Presse ist großes Heil widerfahren. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs, die das Verbot des „Wikingbundes“ und des „Sportvereins Olympia“ außer Kraft setzt, soweit es sich auf das Republikstufgesetz bezieht, gibt Anlaß zu pompösen Redensarten von einer „vernichtenden Niederlage“ oder einer „unheilbaren Blamage“ der preussischen Regierung. In Tönen höchster Entrüstung wird von ihr gefordert, daß sie den Mißerfolg der Aktion gegen die Rechtsradikalen offen eingestehen und alle Konsequenzen ziehe.

Nur kennt noch niemand die Begründung, die der Staatsgerichtshof seinem Entscheid zugrunde gelegt hat. Aber das ist nebenächlich gegenüber der Tatsache, daß die beiden Putschverbände auch verboten sind auf Grund des Gesetzes zur Ausführung des Friedensvertrages. Gegen die es Verbot gibt es keine Anrufung des Staatsgerichtshofes und überhaupt keine gerichtliche Entscheidung. Denn das Gesetz zur Ausführung des Friedensvertrages macht die Auflösung militärisch organisierter Verbände zur zwingenden Pflicht. Eine Aufhebung des Verbotes könnte also nur vom Reichsrat erfolgen und in Frage kommen, wenn die Reichsregierung sich überzeugt, daß die Verbände keine „militärisch organisierten“ im Sinne jenes Gesetzes sind.

Aber nicht nur die Reichsregierung hat an der Sache ein Interesse. Wie die neuesten Beschlüsse der Botschafterkonferenz zeigen, stehen diese nationalstiftischen „Wehrverbände“ mit ihren militärischen Spielereien jeder ernsthaften Friedenspolitik nach wie vor im Wege, liefern sie vielmehr den Entente-Nationalisten wie bisher die besten Vorwände

zu immer neuen Radestritten gegen die Republik. Deshalb muß auch die Deffenlichkeit, das ganze Volk wissen, welche Gründe das Staatsministerium bewegen haben, das Verbot der Verbände auszusprechen. Wir erwarten, daß der Landtag von der Regierung Aufklärung fordert und daß die Regierung baldmöglichst das Material bekanntgibt, das sie ihrer Maßnahme zugrunde gelegt hat. In der Demokratie sind solche Maßnahmen nur möglich, wenn die Gesamtheit sich selbst ein Urteil bilden kann. Wir hoffen, daß seine außenpolitischen Rücksichten der Bekämpfung des Materials im Wege stehen. Man würde bei Kenntnis der Unterlagen doch auch erweisen können, was alles der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik für erlaubt hält, wenn es sich um Rechtsradikale handelt, derselbe Staatsgerichtshof, der mit Zuchttauerstellen gegen Kommunisten geradezu verschwenderisch umgeht. Also heraus mit den Wiking- und Olympia-Akten, selbst wenn unsere Nationalisten daran keine reine Freude haben sollten!

### Die Halschlinge für die Republik.

#### Das neue Diktatargesetz.

Wir veröffentlichten und kritisierten am Dienstag einen unerhörten Entwurf eines Diktatargesetzes, das im Reichsministerium des Innern entstanden war. Die entwürflichen Ablehnungen versuchten so zu tun, als ob es sich um eine „Vorstudie“, ein „Konzept“, eine „Richtigstellung“, einen „Wisch“ gehandelt habe, der noch nicht einmal die Registrierung des Amtes passiert habe, wie der „Total-Anzeiger“ triumphierend berichtete. Von diesem Lügengebäude blieb nun nicht ein Stein auf dem anderen, als sich herausstellte, daß bereits Anfang September mit anderen Ministern auf der Grundlage dieses Entwurfes verhandelt worden war.

Aber war es schon verächtlich, daß das Amt vermiecht, auch nur mit einer Zeile anzugeben, inwiefern der neue Entwurf sich von der „Vorstudie“ unterscheidet, so stellte sich jetzt heraus, daß nur formale Unterschiede bestehen. Die Zahl der Paragraphen ist um drei vermindert, das ist fast alles! Geblieben ist die Ausschaltung des Reichstags, geblieben ist der militärische Belagerungszustand, geblieben ist alles mit einer einzigen kleinen Aenderung: es ist die Ratschlagsbestimmung eingefügt, daß in der Regel der bürgerliche Beauftragte beauftragt werden solle.

Daraus ergibt sich, daß die heftigen Ablehnungen der schuldigen Ministerien nichts als eine Finte sind, um die Deffenlichkeit irrezuführen. Mit dem Dementi der Vorstudie soll für den jetzigen Referentenentwurf Stimmung gemacht werden. Man rückt von der „Vorstudie“ ab, um die Deffenlichkeit darüber zu täuschen, daß der jetzige Referentenentwurf so gut wie eine Kopie dieser Vorstudie ist! Das ist die Taktik der republikfeindlichen Bureaucratie, die die Deffenlichkeit sowie die Wahrheit scheut.

### Der Dementierapparat stillgelegt.

Zu der neuen Veröffentlichung über das Diktatargesetz erklärt die Reichsregierung, daß sie grundsätzlich davon absehen müsse, zu Veröffentlichungen wirklicher oder angeblicher Referentenentwürfe Stellung zu nehmen, die noch nicht die Genehmigung des zuständigen Ministers gefunden haben, geschweige denn vom Reichskabinettsrat beraten worden sind; zu einer Durchbrechung dieses Grundsatzes in dem vorliegenden Falle sehe sich die Reichsregierung um so weniger veranlaßt, als das Material zu dieser Veröffentlichung nur „mittels einer kriminellen und disziplinarisch zu ahndenden Handlung“ in den Besitz der Presse gelangt sein könnte.

Am Dienstag und Mittwoch gelangte es amtliche Dementis. Jetzt behauptet die Reichsregierung eine neue Uebertragung. Sie zieht sich auf den Grundhals zurück, daß über Referentenentwürfe nichts mitgeteilt werden dürfe. Sie gibt damit zu, daß der Diktatargesetzentwurf, wie er jetzt von neuem veröffentlicht wurde, keine „Richtigstellung“, sondern Wirklichkeit ist.

Herr Rütz sollte in seinem Ministerium nach dem Rechten sehen. Ist er nur eine Dekoration, daß seine Referenten ohne seine Genehmigung den Entwurf anderen Ressorts zugeleitet und darüber verhandelt haben?

### Mahnung zur Zurückhaltung.

#### Die Regierungen an die Bevölkerung des besetzten Gebietes.

Koblenz, 21. Oktober. (W.B.) Das Oberpräsidium der Rheinprovinz gibt bekannt: Aus Anlaß mehrerer bedauerlicher Zusammenstöße zwischen Angehörigen der Besatzungsarmee und der Bevölkerung des besetzten Gebietes hat die preussische Staatsregierung im Einvernehmen mit der Reichsregierung den Oberpräsidenten der Rheinprovinz und die Regierungspräsidenten des besetzten Gebietes erneut angewiesen, auf die Behörden und die Bevölkerung im Sinne einer würdigen und besonnenen Zurückhaltung gegenüber den Besatzungstruppen einzuwirken, um Zwischenfälle zu vermeiden, die, wie auch die Schuldfrage im einzelnen liegen möge, die Bereinigung des Gesamtpblems der Befriedung erschweren und insbesondere das von der Reichsregierung verfolgte Ziel einer baldigen völligen Befreiung des besetzten Gebietes gefährden.

### Änderung des Reichswahlgesetzes?

#### Besprechung des Wahlreformentwurfes mit den Parteiführern.

Unmittelbar nach Zusammentritt des Reichstags wird, wie das Nachrichtenbureau des Vereins Deutscher Zeitungsverleger erfährt, die Wahlreformfrage mit den Führern der großen Parteien im Reichstag besprochen werden. Erst nach diesen Besprechungen wird der Entwurf seine endgültige Fassung erhalten. Vorläufig liegt ein Referentenentwurf vor, dessen Schicksal von der Aufnahme abhängt, die ihm die großen Parteien bereiten werden. Wann die Vorlage an das Reichskabinettsrat gelangt, ist zurzeit noch nicht zu übersehen.

### Volksbegehren in Hessen.

#### Reaktion und Kommunisten für Landtagsauflösung.

Darmstadt, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der heftige Landtag beschloß am Donnerstag einstimmig, das von den Rechtsparteien eingeleitete Volksbegehren zur Auflösung des hessischen Landtages zuzulassen. Die Sozialdemokratie erklärte, daß sie angesichts der vielfachen Verstöße die Befähigung des Volksbegehrens nicht anerkennen kann, daß sie aber, um die Ruhe im Lande wiederherzustellen, dem Antrag zustimme. Anfang Dezember wird voraussichtlich der Volksentscheid stattfinden. Für die Auflösung stimmen die Deutsche Volkspartei, die Deutschnationalen, Bauernbund und Kommunisten. Die Kommunisten unterstützen damit die antisoziale Politik der Reaktion und machen sich auch in Hessen zu den Steigbügelhaltern der Rechtsparteien. Gegen die Auflösung des hessischen Landtages stimmen die Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum.

### Fort mit dem Gasriegel!

#### Deutsche Forderung in Genf.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Genosse Dudgeest hat in seiner Eigenschaft als Mitglied des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses der niederländischen Presse Erklärungen gegeben, in denen er seine Befriedigung über das Zusammenarbeiten im Ausschuss ausdrückt. Besonders hob er auch die aktive Rolle der Deutschen im Ausschuss hervor, die die Anregung gegeben haben, alle Übungen mit Gasbomben gesetzlich zu verbieten und für strafbar zu erklären.

### Reichstagsabgeordneter Graf von Merveldt gestorben.

Reichstagsabgeordneter Regierungspräsident a. D. Graf Felix von Merveldt (deutschnational) ist Donnerstag nachmittag 1 Uhr plötzlich einem Schlaganfall erlegen. Bereits vor zwei Tagen wurde er von einem leichten Schlaganfall betroffen, den er und seine Umgebung nicht ernst nahmen. Donnerstag mittag trat jedoch ein erneuter Anfall ein, der den unmittelbaren Tod im Gefolge hatte.

### Musik in der Schule.

#### Von der Darmstädter Schulumusikwoche.

Die Fragen unserer gesamten Musikentwicklung werden zu einem nicht geringen Teil in der Schule entschieden. Es ist deshalb von größter Bedeutung, die Ideen, Reformpläne und Richtlinien, die vom Staat festgelegt wurden, nun auch durch den einzelnen Musiklehrer zu verwirklichen.

Dem Musiklehrer einen Gesamtüberblick über das weite Gebiet der Schulumusikpflege und Anregungen für die eigene Arbeit zu geben, darüber hinaus aber auch dem praktischen Musiker, den Pädagogen und Schulmännern, ja dem Volke überhaupt die Bedeutung einer intensiven Schulumusikpflege nahezubringen, legen sich die vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht einberufenen Schulumusikwochen zum Ziel. Die fünfte dieser Tagungen fand jetzt in Darmstadt bei einer Teilnehmerzahl von etwa 600 Personen statt.

Aus der Fülle der Vorträge kann nur das wesentliche herausgehoben werden. In einem einleitenden Vortrag beleuchtete Paul Luchtenberg philosophisch-ästhetisch die „Grundfragen einer Erziehung zur Kunst“. Er verwirft den Historismus und die Bewusstseinsförmigkeit, und fordert für Kunst und Erziehung das Streben zur Totalität des Weltbildes. Interessant ist sein Hinweis auf die Typenlehre, wenn er erwähnt, wie bei sonst gleichwertiger Begabung doch die künstlerische Geschmacksrichtung verschieden ist und man Typen von Liebhabern für die Oper oder die Kammermusik aufstellen kann. Während Ernst Kried die effektvolle Erregung, also das kulturelle Erlebnis einer kurzen, aber neuen Gebiet freifindenden Untersuchung widmet, führt ein Vortrag von Georg Schünemann lebendig in die Praxis. Durch ihn erfährt man, wie an der Orchesterchule der Hochschule für Musik in Berlin Experimente auf psycho-technischem Gebiet unternommen werden, die es ermöglichen, mit Sicherheit zum Musikerberuf ungeeignete von vornherein auszuschalten. Diese Eignungsprüfungen, die mit der peinlichsten Sorgfalt unternommen werden, sind von großer sozialer Bedeutung, heißt doch ihr Grundgesetz: Jeden Mann an die richtige Stelle setzen! Auch was Schünemann über Musik des Kindes und über das Pubertätsalter sagt, zeugt von gründlicher Anschauung und Durcharbeitung dieses zum Teil noch unbedachten Gebietes. Der bekannte Führer der musikalischen Jugendbewegung Felix Jöde behandelt dann auf Grund eigener Arbeit das Thema „Das schaffende Kind in der Schule“. Wenn man hört, daß beim Erwachsenen nur 1 Proz. musikalisch produktiv ist, während 99 Proz. lediglich reproduzieren, beim Kind aber 90 Proz. produzieren und nur die restlichen 10 Proz. reproduzieren, so zwingen diese Zahlenverhältnisse von selbst dazu, das Verschärfen dieser in fast allen Kindern ausgeprägten schöpferischen Kräfte mit allen Mitteln zu verhindern. Das erfordert vom Lehrer aber vollständiges Aufgehen in der Seele des Kindes und Ausschaltung seiner Vorliebe zur rein verstandesmäßigen Kritik der Leistung vom Standpunkt des erwachsenen Erzieheres aus. Inwiefern ist auch Eltern die schöpferische Tätigkeit des Kindes unterdrücken, weil sie ihnen unverständlich ist, zweifelslos oder lässig erscheint, sei hier nur angedeutet. Ein Vortrag von Richard Bläse, der sich mit dem Musiklehrerplan in der Volksschule befaßt, war auch deshalb am richtigen Ort, weil er vor

Uebertreibungen und Ueberspannungen der Forderungen durch die einzelnen Lehrer warnte. Er rief, nie das ganze Ziel aus dem Auge zu verlieren und sich nicht ins Uferlose zu verlaufen.

Eine ganze Reihe von Vortragenden (Friedländer, Roser, Reersmann, Mendelssohn) beschäftigte sich mit der wichtigen Frage des Volksliedes in der Schule. Die gesamten Ausführungen bewiesen, daß wir uns heute lediglich auf das Volkslied ältester Zeiten beschränken. Wichtiger aber wäre die Frage nach einem neuen Liede des Volkes, nach Arbeiter- und Freiheitliedern. So schön auch für den Wissenschaftler die Entdeckung von Volksliedern des 16. Jahrhunderts sein kann, für die Schulumusikziehung ist dadurch nichts gewonnen.

Auf den schlichten Streit der Methoden sei hier nicht eingegangen. Wohl aber verdient eine Veranstaltung von Otto Blendorf-Eberfeld hervorgehoben zu werden. Was dieser Lehrer mit Darmstädter Kindern — fast aus dem Stegreif — an rhythmischer Gestaltung aus reiner Freude am Spiel heraus schuf, war keine ausgeklügelte Methode, sondern wahrste Lust am Rhythmus, der uns alle zur Freude am Leben erheben soll.

Eberhard Freußner.

### „Keine“ Wissenschaft.

Wer auf ein paar Tage nach Jena kommt, geht auf den „Tischberg“ und auf den „Sandgraben“, ins Planetarium und — ins Phyletische Museum, auch „Museum für Abstammungslehre“ genannt, wie es auf den großen Holtafeln geschrieben steht, die am Eingang des Museums rechts und links angebracht sind.

Nachdem man die im Erdgeschloß untergebrachten, äußerlich präparierten Menschenaffen „näher kennen gelernt“ und mancherlei sonstige Wissenswertes gesehen hat, steigt man eine breite Treppe nach dem oberen Stockwerk hinauf. Hier gewahrt man sehr interessante Sammlungen. Große Schilder, auf denen die Worte „Anpassungen“ und „Instinkte“ verzeichnet sind, geben Aufschluß über die Gesichtspunkte, nach denen die Zusammenstellung und Anordnung der Ausstellungsgegenstände erfolgt ist. Etwas bedenklich stimmt die Aufschrift „Ritualismus in der Tierwelt“.

Wie groß ist aber die Ueberraschung bei näherer Besichtigung des mittleren Saales. Rechts gewahrt man ein Engländer Aorallentrit und eine große Schaar farbenprächtiger brasilianischer Vögel. Links ist ein indomalayischer Urwald aufgebaut, in dem Schlangenhaisvögel, Vireo, Eisvogel, Brillenschlange, grünlichgelbe Riesenschäfer und vielerlei anderes Getier — friedlich vereint — den Schaulustigen erpöhen. Doch was hängt da in der Mitte das Saales, dort, wo die Kästen mit den tropischen Insekten und den tropischen Gliederfüßlern aneinander grenzen? — Ein schwarzweißrot umrandetes Gedendblatt! Mit folgender Inschrift:

„Erid, St. aus Hannover war ein begeisterter Student der Naturwissenschaften und interessierte sich lebhaft für den Ausbau dieses Museums. 1914 zog er als Kriegsvollwäger hinaus und fiel für Kaiser und Reich und seine geliebte schwarzweißrote Fahne am 3. September 1916 bei Guillemont (Frankreich). Wohl ihm, daß er die aus der Revolution erwachsene Not und Schande nicht miterlebt hat. Seinem Andenken sei dieser Saal gewidmet. Er soll nicht umsonst gefallen sein!“

Es hätte bloß noch gefehlt, daß dieses Gedendblatt in den benachbarten Museumsabteilungen „Instinkte“ oder „Anpassungen“ zur Schau gestellt worden wäre. Folgendes muß aber jedenfalls mit aller Deutlichkeit geradeheraus gesagt werden: In „Not und Schande“ muß jede wissenschaftliche Forderung und Lehre geraten, wenn in dieser ganz unerhörten Art und Weise unter dem Deckmantel der Gefallenenerhebung Räume, die der Wissenschaft dienen sollen, mißbraucht werden.

Hat Professor Uhlmann, der Konservator des Museums, jene Abtönung veranlaßt? Oder Professor Plathe, dessen Verhalten gegenüber seinem Amisvorgänger, dem großen Haedel, vor Jahren allgemein Gegenstand lebhafter Kritik war?

Was sagt dazu Herr Leubner, der in der Ordnungszelle Thüringen amtierende volksparteiliche Kultusminister?

Dr. Alfred Korach.

Frauen als Assistentinnen. Der Bund deutscher Kerzinnen hat den preussischen Kultusminister gebeten an den staatlichen klinischen Anstalten mehr Frauen als bisher als etatmäßige Assistentinnen anzustellen. Mit Rücksicht auf die zunehmende Zahl der Redigierenden studierenden Frauen und praktizierenden Kerzinnen hält der Bund die gute Ausbildung dieser Frauen auch in solchen verantwortungsvollen Stellungen von entscheidender Bedeutung für die Volksgesundheit. Der preussische Kultusminister hat, wie der „Amstliche Preussische Pressebericht“ mittelt, den Universitäten durch einen Erlaß die Bitte des Bundes deutscher Kerzinnen mitgeteilt. Bei der Auswahl der Assistentinnen seien naturgemäß in erster Linie die jeweiligen Wünsche des Klinikdirektors zu berücksichtigen. Indessen erscheine die Bitte des Bundes berechtigt, daß den Kerzinnen die Möglichkeit wissenschaftlicher Fortbildung in stärkerem Maße als bisher gewährt werde. Der Minister würde es begrüßen, wenn die Direktoren der Universitätskliniken bei der Auswahl der Assistentinnen auch Kerzinnen unter der Voraussetzung, daß diese nach ihrer Persönlichkeit und Vorbildung voll geeignet sind, in angemessenem Umfang berücksichtigen würden.

Aus dem Lande der Freiheit. Die Königin von Rumänien wird zurzeit auf einer Amerikareise von einem gewissen Teil der amerikanischen Bevölkerung mit einem Uebermaß von Begeisterung empfangen. Eine Anzahl New Yorker Damen erreichten vorläufig einen gewissen Höhepunkt: Sie fanden, daß die Königin unbedingt einen größeren Hofstaat brauche, und wandten sich deshalb an den Manager des Hotels, in dem sie wohnte, mit der Bitte, zur persönlichen Bedienung des hohen Gastes zuzulassen zu werden. Bedauerlicherweise wurde von dem Angebot kein Gebrauch gemacht, so daß die stolzen Republikanerinnen auf den Genuß verzichten mußten, allerhöchste Nachschöpfe auszuschenken.

Der Richtigkeits- und Ingenieurverein veranstaltete am 26. abends 8 Uhr, im Reichertsaal, Röhrenstr. 28, einen Vortrag des Prof. Dr. Hermann Schmitz über „Andreas Schüller, der Schöpfer des Berliner Schloßes“. Wäre mitkommen.

Die Memoiren Armal Polchos, von denen bisher in Deutschland nur einzelne Abschnitte bekannt waren, werden von E. Schri ins Deutsche übertragen und sollen demnächst erscheinen.

Die Fälschung der Bevölkerung Moskaus ist beendet worden. Zurzeit hat die Stadt 1 980 000 Einwohner.



## Dr. Schacht vor dem Enqueteauschuss. Die zu starke privatwirtschaftliche Gebarung der Reichsbahn.

Am Donnerstag nachmittag legte der Reichsbankpräsident Dr. Schacht im Ausschuss für Geld- und Kreditwesen der Wirtschaftsenquete, der unter Vorsitz des Genossen Hilferding tagt, die Grundzüge der Reichsbankpolitik dar.

Am Anfang seiner Rede wandte sich Dr. Schacht gegen die Angriffe gegen die Goldpolitik der Reichsbank. Die starke Einfuhr von Gold und die Lagerung von Gold in der Reichsbank selber hält auch er nicht für einen Idealzustand. Er bezeichnet diesen Zustand aber immer noch für besser, als wenn die Reichsbank Desingenthaben bei einer amerikanischen Bank unterhält. Im übrigen ist für ihn die Goldwährung bzw. die Goldsternwährung eine unbedingte Notwendigkeit.

Recht interessant wurden dann Schachts Ausführungen über die bekannte Politik der Reichsbank, die auf eine Konzentration in der Bewirtschaftung der öffentlichen Gelder hinausläuft. Schacht bewies die Notwendigkeit einer solchen zentralen Bewirtschaftung, weil es sich bei dem Gelde der Post, Eisenbahn usw. zuguterletzt um staatliche Gelder handele, und weil alles aufgeben werden müsse, um die Vorfälle, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben (Finanzskandale) zu vermeiden. Nach Darlegung des Reichsbankpräsidenten hat sich bezüglich der Bewirtschaftung der überschüssigen Summen das Verhältnis zwischen Reichsbank und Post gebessert. Dagegen liegen die Dinge bei der Reichsbahn sehr im Argen; vielleicht haben sich dort die Dinge weit unerquicklicher entwickelt, als Dr. Schacht vor dem Enqueteauschuss zugab. Es verlohnt sich nur, um die bestehenden Verhältnisse zu kennzeichnen, einen Fall anzuführen. Die Reichsbahn läßt bekanntlich ihre Gelder durch ein besonderes Geldinstitut, die Reichsverkehrskreditbank, verwalten. Es ist offenes Geheimnis, daß sich die Verkehrskreditbank dabei durchaus von erwerbswirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten läßt. Am schönsten aber ist die Begründung, die der Leiter der Verkehrskreditbank, ein gewisser Herr v. Schinkel, für diese privatwirtschaftlichen Grundzüge der Bewirtschaftung von Reichsgeldern vorbringt. v. Schinkel hat nämlich die Redheit besessen, öffentlich auszusprechen, daß die Reichsbank zur Verwaltung der Reichsbahngelder ungeeignet sei, weil sie unter ausländischem Einfluß stehe. In heftiger Erregung wies Dr. Schacht diesen Vorwurf zurück.

## Preiserhöhungen für Kohle!

Keine Besorgnis wegen der deutschen Kohlenversorgung.

Amlich wird mitgeteilt: In der am Donnerstag stattgefundenen gemeinsamen Sitzung des Reichskohlenverbands und des Großen Ausschusses des Reichskohlenrats wurden zunächst die mit Wirkung ab 1. Oktober bereits veröffentlichten Preisänderungen nachträglich genehmigt. Es wurden ferner mit Wirkung ab 25. Oktober die folgenden Preiserhöhungen beschlossen: Für ober-schlesische Staubschle um 1 M., für niederschlesische Ruß II, Erbs-, Rubens und Bapista-Schle um 1,50 M., für niederschlesische Rotgras um 1,93 M., für niederschlesische Magerfeinkohle um 2 M., für sächsische Baschfare I und II um 1,50 M., für sächsische Steinkohlenbriketts um 2,50 M.

Letztere Preiserhöhung war nötig im Hinblick auf die gestiegenen Pechpreise. Für die Genehmigung der übrigen Preisänderungen war bestimmend einmal, daß es sich hierbei größtenteils um Sorten handelt, die im Preis zurückgeblieben oder früher herabgesetzt waren, zum Teil noch unter dem Vorkriegspreis lagen; ferner, daß sie z. T. zugunsten von Kohlenrevierern beantragt waren, deren wirtschaftliche Ergebnisse nach den Feststellungen des Reichswirtschaftsministeriums sehr ungünstig sind und endlich, daß die Mengen, die insgesamt von den genannten Preisänderungen betroffen werden, nur ganz geringfügig sind und nur etwa 1,1 Proz. der deutschen Steinkohlenförderung ausmachen.

Schließlich wurde in der Sitzung festgestellt, daß das für das Rheinisch-westfälische Kohlenyndikat, das Rheinische Braunkohlenyndikat und das Sächsisch-Steinkohlenyndikat während der Besatzungszeit im Jahre 1923 beschlossene Recht, ihre Preise selbständig festzusetzen, für erloschen zu gelten hat.

In der anschließenden Sitzung des Großen Ausschusses des Reichskohlenrats wurde endlich auch die allgemeine Kohlenlage besprochen. Einverständnis herrschte darüber, daß ein Grund zu ernsthaften Besorgnissen wegen der deutschen Kohlenversorgung nicht gegeben ist.

## Verfehlte Liebedienerei.

Heißerichs Rentenmark.

Die Deutschnationalen wollen es nun einmal wissen: Sie wollen hinein in die Republik und vor allen Dingen — hinein in die republikanische Reichsregierung! Hat da doch ein „höherer Schicksal" im „Berliner Tageblatt" darauf hingewiesen, daß von 1143 höheren Lehrentalaren nur 353 einen persönlichen Namen tragen und daß von diesen 353 Namen 136 der Hohenzollernlegende entnommen sind! Mit vollem Recht wird bedauert, daß keine Anzahl den Namen eines Republikaners trägt, und leider nur allzu wahr heißt es: „Die Republik ist stumm.“

Nun, ausgerechnet die „Deutsche Tageszeitung" will diesem Schaden abhelfen! Nach etlichen albernem Glosseu schreibt sie nämlich wörtlich:

„Der Schöpfer der deutschen, republikanischen Rentenmark, Dr. Heißerichs Bildnis fehlt leider immer noch als Symbol einer Anstalt, die von opferbereiter deutscher Größe Zeugnis ablegen soll! Allerdings bekannte er sich stolz zur „reaktionären" Deutschnationalen Volkspartei. Und das ist viel schlimmer als die Tatsache, daß er es war, der das republikanische deutsche Volk aus dem Abgrund der Inflation gerettet hat!"

Die Schöde aber, daß sich das republikanische deutsche Volk tatsächlich an Taten bewährt! Nur zu genau weiß es, daß dieses Mitglied der tatsächlich reaktionären Deutschnationalen Volkspartei in hohem Maße die Stimmung schürte, die zur Ermordung der republikanischen Staatsmänner Erzberger und Rathenau führte. Ebenso genau ist es darüber unterrichtet, daß Herr Heißerich anno 1923 die völlig labile, jedem Preiswechsel unermessene Roggenmark vorzuschlag, die niemals „das republikanische deutsche Volk aus dem Abgrund der Inflation gerettet hätte".

Deutschnationale Volkspartei und „Deutsche Tageszeitung" versuchen es eben auf jede Weise! Hat Herr Stresemann in Köln den toten Heißerich gerühmt, so muß halt Heißerich herhalten! Etwas Liebedienerei gegenüber der Republik ist ja kein Unglück! Und geschieht sie selbst auf Kosten der Rentenmark, die — von den anderen gemacht worden ist!

# Die Krisengefahr in Dänemark.

Bürgerlicher Widerstand gegen die Sozialistenregierung.

Kopenhagen, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag, Dienstag und Mittwoch hat der Reichstag das Krisenschußgesetz des Kabinetts Staining in erster Lesung beraten. Die Aufnahme des Schußgesetzes bei den bürgerlichen Parteien war sehr kühl. Die Konservativen und die Venstre (wörtlich: Linke, nationalliberale Bauernpartei) lehnten die Mehrzahl der vorgeschlagenen Maßnahmen glatt ab, so die direkten Zuschüsse an die Industrie, die neuen Bewilligungen für den Wohnungsbau und die Vermögensabgabe, während die Radikalen zwar die Zuschußgesetze und die Vermögensabgabe in der vorliegenden Form für unannehmbar erklärten, sich aber zu einer Durcharbeitung im Ausschuss bereit erklärten. Genosse Staining erklärte die Bereitwilligkeit der Regierung zu einer Ausschussberatung, betonte aber nochmals, daß die Regierung auf baldige Entscheidung dränge und lehnte die Forderung der Konservativen auf Zollerhöhung nochmals ab. Die Ausschussberatung wird also enschieden, ob es zu einer Regierungskrise kommt oder ob die Wahlkraft der bürgerlichen Parteien größer ist als ihr Widerwille gegen das sozialistische Kabinett.

## Vorgehen gegen faschistische Anfänge.

Kopenhagen, 21. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Justizminister hat der Kopenhagener Presse ein Schreiben zugestellt, in dem er Stellung nimmt zu den vielen Mutmaßungen und Warnnachrichten über das Kopenhagener „Nationalkorps" und dessen Verbindung mit der nord-schleswigschen Bauernbewegung. Der Justizminister stellt fest, daß die polizeiliche Untersuchung der Verhältnisse des „Nationalkorps" erfolgte auf Grund einiger Papiere, in denen von der Möglichkeit gemeinsamer Ziele des Nationalkorps und der nord-schleswigschen Bewegung die Rede war. Als solche Ziele waren „Ab-schaffung des parlamentarischen Systems und Errichtung einer auf den alten dänischen Staatsprinzipien ruhenden Regierungsform" bezeichnet. Ferner fand die Polizei Briefe der Führung des Nationalkorps an den Bauernagitator Cornelius Petersen, in denen zwar gesagt wurde, daß das Nationalkorps zurzeit durch Agitation arbeiten wolle, aber als

Ziel des Korps die Übernahme der politischen Macht.

welter Entfernung aller jetzigen Minister und Reichstagsleute unter solchen Formen, daß ihre Rückkehr in das politische Leben ausgeschlossen ist, angegeben war. In der Erklärung des Justizministers heißt es nach Wiedergabe des obigen Materials:

„Dieses Material in Verbindung mit dem in Nord-schleswig herbeigekommenen muß nach meiner Auffassung einen Justizminister in jedem geschäftsmäßig regierten Staat veranlassen, die Verhältnisse näher zu untersuchen. Das Justizministerium ist nicht nervös, es wünscht auch nicht diese Erscheinungen zu über- oder unterschätzen, sondern nur das eine, die Klarheit zu schaffen, die meine Pflicht ist und im gemeinsamen Interesse liegt — auch in dem der Autonomiebewegung und des Nationalkorps, dessen Leitung ja ständig erklärt, daß andere ihm Ziele unterlegen, die es nicht habe."

Das Nationalkorps ist das jüngste der in Dänemark zahlreichen freiwilligen Korps, die auf Grund der dänischen Wehrerfassung existieren dürfen, soweit ihre Statuten vom Verteidigungsministerium genehmigt sind und die im Kriegsfall sich in die stehende Wehrmacht einzugliedern haben. So tat das „akademische Schützenkorps" und das „Kopenhagener Maschinen-gewehr-schützenkorps" während des Krieges unter der Leitung aktiver Offiziere Dienst als Neutralitätswache in den Kopenhagener Hafenswerten. Es ist aber nicht das erstemal, daß ein dieser Korps aus der Reihe tanzt. Während des Krieges betrieben einige von ihnen Werbung für die Entenheere, und nach dem Kriege reiste eins von ihnen nach Estland und nahm an dem Kampf Judenitsch gegen die Bolschewisten teil. Wenn nicht mehr, so wird die Sympathie des Nationalkorps mit der „Beseitigung des Parlamentarismus" zur Folge haben, daß ihm die

Erlaubnis zur Existenz als militärische Organisation entzogen

wird. Im übrigen scheint der Schwerpunkt der Ermittlungen immer mehr nach Kopenhagen verlegt zu werden. Die beiden verhafteten Angehörigen der Bauernbewegung in Tondern sind jetzt aus der Haft entlassen worden, während in Kopenhagen die Vernehmungen der Angehörigen des Nationalkorps sehr eifrig weiter betrieben werden. Es scheint wirklich, als ob sich dänische Faschisten in Kopenhagen die Zustimmung der nord-schleswigschen Bauern zunutze machen wollten.

## Seipel statt Kamef.

Zum Regierungswechsel in Wien.

Aus Wien schreibt man uns:

Die angebliche Unerfüllbarkeit der Beamtenforderungen gab Kamef den Vorwand zu dem längst fälligen Rücktritt. Die Serie der Bankskandale christlich-sozial geleiteter Institute und gar die ohne Befragen des Parlaments erfolgte Verwendung erheblicher Gelder der immer als ganz mittellose hingestellten Staatskasse zur Stützung der mit hneingerissenen Zentralbank deutscher Spar-tassen, das alles hatte Kamefs Zeit erfüllt. Schon lange war gegen ihn im christlich-sozialen Lager intrigiert worden.

Die neue Kanzlerschaft Ignaz Seipels, des Parteibittators im Priesterkleid bedeutet eine Ermunterung der monarchistischen, sozial und anschlussgegnerischen Reaktion, deren Aussichten freilich bei der Stärke der Sozialdemokratie und dem so gut wie einmütigen Anschlußwilleu sehr gering einzuschätzen sind. Kamef und noch einige Minister mußten gehen, weil sie gemäßigter Haltung schuldig und republikanisch-demokratischer Gesinnung verdächtig waren. Das Kabinett Seipel soll den starken Mann spielen, insbesondere scharfe Sozial- und Schulreaktion treiben. Aber schon der erfolgreiche Widerstand der steirischen Arbeiterschaft und ihrer Landtagsabgeordneten gegen die Wiedereinführung des schwer kompromittierten Seipellianers Rintelen als Landeshauptmann hat eben wieder gezeigt, daß in Deutschösterreich gegen den entschlossenen Willen der Arbeiterschaft nichts durchgesetzt werden kann. Die beiden Regierungsparteien, Christlichsoziale und Großdeutsche, haben fast an Kredit im Volke verloren. Die Vernachlässigung des Rentenaufwertungsproblems, die gerodete herausfordernde Stellungnahme der letzten Regierung den Kleinrentnern gegenüber, die ja der bürgerlichen Klasse angehört, haben zur Folge gehabt, daß sich tausende Wähler von der christlichsozialen Partei abwendeten. Ebenso hat die ununterbrochene Verhö-

Jeder  
Genosse, jede  
Genossin wrbt in  
dieser Woche Mitglieder  
der Partei, Leser dem  
„Vorwärts"!

nung der mit Recht unzufriedenen Staatsbeamten in vielen Beamtengehörnen eine für die Regierungsparteien ungünstige Anschauung gefestigt; die Staatspensionisten, die ehemals das Hauptkontingent der kirchlichen Wähler stellten, haben der Regierung offen den Krieg angefangen. Woran knüpft also der neue Regierungschef seine Hoffnungen? Neuwahlen, die sich höchstwahrscheinlich als einziger Ausweg aus dem politischen Chaos ergeben werden, können allen bürgerlichen Parteien nur eine Niederlage bringen. Die Neuwahlen aber werden um so eher notwendig werden, je weniger Bereitschaft die Regierung zeigen wird, die noch immer fehlende Alters- und Invalidenversicherung, Witwen- und Waisenunterstützung endlich einzuführen. Dafür werden unsere Genossen im Nationalrat schon sorgen. Zunächst aber brennt das Beamtenproblem. Wird es nicht halbwegs befriedigend gelöst, dann wird Seipel bald mit seinem Regierungskabinett zu Ende sein.

## Polnische Chorzow-Note.

Nicht Rückgabe, aber Vergleichsbereitschaft.

Warschau, 21. Oktober. (Polnische Telegraphen-Agentur.) Am 13. d. M. hat die polnische Regierung an die Deutsche Gesandtschaft in Warschau eine Verbalnote gerichtet, die eine Antwort darstellt auf die deutsche Note vom 2. d. M. in der Angelegenheit der Städtewerte von Chorzow. Entsprechend dem früher eingenommenen Standpunkt, in dem die Bereitwilligkeit ausgesprochen

wird, eine schiedsrichterliche Erledigung der ganzen Angelegenheit, vor allem auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen zwischen der Direktion der Chorzower Werke und den inter-essierten deutschen Gesellschaften (Oberschlesische Werke und Benerische Werke) evtl. unter Hinzuziehung von Regierungsvertretern zu suchen, spricht die polnische Regierung ihr Bedauern darüber aus, daß die deutsche Regierung diesen Vorschlag mit Schweißen übergeht. Nichtsdestoweniger hält im Sinne des oben Befagten die polnische Regierung weiter ihre Bereitwilligkeit aufrecht, Verhandlungen über diesen Gegenstand aufzunehmen. Sie ist jedoch der Auffassung, daß sich eine Pflicht der polnischen Regierung, die Chorzower Werke als solche zurückzuerstatten, weder aus dem Genfer Abkommen noch aus dem Schiedsspruch des Haager Tribunals ergibt.

## Eine Mystifikation.

Die „weltumstürzende" Resolution von Bordeaux.

Verschiedene deutsche Blätter veröffentlichten den Wortlaut einer angeblichen Resolution, die die in Bordeaux agierenden radikal-sozialistischen Abgeordneten und Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses zur Außenpolitik verfaßt haben sollen. Darin wird u. a. die Beseitigung des polnischen Korridors und die Rückgabe Danzigs an Deutschland ins Auge gefaßt. Diese Meldung ist auf ein angebliches Dokument zurückzuführen, das ein radikaler Abgeordneter, Bertrand, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses der Deputiertenkammer, dem Pariser Korrespondenten der „Dresdner Neuesten Nachrichten" übergeben haben soll.

Die sehr erfreuliche Meldung hat nur einen Haken: einen radikalen Abgeordneten Bertrand gibt es in der französischen Kammer gar nicht. In der ganzen französischen Presse ist von einer derartigen Resolution keine Spur zu finden, die doch, wenn sie existierte, nicht wenig Aufsehen erregt haben würde. Die „Dresdner Neuesten Nachrichten" sind offenkundig einer Mystifikation zum Opfer gefallen.

## Eine geschäftstüchtige Königin.

Maria von Rumänien.

Unter den wenigen Königinnen, die Europa seit dem Erwachen der Völker noch beherrscht, beansprucht seit langem die normalschöne Maria von Rumänien in besonderer Weise die öffentliche Aufmerksamkeit. In der Vorkriegszeit unterhielt man sich über die zahlreichen galanten Abenteuer der damaligen Kronprinzessin, während des Weltkrieges aber war es die ehemalige deutsche Prinzessin — Maria ist eine geborene Koburg-Gotha und eine Schwester der famosen „Barin" April —, die ihren schwächlichen Gatten, den rumänischen Hohenzollern-König Ferdinand, zum Bruch mit den Mittelmächten veranlaßte. Erst vor rund einem halben Jahre erregten ihr Konflikt mit dem Kronprinzen Karol und die damit verbundenen Enthüllungen über die Zustände am Hofe von Bukarest Aufsehen; dies scheint aber der hohen Frau noch nicht genügt zu haben! Deshalb bereift Ihre Majestät augenblicklich die Vereinten Staaten von Nordamerika unter seltsamen Begleitumständen, die bei der allgemein bekannten Geschäftstüchtigkeit fürstlicher Häuser als wahrhaft königlich bezeichnet werden dürfen. Nicht nur, daß sich die schöne Maria verpflichtet hat, gegen selbes Dollarhonorar Zeitungsartikel zu verfassen und gegen entsprechende Barzahlung kosmetische Artikel mit Reklameabspächen zu versehen! Nein, das Tollste ist dies: Als die amerikanischen Finanzbehörden dieses Einkommen wie bei ordinären Sterblichen in Steuer nehmen wollten, berief sich Maria auf ihr königliches Gastrecht und verkündete die Parole: Gezahlt wird nicht! Und großmütig verzichtete das Schatzamt. Außerdem aber beansprucht die Königin, nebst ihrem Gefolge, von allen öffentlichen Verkehrsmitteln gratis und franco per Salonwagen befördert zu werden. Und als die Southern Pacific und die Santa-Fé-Eisenbahn erklärten, sie verlangten auch von Maria Bargeld, erklärte sie stolz: Dann verfrage ich euch eben die Ehre meines Besuches!

Wie charakterisiert doch — wenn ähnliches bei anderen vorkommt — die Rechtspreffe gemeinhin solches Gebaren? „Nüchtern und unfein." Freilich, wenn es bei einer selbsthätigen Königin, einer gebürtigen deutschen Prinzessin edelsten Geblütes, der richtigen Balle des kurburgischen Fürstenerzogs aus dem Hause Windhor, passiert, ja, das, Bauer, das ist ganz etwas anderes!







# IPARTIEII und IFAMIIILIE



Es ist nicht schwer, Einblick in das häusliche Leben des arbeitenden Volkes zu nehmen, ja, verglichen mit einem ähnlichen Versuch dem besitzenden Bürgertum gegenüber, erscheint dies mühelos: bleibt doch im Leben das schroffe Verhältnis mehr als gewahrt, das während des Arbeitstages tausend Mann in eine lärmende, ständige Halle stellt und einen einzelnen Mann in ein schönes, von Künstlerhand geschaffenes Zimmer setzt. Aber was sich hier als eine Notwendigkeit rechtfertigen darf, verliert außerhalb des strengen Arbeitskreises das Anrecht auf begründete Herkömmlichkeit. Es ist genug Boden da, um auch dem Menschen nach mühevoller Arbeit freien Raum zur Rast und Erholung zu gewähren, und es ist nichts anderes als eine andere Art der Ausbeutung des arbeitenden Volkes, wenn es in engen Häufen zu wohnen gezwungen ist. Das wissen wir, aber darin liegt auch die Ursache, weshalb um das Familienleben des arbeitenden Volkes nicht der schützende Wall errichtet ist, der es dem Reichen ermöglicht, abgeschlossen von jeglicher störenden Welt, in seinem Hause sein Leben des Glücks in aller Vollendung, wie er es sich nur vorstellen mag, zu führen.

## Der Mut zur Häuslichkeit.

Unendlich mühevoll hat sich der Mann der Arbeit seine Familie zu gründen, sein bescheidenes Heim aufzubauen. Nichts hilft ihm dabei als der eigene Wille und die eigene Kraft, die allerdings in harter Berufstätigkeit bis zur Grenze des Möglichen gestählt sind. Und es lebt etwas in diesen Sorgenkindern des Erdenscheins, was mehr als Bewunderung verdient: da ist ein Mut, der beherzt die Not anpaßt als ginge es „nur“ gegen glühendes Eisen, und eine Freudhaftigkeit ist am Werk, die selbst in das Äußerste, das bürgerlichen Augen nur noch gänzlich unzulänglich erscheinen müßte, einen Schimmer von Schönheit trägt — denn nun und nimmer darf Leben Verzicht sein, und der Kämpferfinn, der unerschrocken in die Zukunft schaut, erprobt sich auch am Gegenwärtigen. Es ist uns kein Geheimnis, kein unlösbares Rätsel, wie es geschehen konnte, daß die Zeit der bittersten Not den Arbeitervertretern und den gewaltigen Mietkasernen keinen häßlicheren Stempel aufdrückte. Wir kennen die sozialistische Familie, und damit ist für uns das Wunderbare geklärt — aber wie es im Volke aussehen würde, welche Bilder der Verwahrlosung uns erschrecken müßten, wäre in der Masse nicht dieser sozialistische Wirklichkeitsinn vorherrschend, das vermögen wir uns kaum annähernd auszubedenken.

## Die sozialistische Familie.

Die Familie ist heute durch die Partei zu einer erfolgreichen Organisation des Schutzes und Truges geworden, und es hat sich erwiesen, der Sozialismus ist ein mächtiger Familienhalt, der beste, den man sich vorzustellen vermag. Wie gegenseitig erwieben sich allein die Gleichberechtigung der Frau, die wir erkämpften: wo sich ehemals dumpfe Gleichgültigkeit dem großen, allgemeinen Leben gegenüber zeigte, ist heute Selbstständigkeit und Ursprünglichkeit, die in der Erziehung junger und

ganzer Menschen unendlich Wertvolles leistet. Es ist nicht mehr wie früher, wenn der Vater müde und teilnahmslos nach Hause kam: zu dieser Stunde beginnt jetzt der Tag, der einem selbst gehört. Männer, Frauen, Jugend haben ihre Sonderorganisationen — in der Familie strömt dies alles zu einer neuen und schönen Einheit zusammen. Mag die Not noch so hart ihr Haupt erheben: hier sind Menschen in der Abwehr verschnitten — und es ist nicht mehr der billige Trost mit einem besseren Jenseits, mit dem sich einmal die Frauen zu helfen pflegten: nein, hier ist die Erdhaftigkeit, die im Zusammenhalt auch die Kraft des Angriffs gewinnt und sich Erde erobert, wo früher freudloses Nichts war. Eine ganz vorzügliche Erziehung und Schulung stellt die wirtschaftliche Belehrung durch die Partei dar. Arbeiter wissen heute mit ihrem geringen Einkommen gut umzugehen. Sie kennen die Vorzüge der Organisation, sie wissen, wie vorteilhaft es ist, mit Hilfe

des Genossenschaftswesens im großen familiär zu wirtschaften. Das führt hinaus über die Enge des eigenen Heims, führt zu Gemeinschaft, zu gegenseitiger Hilfe und Freude. Es ist ein weites Bild in eine bessere Zukunft, zu sehen, wie sich die Organisationen der Arbeit im innersten und eigensten Leben des Volkes auswirken: eine Vermenschlichung des rein kämpferischen, eine Teilbesitzergreifung des schönen Menschenlandes, das uns vorsehwebt. In der Familie ist sozialistischer Geist lebendig, wie er einmal im ganzen fleißigen Volk der Arbeit sein soll.

Darum, mag nun das Familienleben der arbeitenden Klasse noch so offen daliegen: wir belagen es nicht, ja es muß uns sogar als Gewinn erscheinen, wenn möglichst viele von denen gründlich Einblick nehmen, die noch nicht zur Partei und damit zur Verjüngung und Festigung ihres eigenen Familienlebens gelangt sind. Sie werden sich rasch und leicht davon überzeugen: hier ist sozialistische Gegenwart, die so oft vermißt wird. Geh hin und schaffe das gleiche!

## Die Partei der Kinderfreunde.

Aus der wahren, echten Herzenssolidarität der um des Lebens Notdurft und um die Hebung aller ihrer Glieder kämpfenden Arbeiterklasse ist die Sozialdemokratische Partei hervorgewachsen. Ist sie nicht selbst zur großen Familie geworden? Wo immer auf der Welt sich Sozialdemokraten treffen und erkennen, da sind sie sich Freunde, Brüder und Schwestern und leichter als allgewohnten Kampfgefährten gegenüber stellt sich dem neuen Genossen das vertraute „Du“ ein. So war nur das längst fällige, das Selbstverständliche getan, als Anton Kritisch im steirischen Graz vor Jahren den Verein der Arbeiter-Kinderfreunde ins Leben rief. Und dies war sein Gedanke, der nun Fügung hatte und weiterzog über die Lande: Da wir alle eine Familie sind, muß jeder von uns dem bestehenden, der Hilfe braucht. Und wer brauchte sie nötiger, wenn läßt sie dringender not, wenn würde sie lieber gewährt als unseren Kindern, der Hoffnung unserer Zukunft, wenn ihnen das Glück ausreichender Elternfürsorge durch des Daseins Härte verlagert ist? Erst in dem Heimatland der Gründung schwall die Bewegung an, dort im Lande der schweren Volksnot auch am stärksten. Aber herüber zu uns ins Reich kam sie und breitet mehr und mehr sich aus. Kinderheime entstehen, Spiel- und Lehrstunden, Turnübungen, Ausflüge — überall werden die Arbeiterkinder von Genossen und Genossinnen liebevoll betreut: die Partei in ihren Anfängen war wie eine Familie — auf der Höhe ihrer Größe erwacht aufs neue in ihr der Familieninn in ganz anderem Maßstab.

Und wie wollen wir vergessen, wie die Verwandten im Ausland unser gedacht und uns in der Not der Nachkriegszeit und der Inflation geholfen haben; wie die deutschen Arbeitervereine nach Skandinavien und Holland, nach Deutschösterreich, nach Deutschböhmen und auch schon nach Belgien und Frankreich eingeladen wurden und sich dort erholten, schöne Parteei mit nach Hause brachten — und wie tausend andere hier in Deutschland durch ausländische Bruderhülfe vor bitterstem Mangel bewahrt blieben.

Dessen gedenken wir heute und werden für unsere Sache!

## Unser Vormarsch.

### Weitere Teilerfolge der Werbewoche.

Zwar liegen bis jetzt, zu Anfang der Werbewoche, noch sehr vereinzelte Meldungen und zumeist aus kleineren Orten vor, aber sie berechtigen zu der Hoffnung, daß unsere verstärkte Agitation gute Erfolge zeitigen wird.

Von einigen Frauengruppen das Dortmund der Bezirke werden 150 Neuaufnahmen und die Gewinnung einer Anzahl von neuen Abonnenten für das Parteiblatt gemeldet.

Der Geraer Bezirk konnte seine schon gemeldeten Erfolge — vor der Werbewoche — nach weiterer Rittleitung auf 284 Abonnenten und 102 neugewonnene Parteimitglieder steigern. Am Sonntag, dem ersten Tag der Werbewoche, wurden in einigen Orten des Bezirkes weitere 200 Abonnenten und 150 Parteimitglieder neu gewonnen.

Im Thüringer Bezirk ist bisher als Teilerfolg eine Aufnahme von 658 neuen Abonnenten für die Parteipresse zu melden.

Auch in für die Partei schwerer zugänglichen Bezirken, wie der Pfalz, machte die Partei gute Fortschritte. Dort traten in kleineren Orten die in den Parteiverfammlungen anwesenden Gäste fast restlos der Partei bei.

Noch sind wir mitten in der Agitation. Wenn jeder im Lande, besonders aber in den Großstädten und Industriebezirken, seine Pflicht tut, dann werden wir am Schluß der Werbewoche mit einem erfreulichen Fortschritt aufwarten können!

## Der Weg des blinden Bruno.

Roman von Oskar Baum.

In einer der Nachmittagsgesellschaften war es, die jetzt meist bei Liptus, sich lässig entspannten.

Bruno wollte niemand merken lassen, wie einsam er war. Er sah schon, wer weiß wie lange, zwischen den vielen lauten, sehr lustigen Leuten, zwischen geistreich sechtenden oder schmeichelnden Anspielungen, die ihm, vielleicht weil die ergänzenden Blicke fehlten, meist abern oder unverständlich erschienen. Er dachte an die schönen Dinge, zu denen er im Leben nie Zeit haben würde und da sah er und, antwortete und lächelte. . . .

Er wußte nicht, daß er wartete, vergeblich wartete, daß diese Unterhaltungen wie ein endloses Vorspiel, ein leer bleibender Rahmen für ihn von Minute zu Minute sinnloser werden mußten.

„Sie fühlen sich da auch schon unwichtig,“ sagte Liptus plötzlich leise und ganz nahe in Brunos Gesicht, indem er mit seiner feuchten Hand ihn unters Kinn faßte.

Auch? dachte Bruno.

„Würde es Ihnen schwer fallen, mit mir jetzt ein Stündchen spazieren zu gehen?“ Seine Stimme war unerträglich ölig und dick, wenn er so herzlich sein wollte und überdies in dem vertraulichen, gedämpften Ton!

Aber Bruno ging mit ihm. Er hätte auch im Augenblick nicht gewußt, wie ohne Schweißheit „Nein“ zu sagen. „Ihre Gäste!“ meinte er nur mahnerd.

„Die brauchen von mir alles, nur meine Person nicht!“ Er lachte in Brunos Ohr.

Als sie sich zwischen den umherstehenden Gruppen vorsichtig und ohne Aufsehen hinausdrängten, mußten sie noch einen ausgedehnten Meinungstausch passieren, dessen Hauptwortführer Kröb und Lippi waren. Nur wenigen war der unausgesprochene Untergrund des ewigen Duells zwischen den Beiden ein Geheimnis. Als Reste des augenblicklichen Anstoßes klangen noch Spottworte über Kröb' neue Häuserbauart umher, die das menschliche Zusammenleben erleichtern sollte. „Mit der Zukunft der Menschheit verdröckst dich, wer zur eigenen kein Vertrauen hat,“ sagte Lippi.

Kröb erhobte sich: „Was man mit ganzer Seele erfährt, hat das nicht auch immer den größten praktischen Erfolg?“

„Rein,“ sagte Lippi.

„Ahnere besten Fähigkeiten haben wir ohne die Uebereinstimmung mit unserer inneren Stimme so wie in der Kunst, in der Liebe, auch in jeder Berufsarbeit.“ Kröb' Erregung hob sich unvorteilhaft von der spöttischen Ruhe und Kühle der anderen ab.

„Das Angenehmere ist das Ideal der Untüchtigen. Will man hochkommen, darf man sich nicht verzärteln,“ warf Lippi hin, ärgerlich, daß sie so Selbstverständliches noch aussprechen mußte.

„Wenn Sie sich nicht vor Ihrer Klugheit retten, Lippi, wenn Sie sich nicht vor Ihrer Energie schützen —,“ Kröb schrie, seine Stimme klang schon fast so wie die eines Mädchens, wenn er so verzweifelt war.

Draußen jagte Liptus zu Bruno: „Sie mag ihn nicht mehr, seit seine schwärmerischen Ideen seiner Karriere im Wege sind. Hat sie nicht recht?“

„Wenn sie ihm nicht einmal so viel wert ist, daß er ihr zuliebe seine Hirngehirne aufgibt?“

In den Straßen nahm der Tagesrummel noch nicht ab. Sie steuerten in die Vorstadt hinaus; in eine Gegend, die Bruno sehr wohl kannte.

Hier schlenderten sie eine Weile schweigend durch die Abendkühle, und bunte Klänge drangen aus Fenstern und Türen an ihnen vorbei.

Plötzlich leuchtete ein Name auf: Bilma! Bruno wußte gar nicht, wie der Name ins Gespräch gekommen war. Aber nun, da er da war, bekam alles Beziehungen zu ihr. Bruno schien es schon, als hätten sie an diesem ganzen Abend nur von Bilma gesprochen, als wären sie nur zu diesem Zwecke ins Freie gegangen.

Liptus fragte Bruno, ob Bruno sich vorstellen könne, wie sie aussehe? Er schwärmte von der unfäglichen Sanftheit ihrer Linien, ihrer Bewegungen, von der wechselnden Farbe ihrer verschleierten, verträumten Augen, von der Fülle heller Haare und den schwellenartigen dunkleren Brauen, von dem Schwung ihrer vollen Lippen und dem unglaublich weichen, kindlichen Rund ihrer Brüste, ihrer Wangen, ihrer Hüften.

Mitten in seinem Begeisterungsfeuer fand er es angezeigt, einzuschalten, daß eigentlich sein Schicksal im Frauenpunkt entschieden sei. Aber er erprobe sein Liebe aus Gewissenhaftigkeit und zu ihrer Steigerung gern immer wieder an bedeutenden Verlockungen. Die ernsthaften Menschen, die die Liebe hinter sich haben, haben beschlossen, sie als Angelegenheit

für die reifere Jugend den eigentlichen Lebensfragen nicht gleichzuordnen, sagte er. Man beschäftigt sich viel zu wenig mit diesem Problem. Und er verbreitete sich ausführlich darüber: „Warum war sie heute wieder nicht dagewesen?“ unterbrach er sich plötzlich. „Musik ist ihr Luft zum Atmen, und Menschen, mit denen sie reden kann, sind für sie doch so etwas Seltenes! Müßte sie der Geschwister Hemdlein stüden oder Schularbeiten überwachen oder war der Vater nur nicht bei Laune, sie zu entlassen? Man muß sie retten! Für diesen unheilbaren Kranken sich zu opfern, ist verrückt! Eine Sünde, wenn man es zuläßt! Niemand ist da, dem sie glauben würde, niemand, der sie bestimmen könnte! Ehe sie sich durchgearbeitet haben wird, oder die Katastrophe sie von dem Haufen Knochen erlöst, wird sie in der groben, täglichen Not ersticken! So geht es den Menschen, die Gott liebt! Wenn es der rechte Mann in die Hand nähme, meinte er, wäre ihre Zukunft bei der Bühne glanzvoll. Und zum Beweis, wie viel in solchen Dingen von außen getan werden kann, erzählte er, wie es ihm gelungen war, Lippi in die Höhe zu bringen. Aber er wage sich nicht an Bilma heran: Mädchen in solcher Lage seien sonderbar; sie würde etwas dahinter wittern. — Da unterbrach er sich plötzlich mitten im Satz und sagte lachend: „Das wäre etwas für Okkultisten! Wissen Sie, daß wir in Bilmas Straße und fast vor ihrem Hause stehen? Reden Sie ihr zu! Bringen Sie ihr Egoismus bei und erzählen Sie ihr von meiner Hilfsbereitschaft. Ich muß nun doch zurück, um noch wenigstens aufzutreten, ehe meine Gäste verschwinden.“ Bruno antwortete nicht. Er stand und wartete, bis Liptus' Schritte verklungen waren.

Er will, gedeckt durch die Ehrlichkeit meiner Liebe, die Verlogenheit der feinen ans Ziel bringen. Gar nicht auszudrücken, wie unmöglich es ihm scheint, daß auch ich Rivale sein könnte. Wenn er sich nur ein wenig besser verstellte hätte, wäre seine Rechnung gar nicht so dumm gewesen. Bedenklich aber, wie wichtig ihm dieser Einbruch in Bilmas Leben, wie bedeutend für ihn diese Verlockung ist! — Und es hing ihm im Ohr, wie Liptus sie beschrieben hatte: die Augen, die Wangen, den Mund, die Gestalt. . . . Er versuchte die Einzelheiten zusammenzufügen, sich ein Bild von ihr zu machen. Es war so qualvoll, daß es nicht gelang, daß sie vor ihm zurückwich, sobald er sich näherte, in den Abgrund, seinen privaten Abgrund, in den alles versank, nach dem er wirklich greifen wollte.

(Fortsetzung folgt)







### Krankenhausbauten im Friedrichshain.

Das Krankenhaus im Friedrichshain ist eines der ältesten in Berlin. Es wurde schon im Jahre 1874 seiner Bestimmung zugeführt. Unter der rührigen Leitung des Bezirksamts Friedrichshain, das bekanntlich am 1. April 1924 die Verwaltung des Krankenhauses übernommen hat, ist nunmehr seit mehr denn Jahresfrist der Umbau der veralteten Pavillons energisch in Angriff genommen worden. Seit etwa 20 Jahren standen hier vier Fachwertbaracken, die seinerzeit als Notbehelf hingestellt wurden. Eine von ihnen wurde schon vor längerer Zeit abgebrochen, die zweite wird jetzt völlig umgebaut und in Verbindung mit einem der alten Pavillons zu einem in jeder Hinsicht vorbildlichen Aufenthalt für Kranke ausgestaltet. Zwei weitere Baracken mußten ebenfalls schleunigst umgebaut werden. Hoffentlich bewilligt der Magistrat bald die hierfür nötigen Mittel. Beraltet sind aber auch die seit 1874 stehenden Krankenpavillons. Zwei von ihnen werden jetzt umgebaut. Drei andere zeigen jetzt bereits nach ihrer Umwandlung ein völlig neues Bild. Sie entsprechen allen modernen Anforderungen. Überall sind helle, reichlich mit Licht erfüllte Säle und Zimmer. Man hat hier davon Abstand genommen, die alten langen Krankensäle beizubehalten. Es wurden kleinere Säle mit einigen 20 Betten und kleine Zimmer bereitgestellt. Die Wände weisen leichte, freundliche Farben in buntester Vielfalt auf. Desgleichen die Korridore, so daß hier nicht mehr das eintönige grauweiß der alten Gebäude auf die Kranken lastet. Der Kinderpavillon 11 zeigt praktische Einfachheit des Ausbaus, aber einwandfreie hygienische Ausgestaltung. Für die infektionsverdächtigen Kleinkinder sind besondere „Bogen“ geschaffen, die alles Notwendige an Bade- und Wascheinrichtungen und sonstiges zur Pflege enthalten, und bei denen selbst jede Infektionsgefahr bei der Zuleitung der Nahrung, der Wäsche und dergleichen ausgeschlossen ist. Vorzüglichem Ausbau erfreut auch die Beleghalle im ersten Stock, und im Parterre tummeln sich die auf dem Wege zur Genesung befindlichen Kinder auf Rasenplätzen. Selbst eine Sandede zum Spielen ist nicht vergessen. Vorbildlich dürfte auch der Ausbau des Pavillons 12 sein, der ganz den Tuberkulosekranken eingeräumt ist, im Parterre den Männern, im ersten Stock den Frauen. Auch hier wiederum helle, farbige Räume. Weite, nach Süden geöffnete Beleghallen bieten besten Aufenthalt in der frischen und würzigen Luft, die vom Hain hier herüber weht. Für lange Abendstunden bietet das Radio Unterhaltung und Abwechslung. Im Keller soll noch eine besondere Röntgenstation eingebaut werden. Man darf künftig das Krankenhaus Friedrichshain mit Recht zu den modernsten Anstalten rechnen. Notwendig ist allerdings, daß Schritt für Schritt auch die weiteren Gebäude einem gründlichen Umbau unterzogen werden. Vor allem wäre es notwendig, die Röntgenstation vom Operationshaus zu fordern und einem geeigneten Bau anzupertrauen. Trotzdem der Umbau jedes Pavillons mehr denn 150 000 M. kostet, sollte hier der Magistrat mit den Mitteln nicht sparen, damit dem Bezirksamts Friedrichshain ein weiterer schneller Ausbau möglich ist.

### Gegen knatternde Motorradfahrer.

Kölns Polizei geht energisch vor.

In Berücksichtigung vielfacher Beschwerden gegen das Knattern und Abgasen der Motorräder hat das Polizeipräsidium Groß-Köln eine wirksame Maßnahme ergriffen, die sicherlich bald Nachahmung finden wird. Die Beamten des Aufwärtendienstes sind mit Durchschreibebüchern ausgestattet, die denen lautmännlicher Drehbücher gleichen. Jeder ruhestörende Motorradfahrer wird angehalten und erhält auf der Straße eine mit seiner Nummer ausgefertigte Aufforderung, sich innerhalb drei Tagen mit seinem Motorrad bei der Polizeiprüfstelle vorzustellen. Dort wird auf Kosten des Angehaltenen nachgesehen, auf welche Ursache das Knattern oder Abgasen zurückzuführen ist. Je nachdem wird das unbrauchbare Motorrad dem Verkehr entzogen, oder aber der Fahrer wegen Verstößes gegen die Vorschriften bestraft. Erscheint der Angehaltene nicht, was auf Grund des Durchschreibescheines leicht festzustellen ist, so wird sein Rad eingezogen und ihm gleichzeitig auch weitere Fahrerlaubnis entzogen.

Die Berliner Polizei sollte diesem Beispiel recht bald folgen. Wir denken nicht daran, etwa eine Hege gegen die Motorradfahrer zu eröffnen, aber was von vielen dieser Zeitgenossen in Berliner Straßen gestiftet wird, erinnert an die ersten Zeiten der Automobile, wo ein offener Auspuffstropf und ständiges Vollgasgeben in Verbindung mit einer überreichlichen Dosis den Aufenthalt auf den Straßen verleidete. Die meisten Motorradfahrer haben von ihrer Maschine gerade soviel Ahnung, daß sie die Maschine in Gang bekommen und den Führerschein erhalten. Im übrigen rasen diese „Herrenfahrer“ ohne jede Rücksicht auf die Nerven ihrer Mitmenschen durch die Straßen, am liebsten abends, wenn der Verkehr nachgelassen hat, und rattern den ruhesuchenden Anwohnern etwas vor. Je mehr Knack und Gestank die Maschine macht, um so forlicher kommen sich die Herren vor. Selbstverständlich sind aber auch die Be-

rufsfahrer, die besonders die Motorabdröschken fahren, dabei nicht auszunehmen. Natürlich ist der Knack um so größer, je stiller und enger die Straßen sind. Eine solche verhältnismäßig enge Straße gibt alle Geräusche wie durch einen Trichter verstärkt nach oben wieder und die Leidtragenden sind die Bewohner.

Daß es auch anders geht, beweisen verständige Fahrer. Kein Fachmann wird verlangen, daß ein einspindeliges Motorrad so geräuschlos arbeite, wie ein Schwanzlender-Reisemagen. Aber ein wenig Rücksicht darf die Bevölkerung doch verlangen. Sind die Motorradfahrer nicht selbst so einsichtsvoll, so muß eben unsere Verkehrspolizei nachhelfen.

### Unzulängliche städtische Krematorien.

Bei der Bestattungsfeier für unseren Genossen Richard Fischer im Trepptower Krematorium zeigte sich wiederum in unangenehmster Weise die gänzliche Unzulänglichkeit dieser Halle. Von den zahlreich erschienenen Leidtragenden konnte in dem kleinen Raum noch nicht die Hälfte Platz finden. Sitzgelegenheit — wenn man die harten, edigen, höchst unbequemen Stühle als solche bezeichnen will — reicht selbst bei mütterlicher Beteiligung bei weitem nicht aus; der größte Teil der Trauergesellschaft muß stehen. Bei der Bestattung des Genossen Dr. Silberstein machten sich dieselben Unbequemlichkeiten bemerkbar. — Sodann wäre es an der Zeit, eine anständige Orgel anzuschaffen, bei der wenigstens alle Töne voll erklingen. Auch an den Hallen der anderen Krematorien ist mancherlei auszuführen. Sie sind für größere Trauergesellschaften zu klein. In der Gerichtstraße sind für die Leidtragenden Bänke ohne Lehne aufgestellt, eine Rücksichtslosigkeit gegenüber den Trauernden, deren Kernkraft infolge der durchlebten Erschütterungen meist sehr geschwächt ist. Im übrigen: Wäre es nicht an der Zeit, auch in Berlin ein weiteres Krematorium zu errichten? Aber etwas großzügig in einem Park gelegen, so wie in Hamburg, Leipzig, Stettin usw.? Die Feuerbestattung gewinnt erfreulicherweise immer mehr Anhänger, im letzten Jahre sind in Berlin über 12 000 Feuerbestattungen vollzogen worden. Pflicht der Stadtverwaltung ist es, beizeiten für die erforderlichen zweckentsprechenden Einrichtungen zu sorgen.

### 306 neue Wohnungen in Neukölln.

Der Beamten-Wohnungsverein Neukölln, der nun schon auf sein 24jähriges Bestehen zurückblicken kann, konnte kürzlich die Einweihung von weiteren 306 Wohnungen feierlich begehen. Er hat auf seinem gewaltigen Gelände zwischen der Berra-, Kofegger- und Janstraße diese 306 Wohnungen errichtet, die aus Zwei- bis Vier-Zimmer-Wohnungen für die Angestellten und Beamten bestimmt sind. Die Ausführung der Entwürfe des Prof. Dr. Rebes und Regierungsbaumeister Emmerich lag in den Händen der Firma Richard Schädel. Der gewaltige Raubbau interessiert durch seine eigenartige Fassade und das flache Dach. Man hat diese Wohnungen inmitten weiter Grünflächen errichtet und den Zimmern Licht, Luft und Sonne ermöglicht. Mit diesen Wohnungen hat der Beamten-Wohnungsverein nunmehr 1800 Wohnungen in Groß-Berlin fertiggestellt, die sich auf Neukölln, Pantow, Steglitz und Zehlendorf verteilen. In Zehlendorf befinden sich zurzeit weitere 120 Wohnungen im Bau, die noch in diesem Jahre ihrer Bestimmung zugeführt werden sollen. Die Finanzierung des sehr eröffneten großen Bauvorhabens war nur möglich durch die große Unterstützung der Behörden. Die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft bewilligte zwei Millionen aus den Hauszinssteuerbeträgen und die Stadtbank gab eine erste Hypothek von 1 050 000 Mark, der Rest von 500 000 Mark wurde als Darlehen der Arbeitgeber, in diesem Falle der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, aufgebracht.

### Die Reinigungspflicht der Hausbesitzer.

Eine für die Hausbesitzer der Vorortgemeinden Groß-Berlins wichtige Entscheidung hatte das Amtsgericht Tempelhof zu treffen. In der Gemeinde Bantwig war schon im Jahre 1910 ein Kampf der Anlieger mit der Gemeinde und der Polizei entbrannt, ob sie die Verpflichtung zur Reinigung der Bürgersteige und zum Bestreuen derselben hätten. Damals entschied das Amtsgericht Tempelhof zugunsten der Anlieger. Nach der Eingemeindung von Bantwig in Groß-Berlin ist diese Streitfrage von neuem ausgebrochen worden. Die Stadtgemeinde Berlin hatte durch Ortsgesetz die Reinigungspflicht der Hauseigentümer bestimmt und mittels einer Polizeiverordnung die Unterlassung unter Strafe gestellt. Ein Bantwiger Hauseigentümer hatte nicht gestreut und war unter Polizeistrafen genommen worden. Seine Berufung war vom Amtsgericht Tempelhof verworfen worden. Auf die Beschwerde hatte das Kammergericht die Entscheidung aufgehoben. Auf Grund dieser Auslegung des Ortsgesetzes durch das Kammergericht sprach Amtsgerichtsrat Dr. David den angeklagten Hauseigentümer frei.

### Aus den Bezirken.

#### 5. Bezirk — Friedrichshain.

Ueber den Verhandlungen der Bezirksversammlung Friedrichshain schreibt dauernd der Ungeist des Krakeels, der fast jegliche praktische Arbeit behindert. In der Sitzung vom Mittwoch gab es wieder beschämende Szenen. Nachdem einige geschäftliche Mitteilungen erledigt waren, standen zwei Vorlagen des Bezirksamts zur Errichtung eines Wohnhausneubaus an der Bettendorferstraße und zum Erwerb des Grundstücks Georgenkirchstraße 69/70, in dem bis zur Fertigstellung eines eigenen Bezirksamtsgebäudes die wichtigsten Ämter der allgemeinen und der Jugendwohlfahrt untergebracht werden sollen, zur Debatte. Bürgermeister Genosse Krieger gibt bei dieser Gelegenheit ein Bild von den Schwierigkeiten, die dem Bezirksamtsamt bei der Vorbereitung von Neubauten — auch eines großen Bezirksamtsgebäudes, in dem endlich alle Dienststellen vereinigt werden können — und der Vorarbeit für die jetzt vorliegenden praktischen Vorschläge erwachsen sind. Den Vorlagen wird nach kurzer Debatte zugestimmt. Dann folgt die Haushaltsberatung. Genosse Klingler als Berichterstatter skizziert kurz die Verhandlungen des Haushaltsausschusses, der bei einigen Punkten wesentliche Verbesserungen beschlossen hat. Bei der Generaldebatte weist u. a. der Demokrat Gehr bereits auf die Erfolge und auf die ständig steigende Rente der kommunalen Sozialpolitik in Berlin hin. Die Deutschnationalen und ihre völkerverhetzenden Fraktionsgenossen müssen sich bei dieser Gelegenheit einige herbe Wahrheiten in bezug auf die Jammersituation ihrer Freunde in Wohlfahrts- und Wohnungsangelegenheiten in der Berliner Stadtverordnetenversammlung lassen. Genosse Bohling legt die staatsrechtliche Seite der Dinge klar, die den Bezirken lediglich die Aufstellung einer reinen Bedarfsübersicht gestattet, und gibt der Notwendigkeit, auch in dieser Hinsicht den Charakter der Einheitsgemeinde zu wahren, Ausdruck. Im einzelnen erläutert der Redner auch das Problem der Baumöglichkeiten und Schwierigkeiten im Bezirk. Er wendet sich gegen jeden Bezirkspartikularismus im Interesse der Gesamtbevölkerung. Bei dieser einfachen Sachdarstellung kommt es zu lebhaften Auseinandersetzungen mit Mitgliedern der kommunistischen Fraktion, die ihren „jungen Mann“, Herrn Ticharniel, nicht zur Ruhe bringen können. Die Sitzung muß unterbrochen werden. Nach der Wiedereröffnung nimmt die Haushaltsberatung ihren Fortgang. Die Kommunisten haben wieder eine große Zahl über jedes notwendige Maß hinausgehender Demonstrationen auf Erhöhungen gestellt. Beim Kapitel „Künstlerische Veranstaltungen“ wird eine vorgelegte Entschleunigung, die eine Erhöhung der Schiffszahl von 2,5 auf 5 Pf. pro Einwohner fordert, einstimmig angenommen. In gleichem Maße die Vorschläge des Haushaltsausschusses zu den einzelnen Kapiteln. Die kommunistischen Anträge finden trotz mancherlei proofoatorischer Reden keine Beachtung. An den sich anschließenden Auseinandersetzungen beteiligen sich auch Tribünenbesucher. Besonders zwei Frauen beschimpfen unsere Fraktion in größtmöglicher Weise, und zwar vor allem unsere alten verdienten Genossen. Der Auforderung des Vorsitzenden, den Saal zu verlassen, wird von den beiden keine Folge geleistet. Als im Gogenteil die Kommunisten nach das Gebahren jener Frauen, steigert sich die Unruhe in der ersten Stunde zum Tumult, so daß der Vorsitzende die Sitzung fast ergebnislos schließen muß. Wiederum wird hier eine kommunale Volksvertretung zur Farce erniedrigt. Der Klassenbewußte Proletarier findet in jenem Krakeel keine Stätte zur praktischen Arbeit.

#### 6. Bezirk — Kreuzberg.

Obgleich die Bezirksversammlung Kreuzberg am letzten Mittwoch bis in die Nacht hinein tagte, konnte sie doch nicht alle Punkte der reichhaltigen Tagesordnung erledigen. Zunächst wurden vier neue Bezirksverordnungen eingeführt und verabschiedet: die Genossen Anna Kulicke, Meta Faustmann, Otto Ecke und der deutschnationale Bezirksverordnete Otto Grohmann für die ausgeschiedenen Stadträte Genossen Henschold, Schweikardt, Marok und den Deutschnationalen Rosenthal. Dann folgte die Generaldebatte über den Haushaltsplan für das Jahr 1927. In einer großangelegten Rede trat unser Genosse Robinson für unsere grundsätzlichen kommunalen Forderungen und Wünsche ein und stellte dann mit Bedauern fest, daß uns durch den zentralen Magistrat immer wieder die durchaus notwendigen Mittel gestrichen oder doch bedeutend herabgesetzt werden; dadurch seien wir gezwungen, z. B. für die Gesundheitspflege für 1927 doppelt soviel Mittel anzusfordern wie im Jahre 1926. Unser Schmerzenskind ist das Krankenhaus Am Urban. So hervorragend tüchtig auch sein Ärzte- und Pflegepersonal ist, so wenig befriedigen die räumlichen Verhältnisse. Abhilfe kann nur der Bau eines neuen Krankenhauses bringen. Auf dem Gebiet der Jugendpflege fordern wir die baldige Herstellung des Kagbach-Spielplatzes und die Erweiterung des Urban-Spielplatzes durch Eingliederung der Straßenbahnhaltestellen. Unbedingt notwendig halten wir die Errichtung einer größeren Zahl

# Massary Perle

Die gehaltreiche 4 Pfennig-Zigarette hat  
— eine ganz besondere Note —  
Diese in der Tat hervorragende Qualitätsmarke

vergißt man nicht so leicht









# Der Nachtrag zum Haushaltplan festgesetzt.

## Einmütige Zustimmung aller Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung konnte nach wochenlangen Beratungen ihres Haushaltsausschusses gestern den Nachtrag des Haushaltplans so genehmigen, wie der Ausschuss es vorschlug. Mit Befriedigung durfte Genosse Bohmann feststellen, daß es gelungen ist, Erhöhungen der Tarife der Werke einschließlich Straßenbahn zu vermeiden und auch eine weitere Erhöhung der Grundsteuer überflüssig zu machen. Die noch notwendig gewordenen Ausgaben können jetzt geleistet werden, ohne daß der schaffenden Bevölkerung neue Lasten auferlegt zu werden brauchen. Der Nachtrag wurde von allen Fraktionen samt Kommunisten angenommen. In derselben Sitzung gab es noch ein paar andere Beratungen, die Beachtung verdienen. Gegen den vernünftigen Plan eines Freibades im Engelbecken wehrte sich das Zentrum, das von der alten Anschauung nicht loskommen kann, daß der Anblick eines nackten Körpers gegen die Sittlichkeit verstößt. Genosse Claus antwortete diesen Eiferern, daß wir für das geplante Freibad dem Magistrat dankbar sein müssen. Tadel erteilte dagegen der Magistrat bei einer kommunistischen Anfrage wegen der Ueberstunden im Baubetrieb der Nord-Süd-Bahn. Die berechtigte Kritik an diesem Skandal wurde selbstverständlich von der sozialdemokratischen Fraktion entschieden unterstützt, deren Redner, Genosse Krause, die Befreiung der Ueberstunden für eine Pflicht des Bauamtes der Nord-Süd-Bahn erklärte.

Zu Beginn der gestern abgehaltenen Sitzung der Stadtverordneten wurde an Stelle des zum Bezirksstadtrat in Charlottenburg gewählten Genossen Horlich der Genosse Gebert eingeführt. Beim ersten Tagesordnungspunkt begründete Stadtr. Dr. Salzgeber (Zentrum) eine Anfrage seiner Fraktion, ob beim Magistrat wirklich die Absicht bestehe,

im sogenannten Engelbecken an der Michaelskirche ein Freibad einzurichten?

Dieses Freibad würde das Stadtbild verschandeln (!), die Ruhe des Gottesdienstes stören und die Gefühle der Kirchenbesucher verletzen. (Das Engelbecken gehört bekanntlich zum Lullensiedischen Kanal, der zugeschüttet wird.) Dieses Freibad lohne seine hohen Baukosten nicht, denn es könne nur in der warmen Jahreszeit benutzt werden. Es sei ein Unfuss, mitten in der Stadt ein Freibad zu errichten. Dr. Salzgeber kündigte an, daß, falls der Magistrat an seinem Projekt festhalten sollte, von seiner Fraktion andere Mittel und Wege gesucht werden würden, um die Errichtung des Freibades zu verhindern! Der Oberbürgermeister betonte, daß der Süden und der Südosten Berlins kugelförmig an Badegelegenheiten sei und daß besonders deshalb der Gedanke, am Engelbecken ein Freibad zu errichten, gefaßt worden sei. Eine günstige Gelegenheit sei nicht vorhanden, und der Beifall der Bevölkerung sei sicher zu erwarten. Die Unterlassungen der früheren Stadtgemeinde Berlin mühten sich gutgemacht werden. Im übrigen liege das zu errichtende Freibad weit genug von der Kirche ab, so daß von einer Störung des Gottesdienstes keine Rede sein könne. (Bravos bei der Mehrheit.) Nach dem Stadtr. Treffert (Z.), der mit großem Redeschwall gegen das Projekt zu Felde zog und der oft von erheiternden Zurufen der Linken unterbrochen wurde, kam Genosse Claus zu Wort. Er sprach dem Magistrat den Dank für den guten Gedanken aus. Wir können nicht genug Freibäder haben. Claus lehnte es ab, dem Stadtr. Treffert mit gleicher Münze zu dienen; das Zentrum dürfe sonst dabei schlecht wegkommen. Es würde auch nichts schaden, wenn die katholischen Kirchenbesucher nach der innerlichen Erbauung sich auch einer äußerlichen Reinigung unterziehen würden. (Große Heiterkeit.) Die Bedenken der Zentrumsleute verstehen wir Sozialdemokraten nicht; heute wo in jedem neben der Kirche gelegenen Dorfteil gebadet wird, wollen wir in der Großstadt nicht prüder sein. Bei dieser Gelegenheit richteten wir die Bitte an den Magistrat, die Verkehrsmöglichkeiten nach den schon bestehenden Freibädern zu verbessern, damit möglichst große Teile der Bevölkerung an dem gesunden Freibadbetrieb teilnehmen können. (Lebhafte Beifall links.) Ein Antrag des Zentrums, das Bezirksamt Mitte zu beauftragen, sofort den Bau des Freibades einzustellen, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. — Die Kommunisten nahmen die vom Magistrat veranstaltete

### Turn- und Sportwoche.

zum Anlaß einer Anfrage. Sie wollten vom Magistrat Auskunft über die finanzielle Gestaltung der Herbstwoche haben und fragten weiter wegen mancher Vorformnisse während der Turn- und Sportwoche an. Sie verlangten ferner eine bessere Unterbringung der Arbeiterportvereine. Wie ernst es den Kommunisten mit ihrer Unterstützung der Arbeiterportverbände ist, bewiesen sie sofort nach der Begründung der Anfrage durch den kommunistischen Redner. Als der Vorsteher Genosse Haß die Unterbringungsfrage stellte, die geschäftsordnungsmäßig notwendig ist, um eine solche Anfrage zur Besprechung zu bringen, verzichteten die Kom-

munisten darauf und überließen es den Deutschnationalen (!), für eine Besprechung zu stimmen. (Die Stellung der Sozialdemokratie zum Selbstauschluss der Arbeiterportvereine — besser gesagt ihrer kommunistischen Leitung — von der Turn- und Sportwoche hat feinerzeit der „Vorwärts“ mehrfach dargelegt. Die Red.) In einer längeren Besprechung wurde u. a. auch von unseren Genossen Dr. Kewerow betont, daß die Arbeiterportier feinerzeit eine große Dummheit begingen, als sie die Beteiligung an der Turn- und Sportwoche ablehnten. Die bürgerlichen und die Arbeitervereine hätten ja nötigenfalls getrennt ihre Propagandaveranstaltungen durchführen können. Auf jeden Fall wären so auch den Arbeiterportieren die gewaltigen Reklamemittel der Stadt zugute gekommen. Es verlautete aber jetzt schon, daß man sich im nächsten Jahre flüger zu benehmen gedente. Den Standpunkt des Magistrats vertraten Oberbürgermeister Böß und Stadtmedizinalrat Professor Dr. v. Drigalski.

### Die Versammlung wandte sich dann der zweiten Beratung des Nachtragshaushaltsplans für 1926 zu.

Stadtr. Genosse Lohmann gab den Bericht von den Verhandlungen des Ausschusses; seine Ausführungen decken sich mit den Mitteilungen des „Vorwärts“ von gestern abend in der Angelegenheit. In der Aussprache veranstaltete der Kommunist Leh eine Rückzugsfanonade zu der diesmaligen Zustimmung seiner Parteigenossen zum Nachtragsetat. Genosse Lohmann stellte dies als Redner der sozialdemokratischen Fraktion ausdrücklich fest. Im übrigen betonte Lohmann, daß jetzt, nachdem die Sozialdemokraten im Ausschuss die Erhöhung der Hundesteuer und der Straßentaxitarife abgelehnt haben, alle anderen Parteien ihre Zustimmung zum Nachtragsetat erklären! Nach zustimmenden Erklärungen der einzelnen Fraktionsredner nahm die Versammlung einstimmig den Nachtragsetat an. — Die kommunistischen Demonstrationen wegen der Entsendung einer Delegation zur „Konferenz der Erwerbslosen- und Betriebsbelegierten“ und zum „Kongress der Welttätigen“ wurden abgelehnt. — Die Mehrheit der Versammlung, aus Sozialdemokraten und Kommunisten bestehend, stimmte dann noch einem Antrag der Kommunisten zu, nach dem der Magistrat bei der Reichsregierung dahin vorstellig werden soll, daß diese eine Verordnung erläßt, die eine progressiv gesteigerte Vermögensabgabe von Vermögen von 50 000 M. an aufwärts vorseht. Die Gemeinden sollen an dieser Vermögensabgabe beteiligt, die Erträge zur Beschaffung von Kostfundsarbeiten verwendet werden. — Nach debattierter Erledigung einer großen Anzahl von Vorlagen und Anträgen interpellierten die Kommunisten den Magistrat wegen der

### Ueberstunden, die beim Bau der Nord-Süd-Bahn geleistet werden.

Stadtbaurat Hahn bestritt, daß Ueberstunden in dem behaupteten Umfange geleistet worden sind. Genosse Krause stellte fest, daß tatsächlich Ueberstunden in überreichem Maße verlangt werden. Wöchentliche Stundenleistungen bis zu 75 Stunden seien nichts Seltenes. Krause bewies das an Hand der Lohnlisten. Wer sich etwa weigern sollte, Ueberstunden zu leisten, wird mit Entlassung bedroht. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine Notstandsmaßnahme nach der anderen, um die Erwerbslosen unterzubringen, und hier werden in einem städtischerseits betriebenen Unternehmen die Arbeiter über die gesetzlich festgelegte Zeit beschäftigt. Was soll das für einen Eindruck auf die Erwerbslosen machen, die vor der Tür stehen und nach Arbeit schreien? Das Bauamt hat unzweifelhaft die Pflicht, diese Ueberstundenleistungen zu unterbinden. Wenn die Arbeitsleistung an sich nötig ist, müssen eben Erwerbslose eingestellt werden. Der Kommunist Jager bestätigte dann noch Krauses Ausführungen und führte eine Reihe von Einzelfällen an. Damit war die Anfrage erledigt.

### Eine Warnung.

Die Beleidigungsklage gegen Direktor R. von der Berliner Elektrizitäts-Werke A.-G., der einen früheren Abteilungsvorsteher dieser Gesellschaft, den durch Abbau ausgeschiedenen und jetzt im Ruhestand lebenden Ingenieur W., beleidigt haben soll und deshalb vom Schöffengericht Charlottenburg zu 150 M. Geldstrafe verurteilt worden ist, wurde vom Berufsstand und auch von dem noch nicht befriedigten Kläger durch Berufung dem Landgericht III Berlin zur Entscheidung vorgelegt. R. hatte, als er abgebaut und zunächst auf Wartegeld gesetzt worden war, sich öffentlich zum „Konsumentenklub“ gegen Elektrizitätswerke“ erboten und in seiner Reklame einige Ausdrücke gebraucht, durch die die Direktion der Berliner Elektrizitäts-Werke sich gekränkt fühlen konnte. Als Antwort erließ Direktor R. in einer Charlottenburger Zeitung eine als Inserat veröffentlichte Warnung, in der er sagte, daß es W. offensichtlich allein auf Erlangung der Gebühren ankomme, die von den zu schützenden Konsumenten an ihn gezahlt werden sollten. Darin sah W. und mit ihm das Schöffengericht den Vorwurf einer Betrugsabsicht, und R. wurde danach unter Verfolgung des Schufes des § 193 (Wahrnehmung berechtigter Interessen) verurteilt. Der

der Strafkammer des Landgerichts kam nach zweifelhafte Bemühungen des Vorsitzenden der von ihm angelegte Vergleich zustande, in dem der Direktor R. erklärt, daß er dem Ingenieur W. nicht den Vorwurf des Betruges habe machen wollen, und daß er den etwa in der Deffektivität entstandenen Eindruck eines solchen Vorwurfs lebhaft bedauere. R. forderte außerdem eine Buße von nicht unter 10 000 M., er ging aber nach langem Widerstand schließlich darauf ein, daß R. ihm 2000 M. zahlt und weitere Ansprüche wegen Schädigung W. durch Schadenersatzklage geltend gemacht werden sollen.

### Der Schuß auf die Geliebte. Das Ende einer Liebchaft.

„Aus Versehen“ sollte der Schuß auf die Arbeiterin Minna L. losgegangen sein, der dem Werkmeister Georg M. die das Schwurgericht des Landgerichts III beschuldigende Anklage wegen versuchten Totschlages und unbefugten Waffensbesitzes eingebracht hatte.

Der Angeklagte, ein Schwerekriegsbeschädigter, der von seinem zerplitterten Arm geplagt und dadurch zum Gebrauch von Morphium gezwungen wird, hatte mit der in dem gleichen Werke beschäftigten Arbeiterin L. Beziehungen angeknüpft, obwohl er eine Frau und zwei Kinder hatte. Wegen seines Zustandes brauchte M., der auch bei der Liebesfrau und Kinder nicht vernachlässigte, angeblich mehr Zerstreuung. Von dem Mädchen wurde dann das Verhältnis allmählich zur Auflösung gebracht, weil es erst später erfahren haben wollte, daß M. bereits verheiratet war. Darüber geriet der Angeklagte immer mehr außer sich und er suchte, allerdings erfolglos, mit allen möglichen Mitteln eine Ausöhnung herbeizuführen. Als seine Hoffnungen fehlschlagen, will er die Absicht gehabt haben, Schluß zu machen und aus dem Leben zu scheiden. Wie jedoch festgestellt wurde, stieß er auch die Drohung aus, nicht nur sich selbst, sondern auch die L. zu erschlagen. Nachdem er schriftlich für seine Frau niedergelegt hatte, es sei für ihn, den durch und durch Kranken wohl das Beste, durch den Tod allem aus dem Wege zu gehen, machte er nach seiner Erzählung am 1. April dieses Jahres Anstalten zu dem Selbstmord. Er kaufte einen Revolver und begab sich von Hause fort. Da er aber durch Einnahme eines Morphiumpulvers wieder ruhiger geworden und ihm die Sache auch bei einem Absehensbezug bei dem Werke ausgerechnet worden war, soll ihm der Selbstmord leid geworden sein. Um nun nicht aufs neue auf solche dumme Gedanken zu kommen, wollte er, wie er angab, den Revolver nicht nach Hause mitnehmen, sondern dem Vater des Mädchens übergeben. Zu diesem Zwecke ließ er dem Vater einen Brief in die Wohnung bringen, in dem er ihn bat, zu einer Aussprache nach unten zu kommen. Als dann statt des Vaters das so heiß begehrte Mädchen erschien, muß wohl der Haß in ihm die Ueberhand gewonnen haben. Plötzlich erhob er die in der Hand gehaltene Waffe und schuß auf die L. Glücklicherweise wurde sie nicht allzu schwer verletzt, denn die Kugel durchbohrte nur beide Wangen. Hierauf richtete der Angeklagte die Waffe gegen sich selbst und gab vier Schüsse auf seinen Kopf ab, die ihn ebenfalls nicht lebensgefährlich verletzten. Vor Gericht gab er an, daß er nicht die Absicht gehabt habe, die L. zu töten. Er habe ihr nur die Waffe zeigen wollen und dabei gesagt: „Siehst du, Minna, beinahe wäre es schon so weit mit mir gekommen“. Da habe sie geschrien und nun sei in seiner großen Erregung unglücklicherweise ein Schuß losgegangen. Mit Rücksicht auf die Drehungen glaubte das Schwurgericht diesen Angaben nicht. Es hielt den Angeklagten auch im Hinblick auf die ärztlichen Gutachten für voll verantwortlich, jedoch wurden ihm mildernde Umstände bewilligt. Er wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts zu acht Monaten und einer Woche Gefängnis verurteilt. Ob ein von häßlichen Schmerzen geplagter Morphiumist wirklich voll verantwortlich ist?

### Verzicht auf die verlängerte Polizeistunde.

Die Wälinger-Betriebsgesellschaft, der etwa 40 Restaurantbetriebe mit ungefähr 1000 Angestellten angeschlossen sind, hat gestern wie immer um 1 Uhr ihre Betriebe geschlossen. Es wurden nicht nur die in allen Stadtteilen gelegenen Bierhallen um 1 Uhr geschlossen, auch die größeren Unternehmungen wie Reingold, Palast-Hotel und -Café und der Fürstendof schlossen ihre Porten zur alten Polizeistunde. Die Betriebsgesellschaft will nicht eher ihre Betriebe über 1 Uhr hinaus offenhalten, als bis die Berliner Verkehrsunternehmungen ihre Fahrpläne erweitern und die Angestellten die Möglichkeit haben, ihr Heim zu erreichen, ohne weite Strecken zu Fuß zurücklegen zu müssen. Schon jetzt mehren sich die Beschwerden darüber, daß nachts heimkehrende weibliche Angestellten Belästigungen von angrimmigen Passanten ausgeht sind.

### Frau Schnabel legt Berufung ein.

Das Potsdamer Schöffengericht verurteilte am 7. Oktober die Witwe des verstorbenen Professors Schnabel, geb. Hoffde, geb. Gräfin Selmingen, zu drei Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist. Gegen das Urteil hat Frau Schnabel Berufung eingelegt. Der Prozeß wird nun die große Potsdamer Strafkammer beschäftigen. Am 2. November findet auf dem Amtsgericht in Potsdam der erste Prozeß in der Erbschaftsangelegenheit zwischen Frau Schnabel und den Angehörigen der verstorbenen Professors statt.

# DIE QUALITÄT ENTSCHEIDET!

Nur Verwendung des besten Materials, rationellste Fabrikation, hervorragende fachmännische Leitung, höchstgeschultes Personal, haben Salamander zur ersten Schuhmarke gemacht. Billiger als der Salamanderschuh kann kein wirklich guter Schuh verkauft werden. Nur 6 Preislagen

- 12<sup>50</sup>
- 18<sup>50</sup>
- 14<sup>50</sup>
- 21<sup>00</sup>
- 16<sup>50</sup>
- 24<sup>00</sup>



# SALAMANDER









# Der Streik in der Gesundheitsindustrie.

Heute Verhandlungen vor dem Schlichter.

In der überfüllten Versammlung der streikenden Angestellten der Gesundheitsindustrie im „Rochlischen Hof“ am Donnerstagabend trat zunächst der Genosse Günther vom Ausschuss der in der bürgerlichen Presse und in einem Rundschreiben der Unternehmer verbreiteten Auffassung entgegen, daß der Streik nur einen geringen Umfang aufweise. Es mag sein, daß in einer Anzahl kleinerer Betriebe mit einem oder zwei Angestellten, die keiner Organisation angehören, die Arbeit nicht ruht. In den Mittel- und Großbetrieben jedoch wird der Streik vollständig durchgeführt. Die Zahl der Streikenden erhöht sich immer noch. Alle gegenseitigen Behauptungen sollen nur dazu dienen, die Front der Streikenden zu erschüttern.

Die Solidarität der Arbeiter in den Betrieben ist mangelhaft. In den Großbetrieben lehnen es die Arbeiter ab, Aufträge entgegenzunehmen von Angestellten, die nicht handlungsvollmacht haben, alle Streikbrecher sind. Dagegen ist zu verzeichnen, daß die Kernpolitik der Unternehmer zunimmt. Das äußert sich deutlich in den zahlreichen Anfragen von Unternehmern bei der Streikleitung, ob die Arbeit in ihren Betrieben, nicht wieder aufgenommen werden könne, was natürlich erst dann möglich ist, wenn die Forderungen der Angestellten anerkannt sind. Daß die Unternehmer ihren Angestellten, wie in solchem Falle üblich, mit Entlassung drohen, wenn sie nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen, versteht sich am Rande. Das Richteramt eines der Unternehmer am Donnerstag zu den von ihnen vor dem Streikausbruch geforderten Verhandlungen vor dem Schlichter, sollte wahrscheinlich ein Zeichen ihrer Stärke sein, die bei ihnen aber schwerlich vorhanden sein dürfte.

Genosse Günther betonte weiter, daß die Unternehmer mit dieser Demonstration die streikenden Angestellten bestimmt nicht einschüchtern konnten. Wenn die Unternehmer glauben, Zeit zu haben, dann haben die Streikenden erst recht Zeit. Die Organisationen sind jedenfalls imstande, einen solchen Streit geraume Zeit zu finanzieren. Im übrigen ist den Streikenden die Solidarität der gesamten Berliner Arbeiterschaft und Angestellten gewiß.

Der zu heute Freitag vormittag erfolgte amtlichen Einladung des Schlichters werden die Organisationsvertreter Folge leisten, da sie ihre Bereitwilligkeit zur Verständigung stets zu erkennen gegeben haben. Sollten die Unternehmer jedoch auch diesmal zu den Verhandlungen nicht erscheinen, dann allerdings würden die Organisationsvertreter nur dann noch zu Verhandlungen kommen, wenn der Schlichter die Gewähr für das Erscheinen der Unternehmer geben kann. Unter dem Beifall der Versammelten erklärte Genosse Günther zum Schluß, daß der Streik nicht eher abgebrochen werden wird, bis sich die Unternehmer zur Anerkennung der Forderungen der Angestellten bereit erklären.

Nach einer kurzen Aussprache wurde einstimmig eine Entscheidung angenommen, in der die Streikenden ihre Kampfmotivität bekunden und sich zur Durchführung des Streiks bis zum vollen Erfolge verpflichten. Sollten die Unternehmer sich in den heutigen Verhandlungen nicht zu weitgehenden Zugeständnissen bereit erklären, dann wird der Streik in schärfster Weise fortgeführt werden. Die Entscheidung liegt jetzt bei den Unternehmern.

## Das Rangierpersonal im Dunkeln.

Vor einiger Zeit machten wir u. a. Andeutungen über die in Nr. eingerissenen Zustände im Rangierwesen. Nunmehr erhalten wir erneut Mitteilungen über die geradezu ungläublichen Dienst- und Beleuchtungsbedingungen des Rangierpersonals auf Bahnhof Rönitz.

Die mit aller Gewissenhaftigkeit aufgestellten Dienstpläne, zugeschnitten auf ein unglaublich raffiniertes Ausbeutungssystem des Rangierpersonals, machen es dem Personal unmöglich, die Lohnerstellung sowie Ausrangieren der zu entladenden Wagen auf den Bahnhöfen Rönitz und Friedrichshagen sachgemäß auszuführen. Hinzu kommt der zur persönlichen Gefahr gewordene Lichtmangel auf dem Güterbahnhof Friedrichshagen. Wenn die auf diesem Bahnhof vorgesehene sechs bis sieben Gaslampen an und für sich schon nicht ihren Zweck erfüllen, so kommen sie für die Rangierleute und Lokführer überhaupt nicht in Frage, die völlig im Dunkeln liegen. Das Vorstellwerden des Ortsbeamtenrates und alle Eintragungen in das Dienstübergabebuch zwecks Abstellung, unter Hinweis auf die Unfallverhütungsvorschriften und den auf die Dauer unvermeidlichen Materialschaden bleiben unberücksichtigt. Wir fragen den verantwortlichen Dienst- und Amtsvorstand, wie sie sich eigentlich die gewissenhafte Durchführung der ihnen anvertrauten Dienstvorschriften für das Rangierpersonal denken? Es gibt in der Strafprozedur einen

Paragrafen, der besagt: „Wer nachgewiesenermaßen leichtfertigerweise Menschenleben gefährdet oder Sachschaden herbeiführt, wird mit . . . Monaten bestraft.“ Oder glaubt man nach wie vor den Arbeitern oder unteren Beamten die Schuld zuschieben zu können, wenn etwas passiert?

Die Rangierer stehen nicht nur stündlich am Tage, sondern vorwiegend des nachts in Lebensgefahr, die von den verantwortlichen Instanzen scheinbar nicht mehr erkannt wird. Leider legt auch die Desinteressiertheit viel zu wenig Gewicht auf diese Berufsgruppe im Eisenbahnwesen. Jedenfalls ist es hohe Zeit, hier Abhilfe zu schaffen!

## Die Verhandlungen über das Arbeitszeit-Notgesetz.

Die Verhandlungen der Spitzenorganisationen der Gewerkschaften zur Schaffung eines Notgesetzes zur Wiederherstellung des Achtstundentages und zur Beseitigung des Ueberstundenunwesens werden erst im Laufe der nächsten Woche ihren Abschluß finden.

## Ein Troelstra-Heim.

In Verbindung mit dem Niederländischen Gewerkschaftskongress in Utrecht fand die Grundsteinlegung zu einem Troelstra-Heim statt, das als Erholungsstätte und zum Studienaufenthalt gedacht ist. Das Gebäude wird von einem 37 Meter hohen Turm überragt werden. Die Baukosten sind mit 93.000, die Innenausstattung mit 60.000 Gulden veranschlagt. Mit der Fertigstellung des Gebäudes wird bis September 1927 gerechnet.

## Wie in Rußland gespart wird.

Und auf weissen Kosten.

(RSD.) Das Sparamteitsregime in der Industrie der Sowjetunion ist in erster Linie gegen die Arbeiterschaft gerichtet. Besonders bezeichnend ist in dieser Hinsicht das Anwachsen der Arbeitskonflikte und insbesondere die eigenartige Umstellung in der Tätigkeit der offiziellen Schlichtungsorgane. Der Kiower Korrespondent des Gewerkschaftsorgans „Trud“ schreibt darüber:

„In der letzten Zeit ist, allem Anschein nach im Zusammenhang mit dem Sparamteitsregime, die Zahl der Konflikte, die an die Schlichtungskammer in Kiew zur Entscheidung überwiesen wurden, von 158 im ersten Quartal 1925/1926 auf 288 im dritten Quartal, d. h. um 82 Proz. gestiegen. Es ist außerordentlich bezeichnend, daß die Zahl der Konflikte in den privaten Betrieben im dritten Quartal um 21,5 Proz. gegenüber dem ersten Quartal zurückgegangen ist, während die Zahl der Konflikte in den genossenschaftlichen Betrieben um 50 Prozent und die in den staatlichen Betrieben rund um das Doppelte gestiegen ist.“

Besonders eigenartig wirkt die Tatsache, daß das Sparamteitsregime einen gewissen Einfluß auf die Beschlässe der Schlichtungsorgane des Volkswirtschaftsministeriums für Arbeit auszuüben scheint. Wenn im ersten Quartal 1925/1926 unsere Schiedskammer 51,1 Proz. aller Konflikte zugunsten der Arbeiter entschieden hatte, so sank diese Zahl im dritten Quartal plötzlich auf 27,9 Proz. Dementsprechend erhöhte sich die Zahl der Kompromißentscheidungen (von 25,9 auf 35,9 Proz.) und insbesondere die Zahl der Entscheidungen zugunsten der Administration, und zwar von 23 auf 36,2 Proz.

Dasselbe Bild kann man auch im Schiedsgericht beobachten: immer geringer wird die Zahl der Entscheidungen zugunsten der Arbeiter und immer höher steigt die Zahl der Kompromißentscheidungen und der Entscheidungen zugunsten der Administration.

Es ist wohl kaum anzunehmen, daß unsere Gewerkschaftsverbände sich plötzlich schlechter in den Gesetzen auskennen und mit unausführbaren und unbegründeten Forderungen kommen. Dieser Umstand ist eher darauf zurückzuführen, daß die Konfliktsorgane angefangen haben, den Wirtschaftsorganen ein größeres Entgegenkommen zu beweisen, als es unbedingt notwendig ist.“ („Trud“ vom 9. Oktober.)

Diese eigenartige Entwicklung bildet nur eins der Symptome des charakteristischen Umwandlungsprozesses, den Sowjetrußland gegenwärtig durchmacht.

## Zum englischen Bergarbeiterstreik.

Der Winter hilft den Streikenden!

(GBB.) Die Exekutive des britischen Bergarbeiterverbandes hat beschlossen, die Aktion der Bergarbeiter zu verschärfen. Zu diesem Zwecke ist ein „zentraler Kriegsrat“ geschaffen worden. Die leitenden Instanzen kommen damit einer allgemeinen Tendenz entgegen, die

sich in neuester Zeit darin äußert, daß in vielen Fällen die Zahl der Streikenden eher zu- als abnimmt. Wenn man bedenkt, daß nach 97 Proz. der Bergleute unerschüttert im Kampf stehen, so ist Grund zur Zuversicht vorhanden. Dem britischen Gewerkschaftsbund soll u. a. der Vorschlag auf Einleitung einer Geldsammlung pro Kopf der ganzen Gewerkschaftsmitglieder unterbreitet werden, was ohne Zweifel auch zur Hebung des Sammel-eifers auf dem Kontinent beitragen kann, wo bekanntlich einige Länder schon vor langem solche Sammlungen durchgeführt haben.

Was wir an dieser Stelle schon vor langem gesagt haben, gilt heute mehr als je: die Zeit arbeitet für die Bergleute! Dies zeigt z. B. ein Ausspruch von Robert Horne, der die Meinung einer immer größer werdenden Gruppe von Industriellen vertritt, wenn er sagt, daß zahlreiche Industrien, so besonders der Schiffbau und die Textilindustrie, wegen der Starrköpfigkeit der Grubenbesitzer dem Ruin nahe sind. Selbst ausgeglichene Optimisten werden in bezug auf die Zukunft des Landes skeptisch!

Was die Kohle anbetrifft — es wird in neuester Zeit auch Eisen und Stahl eingeführt — so betrug die Förderung von Streikbrechern bis Ende September insgesamt 2 Millionen Tonnen, der Ausfall 56 Millionen Tonnen. Die Frage, ob dieser Ausfall durch Import wettgemacht werden kann und sollte, wird einstimmig dahin beantwortet, daß dies unmöglich ist und immer unmöglicher wird. Die Kohlenknappheit nimmt selbst in den Ländern außerhalb Englands rasch zu. So sehen sich das Kohlenyndikat und das Kohlenkontor in Deutschland infolge der zunehmenden Kohlenknappheit gezwungen, den Kohlenverland nach Rotterdam und Antwerpen (den wichtigsten Verschiffungshäfen für Sendungen nach England) wahrscheinlich in den nächsten Tagen einzuschränken. Auch in Frankreich macht sich zunehmende Kohlenknappheit bemerkbar, besonders in der Küstenschiffahrt. So werden in Orient die Schiffe von 70 Eigentümern wahrscheinlich in den nächsten Tagen gezwungen sein, ihre Fahrt einzustellen. Der Winter naht!

Der Kohlenmangel wird in kurzer Zeit überall große Dimensionen annehmen. Diese Tatsache erhöht die Gewinnaussichten der englischen Bergleute, wenn sie die Möglichkeit erhalten, auf Grund weiterer Sammlungen zu Hause und im Auslande, durchzuhalten.

Ueber die Welttierproduktion, von E. Bäckert, Verlag der Internationalen Union der Lebens- und Genusmittelarbeiter, Zürich, Körnerstr. 12. Preis 50 Schw. Rappen. Das Sekretariat der IULW. will den angeschlossenen Verbänden und ihren Führern durch Publikationen über die Lebensmittelindustrie dienen. Als eine dieser Arbeiten der IULW. ist soeben eine Broschüre des Genossen E. Bäckert, des Vorsitzenden des Deutschen Lebensmittel- und Getränkearbeiterverbandes erschienen. Bäckert schildert im ersten Teil der Broschüre die Geschichte der Bierherstellung, um im zweiten Teil Stand und Entwicklung der Brauereindustrie in den wichtigsten bierergzeugenden Ländern darzustellen. Die Broschüre bietet wertvolles produktions- und betriebswirtschaftliches Material.

## Der einzige Weg Verdauungsstörungen zu beseitigen.

Es gibt nur einen Weg, Verdauungsstörungen zu beseitigen: man muß die Grundursache des Uebels kennen und ausräumen, und in neun von zehn Fällen ist es die übermäßige Absonderung von Magensäure. Tausende, denen Biserirte Magnesia geholfen hat, bezogen, daß hier ein Mittel angeboten wird, welches in dieser Richtung allen anderen voran den besten Erfolg erzielt. Es wird unter Garantie verkauft, im anderen Falle erhalten Sie Ihr Geld zurück. Abgesehen, daß Biserirte Magnesia die Säuren im Magen neutralisiert, lindert und schützt es die entzündeten Magenwände. Das ist der Grund, weshalb die Ärzte es immer und immer wieder empfehlen. Sie wissen, es ist ein ganz einfaches, unschädliches Präparat, auf dessen Wirkung man sich aber verlassen kann, welches die Grundursache der Magenbeschwerden beseitigt und gleichzeitig die Magenwände gegen weitere Einflüsse schützt. Kaufen Sie noch heute eine Flasche.

Wichtig! Biserirte Magnesia wird in drei verschiedenen Verdauungsgrößen geliefert: in Pulver- und Tablettenform zu M. 1.50 das Fläschchen und in größeren Flaschen mit Pulver zu M. 3.00 die Flasche.

# Sonder-Angebot!

**Kamelhaar** 95<sup>5</sup>

**Kamelhaar** 1<sup>55</sup>

**Kamelhaar** 1<sup>85</sup>

**Kamelhaar** 1<sup>95</sup>

**Kamelhaar** 4<sup>50</sup>

**Kamelhaar** imit. Schnallentstiefel mit Filz- und Ledersohle, Gr. 19—24

**Kamelhaar** imit. Laschenschuh mit Filz- u. Ledersohle, Gr. 43—46. 2.50 Gr. 36—42

**Kamelhaar** imit. Umschlagschuh m. Filz- und Ledersohle, Gr. 36—42

**Kamelhaar** imit. Schnallentstiefel m. Filz- u. Ledersohle, verd. Naht, m. Kappe u. Fleck, Gr. 43—46 5.50 . . . Gr. 36—42

Bessere  
**Kamelhaar-**  
Schuhe in rein Woll- und  
Kamelhaar sowie rein Kamel-  
haarschuhe in größter Auswahl

# Bettina

Schuhges. m. b. H.

Sie finden  
bei uns was  
Sie suchen!



Der ungeheure Andrang zu unserem

# Großen **25** und **50** Pfennig Verkauf

zwang uns

am Nachmittag verschiedentlich zu schließen.  
Besuchen Sie uns deshalb möglichst Vormittags!

## JANDORF

Belle-Alliance-Str. • Gr. Frankfurter Str. • Brunnenstr. • Kottbuser Damm • Wilmsdorfer Str.

**Mutter, sieh mal!**  
Kostproben gratis! - Ausschank vom Faß!

**Neu eingeführt**  
aus Griechenland erstklassige Weißweine  
200.000 Liter zum Einführungspreis  
Sektur edler Trauben-Dezernat, rot, ca. 17%,  
Liter 1,10

Feinstes süßer Apizaco, ca. 14% . . . . . Liter 78 Pf.  
Feinstes süßer Johannisbeerwein, ca. 14% . . . . . Liter 96 Pf.  
Sektur Farragosa, unverschüttet, ca. 15% . . . . . Liter 1,30  
Sektur Malaga, unverschüttet, ca. 15% . . . . . Liter 1,50  
Sektur Rot. Vermuth . . . . . Liter 1,75  
Sektur Inesi Lamas, unverschüttet, ca. 17% . . . . . Liter 1,90  
Sektur Oporto Portwein, unverschüttet, ca. 21% . . . . . Liter 2,50  
Feinstes Spezialwein für Kranke "Sanato" . . . . . Liter 1,90

Feinstes Weinbrand "Veronika", 35% . . . . . Liter 3,20  
Edler Deutscher Weinbrand, 35% . . . . . Liter 4,20  
Alle Edelbrände des Feinsten, ca. 35% . . . . . Liter 4,45  
Feinstes Telescop, 35% . . . . . Liter 2,95  
Schloss Jamaika-Rum, Veracha, ca. 45% . . . . . Liter 4,45  
Feinstes Top-Jamaika-Rum, Veracha, ca. 55% . . . . . Liter 5,20

**Zur gefälligen Aufklärung!**  
1 Liter enthält 2/3 Liter mehr als 1/1 Flasche  
Feinste deutsche, spanische u. französische Flaschenweine  
die 1/2 Flasche 78, 95 Pf., 1,15, 1,50, 1,90 und 2,25  
Die Preise verstehen sich mit Steuer ohne Glas.

**Eduard Süßkind**  
Hauptgeschäft N 31, Brunnenstr. 43. Humboldt  
7811-12.  
Berlin N, Mühlenstr. 144. Teleph. Moabit 818  
Berlin O, Petersburger Str. 60. Teleph. Königstadt 4606  
Berlin N, Chausseestraße 75. Teleph. Norden 7813  
Berlin O, Koppensstraße 87. Teleph. Königstadt 8075  
Berlin SO, Grünauer Str. 15. Teleph. Moritzplatz 7232  
Neukölln, Berliner Straße 13. Teleph. Neukölln 1894  
Moabit, Wilsnacker Str. 25. Teleph. Moabit 1105  
Steglitz, Schloßstraße 121. Teleph. Steglitz 3664  
Charlottenburg, Wilmsdorfer Str. 137. Tel. Wilh. 821

**Nagelpflege-Garnituren Kopp & Joseph**  
BERLIN W  
In vornehmer Ausstattung. Potsdamer Str. 122



**Johanna - frei nach Schiller.**  
Lebt wohl, ihr Hornhäut und ihr Hühneraugen,  
Ihr Schrecken meiner Füße lebet wohl.  
Johanna braucht nicht mehr mit euch zu wandeln,  
Johanna gab euch endlich „Lebewohl“!  
\* Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Ärzten  
empfohlene Hühneraugen-Lebewohl mit druckmilderndem  
Filtering für die Zehen und Lebewohl-Ballenschelben für  
die Fußsohle, Bleichdose (8 Pflaster) 75 Pf., Lebewohl-Fuß-  
bad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel  
(2 Bäder) 80 Pf., erhältlich in Apotheken und Drogerien.

Unsern lieben alten Genossen  
**Ernst Tübecke**  
zu seinem  
10. Geburtstage  
die herzlichsten Glückwünsche!  
Die Genossen und Genossinnen  
des Bez. 142 B d. 23. Abt.

Am Sonnabend den 15. Oktober  
s. 3. verfühlich unterwirft unser  
hochverehrtes Vorstandemittglied, der  
Sehr geehrte Herr  
**Paul Obiglio**  
Der Herr Obiglio war uns ein Vorbild  
von beharrlicher Pflichttreue und  
Rechtlichkeit, dessen Wirksamkeit wir stets  
in Ehren halten werden.  
Das Personal der Firma  
Freier Bond. & G. m. b. H.

**Zobensanzeige.**  
Allen Verwandten und Bekannten  
hiermit die traurige Nachricht, daß  
am 19. Oktober, nachmittags 3 Uhr,  
meine liebe Frau, unsere hochverehrte  
Mutter, Schwieger- und Großmutter  
Schmeller, Schwiegertochter und  
Tante, Frau  
**Johanna Albrecht**  
geb. Levy  
im Alter von 88 Jahren sanft ein-  
schlafen ist.  
Rühenst. den 20. Oktober 1926.  
Im Namen der trauernden Hinter-  
bliebenen  
**Wilhelm Albrecht.**  
Die Beerdigung findet am Sonn-  
abend, 23. Oktober, nachm. 1 Uhr, im  
Armenatorium Baumhüttenweg statt.

Die Geburt eines Sonntags-  
jungen zeigen an  
**Dr. Anders u. Frau**  
Christenborg 1. 17. Oktober 1926  
Kolonie Sorgenfrei, Grenzweg 23.

Unsere Büroräume befinden  
sich jetzt  
**Potsdamer Str. 103 a**  
Tel. Nollendorf 8254, Kurf. 6986, 88, 89  
Allg. Bau-Aktiengesellschaft

**Rasierklänge.**  
„Strenzel's Feingold“ (früher Bertelklopp)  
ist immer anerkannt beste, für vermehrte  
Selbstreiner, u. Rühmt 1. ihr. Fach geschliff.  
u. schärft, beugt diese Röhre eine Freiheit  
u. Schmitze, die geradezu verblüffend wirkt.  
Zahl. Lob- u. Dankschreib. beweisen die er-  
stklassige Qualität. In 800 Gefäßten Groß-  
Berlin erhältlich, wo nicht, dem Fabrik.  
H. Strenzel, Berlin 33, Fabrikstr. 12. Die  
einzelnen 10 Röhre s. 2,75 RM., dabei 1 Rasier-  
apparat od. Seife od. Röhrenschärfz gratis.

**Lebenslängliche Garantie**  
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften  
**Trauringe**  
zu billigsten Preisen  
In den gediegensten Ausführungen  
- Ständig ca. 3000 St. auf Lager -  
Preisliste gratis!  
Gest. geschützt  
**Hermann Wiese, Berlin N 24, Artilleriestr. 30**  
Tel. Nollendorf 10000

Die  
**Groschen-  
Bücher-  
Messe**  
der Vereinigten Arbeiter-  
Buchhandlungen Berlins ist  
bis zum 2. November ver-  
längert. Verkauf täglich ab 11 Uhr im Gewerk-  
schaftshaus, Engelauer 24. Bücher aus allen  
Gebieten zu enorm herabgesetzten Preisen.  
Täglich liegen neue Bestände aus

**Tapeten 25, 30, 35 Pfg.**  
Riesenauswahl.  
herrliche Muster, Linoleum u. Wachstuche, Cocos-  
matten nur bester Qualität in großer Auswahl.  
**R. Lode, Artilleriestraße 36a**  
Ecke Eisasser Straße  
Vorzuger erhält 5 Prozent Rabatt.

**Krause-Pianos**  
zur Miete  
W 20, Ansbacherstr. 1  
Blumenspenden  
jeder Art  
Hochpreiswert  
**Paul Gollert**  
norm. Edel. Hage,  
Mariannenstraße 3,  
Gde. Baumstraße  
Eink. Westpt. 10008.

**Teilzahlung**  
1/6 Anzahlung  
u. 5 Monatsraten  
Gewaltige Lager in 4 Etg.  
**Das Neueste**  
für den Herbst  
**Anzüge**  
**Ulster**  
**Paletots**  
M. 45-, 64-, 78- bis 150-  
Anzahlung von 8.- M. an  
**Anzüge**  
für Knaben u. Junglinge  
**Regenmäntel**  
**Damen-Mäntel**  
Helder l. Straße, Esselstraße  
M. 16-, 24-, 32-, 46-, b. 140-  
Anzahlung von 3.- M. an  
Wäsche, Oberhemden, Hute  
In besonderen Etagen:  
**Möbel-Einrichtungen**  
**A.**  
**Damitt**  
Rosenthaler Straße  
**46-47**  
Ecke Neue Schönhauser Str.

## Garderobe auf Teilzahlung

für Damen und Herren  
**1/6 Anzahlung!**  
Der Restbetrag in  
**8 Monatsraten!**  
trotz bekannt billigster Preisberechnung.

Niemand versäume, diese außergewöhnlich günstige Kaufgelegen-  
heit wahrzunehmen, da die von mir angegebenen Vorteile von keiner  
Seite zu überbieten sind!

**Riesen-Auswahl!** Sofortige Aushändigung der Ware. **Beste Qualitäten!**  
**Größte Rücksicht in Krankheitsfällen!**  
**Cohn** im Osten: **Gr. Frankfurter Str. 58** 5 Minuten vom Alexanderplatz  
**Cohn** im Norden: **Badstraße 47-48** 5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen

## Zuckerkrank

Prüfen Sie Ihren Arzt Dr. A. Siegers Anti-  
diabencum und verlangen Sie kostenlos  
diesbezüg. hochinteressante Schriften  
durch Fr. Löw, Waidorf B 37 (Hessen)

Ziehung 5.-10. November.  
**Turn- und Sport-  
Lotterie**  
30 720 Gewinn u. 3 Prk  
mitten im Werte von Mark  
**105000**  
**30000**  
**20000**  
**10000**  
Lose zu 50 Pf. 30 Flanz.  
10 Lose einacht, Paris  
und Liste 5 M.  
erhältlich bei den Stadt Lotterie-  
Einzahmern, in allen Lotterio-Ge-  
schäften oder gegen Einzahlung  
bzw. Nachnahme durch  
**A. MOLLING, BERLIN W 8.**  
Unter den Linden 3a,  
Postfach-Kopf Berlin 26328





### Einst und jetzt.

Von Hugo Heilmann.

Weit und hoch hat sich die Sozialdemokratische Partei ihr Ziel gesteckt. Sie will, daß ein Geschlecht freier, glücklicher Menschen die Erde bewohnen soll, sie will eine Gesellschaftsordnung, die weder Herren noch Knechte kennt, in der es keinen prunkenden Reichtum einzelner, keine bittere Not der vielen mehr gibt, in der jeder in die Lage versetzt ist, nach seinen Fähigkeiten dem Ganzen zu dienen, und keiner, der etwas leisten will und kann, in erniedrigenden, menschenunwürdigen Verhältnissen zu leben gezwungen ist.

Die höchsten Grundsätze der Menschlichkeit zu verwirklichen, ist das Ziel der Sozialdemokratischen Partei. Darum sind ihr in den Jahrzehnten ihres Wirkens immer neue Millionen von Mühseligkeiten und Besädenen zugeströmt und haben sich mit ihr verbunden zum Kampf gegen alle Hindernisse, die der Nachwille der Herrschgewohnten, der Eigennutz der vom Glück Begünstigten ihr in den Weg legten.

Es gab eine Zeit — sie liegt noch nicht weit zurück —, in der, um das Grundlegende hervorzuheben, die Stimme des Staatsbürgers in Staat und Gemeinde nach der Fülle seines Geldbeutels gewogen wurde, und die weibliche Hälfte des Volkes vollkommen entrechtet war. Heute ist Deutschland eine Republik, in der alle Volksgenossen, Männer und Frauen, die gleichen politischen Rechte besitzen. Niemand kann leugnen, daß es dank dem Wirken der Sozialdemokratie vorwärtsgegangen ist und vorwärts geht, wenn auch für unsere Wünsche bei weitem nicht schnell und weit genug. Um schneller vorwärts zu kommen, müssen wir unseren Einfluß auf Staat und Gesellschaft dadurch zum entscheidenden machen, daß wir die Mehrheit unseres Volkes von der Richtigkeit unserer Auffassungen überzeugen. Wir streben nach Macht. Denn unsere Macht ist die Macht des schaffenden Volkes selbst. Aber wir lehnen den Gedanken ab, durch Gewalt unsere Herrschaft auszurichten oder zu behaupten. Die großen Ziele des Sozialismus sind erst dann erreichbar, wenn sie von der Mehrheit des Volkes klar ins Auge gefaßt sind und diese Mehrheit entschlossen ist, den Weg zu ihnen mit uns zu gehen. Dazu rufen wir in dieser Werbeweche unsere Volksgenossen und Volksgenossinnen auf.

Schritt um Schritt müssen unsere Ziele im Reich, Staat und Gemeinde erkämpft werden. Sind in Staat und Reich die einzelnen Schritte nicht immer klar ersichtlich, so ergreift die Tätigkeit der Gemeinde den einzelnen schnell und unmittelbar. Hier liegen auch die Wege, die die Sozialdemokratie geht, die Etappen, die erreicht sind, klarer und offener selbst vor den politisch Indifferenten als unser Wirken in den verschlungenen Verhältnissen von Staat und Reich. An unserer Arbeit, an unseren Erfolgen in der Gemeinde ist daher leicht aufzuzeigen, was die Sozialdemokratie im Interesse der wertvollen Bevölkerung geleistet hat.

Die Sozialdemokratie ist sich klar darüber, ja sie begrüßt es als wichtigsten Ansporn zu weiteren Fortschritten, daß Ziele, die lange Zeit hindurch heiß erstrebt wurden, von dem Augenblick an, in dem sie erreicht sind, kaum noch oder nicht mehr gewertet wurden. Wie schnell verblaßt zum Beispiel die Erinnerung an jene Zeiten, in denen die einfachsten und selbstverständlichsten Betätigungen des kommunalen Lebens unendliche Weiterungen und Schwierigkeiten, ja erbitterte Kämpfe auslösten. Die Verlegung eines Druckrohrs, die Durchführung einer Straße, die Einrichtung einer neuen Straßenbahnlinie konnten, wenn überhaupt, stets erst nach langwierigen Verhandlungen mit den in Betracht kommenden Gesellschaften, den zuständigen zahlreichen Kommunalbehörden und den staatlichen Aufsichtsinstanzen durchgeführt werden. Die Aufstellung moderner großzügiger Bauungspläne, die Schaffung zweckentsprechender Freiflächen erwies sich als vollkommen unmöglich. Jede Gemeinde stellte ihre Bauungspläne lediglich in Rücksicht auf die eigenen Interessen auf, kümmerte sich nicht einen Deut um den Nachbar, und die in den Gemeindeverwaltungen ausschlaggebenden Grundbesitzer hatten nur Sinn dafür, die Grundrente innerhalb ihres Gemeindebereichs in die Höhe zu bringen. Verhandlungen auf dem Gebiete des Verkehrswesens waren, wie Oberbürgermeister Rirschner es wiederholt ausdrückte, „ein wahres Kreuz“ für alle Beteiligten. Nicht nur weil hier den Duhenden von Kommunen in der „Großen Straßenbahngesellschaft“ ein von einer Zentralstelle aus geleiteter, rücksichtsloser und loyalster Gegenkontrahent gegenüberstand, sondern auch weil die Gesellschaft es verstanden hatte, die Kommunen unter sich uneins und gespalten zu erhalten. Die Einheitsgemeinde Berlin, in der acht Stadtgemeinden, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke zusammengeschlossen sind, befreite mit einem Schlag alle diese unheilbaren Zustände. Sie wurde von der Sozialdemokratie als Ziel aufgestellt und erstrebt, als ein solches Ziel von allen anderen Parteien glattweg für eine Utopie erklärt wurde.

Könnte die Forderung nach der Einheitsgemeinde restlos verwirklicht werden, so sind zahlreiche Aufgaben, insbesondere auf sozialem Gebiet, nicht so gefördert worden, wie es nach unseren Wünschen hätte der Fall sein müssen. So tief bedauerlich das ist, kein objektiv Denkender kann der Sozialdemokratischen Partei daraus einen Vorwurf machen.

Die Unzuverlässigkeit der Kommunisten, die selbst beim Vorhandensein einer „Linksmehrheit“ stets ausbrechen, sobald es gilt, eine Verantwortung zu übernehmen und in dem der Gemeinde gesteckten Rahmen für die Aufbringung der benötigten Mittel zu sorgen, sowie die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit haben hier Schranken errichtet, die bisher nicht zu beseitigen waren. Blickt man indessen einige Zeit zurück, so erkennt man, wie unaufhaltsam allen Widerständen zum Trotz sozialdemokratische Grundausfassungen auf allen Gebieten sich Bahn gebrochen haben. Vorverhältnismäßig kurzer Zeit noch verlacht und verspottet, haben sie sich heute in dem Sinne durchgesetzt, daß kein Gegner mehr wagte, ihnen mit den Einwänden von früher entgegenzutreten. Gewiß stehen der Durchführung unserer Forderungen nach wie vor die materiellen Interessen der besitzenden Klassen entgegen, und diese werden mit dem gleichen Eifer wie früher verfochten. Aber das Kampfziel ist überall zu unseren Gunsten verschoben, und unsere Gegner

### Die sozialistische Gemeinde ist unsere Burg

führen den Kampf zum Teil wider ihre bessere Ueberzeugung, nur weil ihr materielles Interesse es ihnen gebietet. Das ist ein Fortschritt, der die Gewähr für den Sieg unserer Auffassungen in sich trägt.

Dieser Sieg wird kommen, sobald es gelungen ist, die Mehrheit der Berliner Bürger von der Richtigkeit unserer Gemeindepolitik zu überzeugen. Bei der Zusammensetzung der Berliner Bürgerschaft, die zu einem großen Teil die gleichen kulturellen und materiellen Interessen hat, ein Ziel, weit weniger utopisch, als manches andere der bereits erreichten. Möchte die Werbeweche eine wichtige Etappe diesem Ziel entgegen werden!

### Was ist zu tun?

Von Ernst Reuter.

Es ist richtig: Taten sind besser als Worte. Trotzdem kann man für unsere jahrelange Aufbauarbeit, die wir in der Berliner Einheitsgemeinde als sozialdemokratische Fraktion geleistet haben, sehr wohl der Meinung sein, daß wir über sie viel zu wenig berichtet haben. Andere Städte sind Berlin in der Schilderung ihrer kommunalen Leistungen weit voraus, und wir haben keine Veranlassung, das, was in Berlin in den letzten Jahren geleistet worden ist, geringer einzuschätzen als die Leistungen anderer Städte. Es ist unerkennbar, daß durch alle Zweige der Berliner Verwaltungsarbeit in den letzten Jahren ein frischerer und lebendigerer Zug gegangen ist, daß man energischer und zielbewußter an die Lösung wichtiger Aufgaben heranging, als man es früher gewohnt war und als vielleicht auch früher möglich war. Es ist eine gewaltige Aufbauarbeit geleistet worden. Die Riesenwirtschaftsunternehmungen der Stadt sind jetzt auf einer soliden wirtschaftlichen Grundlage aufgebaut, die sozialpolitischen Leistungen zeigen mit ihren Riesenziffern von beinahe 200 Millionen Mark in dem laufenden Etatsjahre die ungeheure Bedeutung, die die Veränderung der politischen Verhältnisse für die minderbemittelte Bevölkerung gehabt hat. Auf dem Gebiete des Wohnungsneubaus ist endlich das Eis gebrochen und in diesem Jahre werden wir zum erstenmal, wenn auch nicht zufrieden sein, so doch sagen können, daß wir voran kommen. Wir hätten alle Verhältnisse, viel mehr als wir es tun, darauf hinzuweisen, daß im Berliner Roten Hause die Hände nicht in den Schoß gelegt werden.

Trotzdem bleibt aber auch für uns der Satz immer richtig, daß wichtiger als Worte und Agitation unsere Taten sind. Wir müssen uns darüber im klaren sein, was wir im Berliner Rathaus in den nächsten Jahren leisten wollen und leisten können. Wir werden die Konkurrenz in großen Versprechungen nicht schlagen, aber was wir versprechen, werden und müssen wir halten.

Es gibt zwei große Aufgaben, auf die wir uns in erster Linie zu konzentrieren haben: Ausbau des Verkehrs und intensive Förderung des Wohnungsneubaus.

Für die erste Aufgabe, für den Ausbau des Verkehrs haben wir nach jahrelangen Vorarbeiten jetzt durch den Erwerb der Hochbahn den letzten Schritt getan, der notwendig war, um die Vorbereitungen für eine intensive Entwicklung der Berliner Verkehrsmittel zu schaffen. Das Programm, das wir uns weiter zu stellen haben, ist klar und eindeutig: nachdem die drei großen Verkehrsunternehmungen, von einigen bedeutungslosen Kleinleuten abgesehen, im wesentlichen der Stadt gehören, müssen sie von uns als eine wirtschaftliche, betriebliche und technische Einheit behandelt werden. Die organisatorische Arbeit muß geleistet werden, damit durch einheitliches Arbeiten in allen drei Unternehmungen durch Ersparnisse und

Zusammenlegungsmahnahmen auf die rationellste und sparsamste Weise gearbeitet wird. Die vorübergehende Belastung, die uns der Anlauf der Hochbahn bringt, muß schon dadurch wieder ausgeglichen werden, daß wir die Verbilligungsmöglichkeiten, die im gemeinsamen Arbeiten, in vereinfachter Verwaltung, in der gemeinsamen Betriebsführung usw. liegen, voll ausnützen. Im übrigen muß alle Energie auf den Ausbau der Verkehrsunternehmungen gelegt werden. Die Straßenbahn muß in den nächsten Jahren ihre Verbindungen bis in die letzten Außenbezirke legen und im Innern der Stadt müssen die bekannten Schnellbahnbauten mit größter Energie gefördert werden. Ausreichende gute und schnelle Verkehrsmittel sind für uns eines der wichtigsten Hilfsmittel zur Besehung des Wirtschaftslebens in dem großen Berliner Verkehrszentrum und zur Hebung des Lebensstandards der Arbeiterschaft. Dadurch wird die Freizügigkeit und Unabhängigkeit der Arbeiterschaft gefördert, werden ihre gesundheitlichen Verhältnisse gebessert und dadurch erst bekommt unsere Arbeit für den Wohnungsneubau Sinn. Am Schluß der jetzigen Wahlperiode müssen wir zeigen, daß Berlin sich in dieser Beziehung in vier Jahren gewaltig entwickelt hat. Schon die Arbeiten, die jetzt im Gange sind, zeigen, daß wir auf dem rechten Wege sind.

Die zweite Aufgabe und noch wichtigere als die erste ist der Wohnungsneubau. Endlich, zum erstenmal, sind wir in diesem Jahre ein Stückchen voran gekommen. Aber mit dem Erreichten können und wollen wir uns nicht zufrieden geben. 14 000 Wohnungen reichen im Jahre nicht aus, wir müssen die Neubautätigkeit um ein Erhebliches weiter steigern, wenn wirklich eine fühlbare Abhilfe geschaffen werden soll. Hier liegen die Haupt Schwierigkeiten einmal auf dem Gebiete der Reichs- und Landespolitik, von der wir abhängig sind, zum anderen bei unseren eigenen finanziellen Dispositionen. Ich wage die Behauptung, daß die Energie, die für den Bau von Spiel- und Sportplätzen und für andere gewiß nützliche Dinge aufgewandt worden ist, vielleicht richtiger auf den Wohnungsbau hätte konzentriert werden müssen. Die Widerstände, die uns entgegenstehen, sind, wenn auch nicht ganz, so doch teilweise zu brechen. Unsere eigenen finanziellen Dispositionen in der Stadt waren zu zaghaft und zu ängstlich. Auch andere Parteien, auf deren Mitarbeit wir ja angewiesen sind, begreifen allmählich, welche große politische und wirtschaftliche Bedeutung einer zielbewußten Förderung des Wohnungsneubaus zukommt. Neue Wohnungen sind das beste Vorbeugungsmittel auf sozialpolitischem Gebiet. Die Elendshöhlen der inneren Stadt müssen verschwinden, es muß und wird erreicht werden, daß wir die Berliner Arbeiterschaft in Wohnungen unterbringen, die uns trotz aller daraus entstehenden Lasten nachher Ausgaben für Krankenhäuser, für Kindererziehung und für alle möglichen anderen sozialpolitischen Zwecke ersparen. Soziale Unterstützungswesen ist sehr schön. Es ist ein ungeheurer Erfolg, daß heute auf diesem Gebiete mehr geleistet wird als früher. Aber wichtiger ist die vorbeugende, vorausschauende Arbeit. Am Ende der Wahlperiode müssen wir beweisen können, daß Zehntausende von neuen Wohnungen entstanden sind und daß Hunderttausende in ihnen ein besseres und gesünderes Dasein führen.

Daneben treten hundert Einzelheiten. Schon ändert der Osten und Norden unserer Millionenstadt sein Antlitz. Es entstehen Parkanlagen und Grünflächen, es wird endlich dafür gesorgt, daß auch in dem steinernen Häusermeer der Proletarierviertel mehr für die Gesundheit und für das Wohlergehen der Bevölkerung gesorgt wird als früher. Schon gibt es Stadtteile und östliche Vororte, die man heute kaum wieder erkennt, wenn man ihren heutigen Zustand mit dem früheren vergleicht. Wir dürfen nicht raufen, bis auch die proletarischen Stadtteile den früher reicheren westlichen Gegenden gleichgestellt sind.

Wir müssen weiter von Stadt wegen alles tun, um das Wirtschaftsleben in Berlin zu entwickeln und zu fördern. Schon ist von den ersten Anfängen unserer Arbeit am Kaiserdamm ein starker Impuls ausgegangen. Die nächsten Jahre müssen den Ausbau dieser Arbeiten bringen. Berlin, früher die Stadt der Hohenzollern und des Hofes, des Militärs und der hohen Bürokratie, muß sich in das neue Berlin, in das Berlin der Wirtschaft und der Arbeit verwandeln. Unsere Stadt muß entsprechend den starken wirtschaftlichen Kräften, die in ihr tätig sind, nicht nur zu einem geistigen und kulturellen Zentrum des neuen Deutschland werden und unsere ganze Tätigkeit im Roten Hause muß darauf gerichtet sein, diese Entwicklung zu fördern. Davon hängt für die Stellung der Berliner Arbeiterschaft ungeheuer viel ab, mehr als viele glauben, die wie die Kommunisten der Meinung sind, Arbeiterinteressen vertritt man nur dann, wenn man sich um das Nächstliegende kümmert. Die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung Berlins bedingt und erleichtert die wirtschaftliche und kulturelle Aufwärtsbewegung der Arbeiterschaft. Eins ist nicht ohne das andere denkbar, und alles, was wir dafür tun, wird uns direkt oder indirekt zugute kommen.

Es gibt genug Arbeit in Berlin. Wir wissen auch, wo sie und wie sie zu leisten ist. Wir haben die größten Schwierigkeiten überwunden. Wir wollen voran kommen und wir werden voran kommen.



# Berliner Wohnungspolitik.

Von Dr. Ing. Martin Wagner.

Die deutsche Wohnungspolitik steht an einem Wendepunkt. Nach achtjähriger Passivität scheint man endlich eingesehen zu haben, daß die bisherigen Maßnahmen zur Behebung der Wohnungsnot und des Wohnungselends nur eine weiße Salbe waren. Konnte es noch geschehen, daß am 22. Oktober 1925 ein Beamter des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt im Wohnungsausschuß des Landtages das von unseren Parteigenossen vorgelegte großzügige Wohnungsbauprogramm als eine Utopie bezeichnen und mit einigem Spott auf die „im Reiche genugsam erprobten Programme“ hinweisen durfte, so erleben wir es jetzt, daß der Herr Minister in eigener Person die Verantwortlichkeit zur Unterföhrung eines großzügigen Wohnungsbauprogramms auftrifft und damit in die Wege einleitet, auf die die Vertreter der freien Gewerkschaften und der Partei seit Jahren hingewiesen haben. Was ist die Veranlassung für eine solche Umkehr und Einkehr?

Denken wir erst gar nicht an die verzweifeltsten, bis zum Selbstmord gesteigerten Handlungen, zu denen sich die Wohnungselenden veranlassen lassen. Es genügt schon, an die Verkümmernng allen körperlichen, seelischen und sittlichen Lebens zu denken, die in mehr als 25 000 Berliner Kellerrwohnungen, in mehr als 80 000 Berliner Wohnungen mit doppeltem und dreifachem Haushalt, in zahllosen unhygienischen Dachwohnungen und primitiven Kellerrwohnungen eintreten muß. Wer wollte sich angesichts dieser katastrophalen Wohnungsverhältnisse in einer Weltstadt nicht zu durchgreifenden Taten aufraffen? Schon die Feststellung des Tatbestandes, daß in Groß-Berlin auf 150 000 Wohnungen fehlen, daß trotz einer verstärkten Wohnungsbautätigkeit in den letzten Jahren auf jährlich 16 000 neu nach Berlin ziehende Familien nur 10 000 Wohnungen gebaut werden, ist schon aufreizend genug, um die für das Wohl des Volkes verantwortlichen Organe zum beschleunigten Handeln aufzurufen.

Die von der Wohnungsnot und dem Wohnungselend Betroffenen sind nur zu leicht geneigt, die Schuld an der Verschärfung der Wohnungsnot — und wir müssen in der Tat von einer Verschärfung sprechen — der Stadt Berlin allein zuzuwenden. Sie vergessen hierbei aber, daß zum Bau von Wohnungen Kapital gehört, und daß an der Beschaffung dieses Kapitals die entscheidenden Organe des Reiches und des preussischen Staates den ausschlaggebenden Anteil haben. Die Gemeinde Berlin ist kein Stadt-Staat wie die Gemeinde Wien mit eigener Steuerfreiheit. Nachdem der „unpolitische“ Reichsfinanzminister und späterer Reichskanzler Dr. Luther in Gemeinschaft mit dem deutschnationalen Reichsfinanzminister Schlieben die für den Wohnungsbau bestimmte Zwecksteuer, nämlich die Hauszinssteuer, zur Hälfte für allgemeine Finanzzwecke bestimmt hatte, wurde einem verstärkten Wohnungsbau das notwendige Kapital entzogen. Hinzu kam, daß der preussische Staat unter Führung des Ministers Hirtfelder der Stadt Berlin im Jahre 1925 von dem für den Wohnungsbau bestimmten Aufkommen der Hauszinssteuer in Höhe von 115 Millionen Mark rund 50 Millionen Mark für „Ausgleichszwecke“ einbehielt. Von 230 Millionen Mark, die die Mieterschaft in Groß-Berlin an Hauszinssteuern aufbringt, sind nur etwa 65 Millionen Mark dem Berliner Wohnungsbau zugeflossen. Inzwischen ist die Hauszinssteuer im Jahre 1926 auf rund 40 Proz. der Friedensmiete erhöht worden. Mit dieser erhöhten Hauszinssteuer ließen sich, sofern ihr völler von der Berliner Mieterschaft aufgebracht ertrag für den Wohnungsbau verwendet werden würde, jährlich auf 30 000 Wohnungen erbauen. Die Berliner Wohnungsnot wäre auf Grund einer solchen Bautätigkeit in fünf bis sechs Jahren behoben. Aber die Wohnungs- und Finanzpolitik des Reiches und des preussischen Staates läßt solche wirklich durchgreifenden Maßnahmen nicht zu.

Aber welche Aufgaben haben wir uns in Berlin zu stellen? Die doppelte Abhängigkeit der Berliner Wohnungspolitik von der Politik im preussischen Staat und im Reich kann uns nicht hindern, für eine Ordnung der Verhältnisse auch im eigenen Hause zu sorgen. Nach der Stabilisierung unserer Währung haben unsere Berliner Parteigenossen am 23. Oktober 1924 den bedeutamen Beschluß durchgeföhrt, das aus der Hauszinssteuer fließende Baukapital durch besondere zusätzliche Mittel zu ergänzen, um auf Grund dieser sogenannten „Zusatzhypotheken“ Wohnungen zu tragbaren Mieten auch für die minderbemittelten Volksschichten zu errichten. Auch für Minderbemittelte? Der Leser muß nämlich wissen, daß die preussische Wohnungspolitik ganz darauf eingestellt war, nur den reichen Leuten Wohnungen zu erbauen. Dadurch, daß der preussische Staat der Stadt Berlin mit bindender Kraft vorschrieb, daß die Hauszinssteuerhypothek durchschnittlich nicht mehr als 6000 M. betragen dürfe, wanderten die öffentlichen Mittel in den Bau größerer Wohnungen, die nur von vermögenden Leuten gekauft oder gemietet werden konnten. Diese Wohnungspolitik wurde durch den oben angeführten Beschluß der Stadt Berlin durchbrochen. Im Rahmen der verfügbaren Mittel wurden in den Jahren 1925 und 1926 die für den Bau von Wohnungen für Minderbemittelte bereitgestellten Zusatzhypotheken laufend von 15 auf 25 Millionen Mark gesteigert. Auf diesem Wege gelang es, bereits mehr als 10 000 Wohnungen für Minderbemittelte zu erstellen. Da aber der größte Wohnungsbedarf fast ausschließlich in den Kreisen der Minderbemittelten liegt, werden wir die eingeleitete Finanzpolitik nicht nur fortzusetzen, sondern noch zu verstärken haben, und dies um so mehr, als die Erfahrungen der letzten Jahre ganz deutlich gezeigt haben, daß es zwecklos ist, öffentliche Mittel für teure und große Wohnungen aufzuwenden, die keine Mieter und Käufer mehr finden können. Entscheidend für die Lösung der Wohnungsfrage ist, daß der Bedarf der minderbemittelten Volksschichten gedeckt wird.

Ein zweites Problem ist die Frage: wo soll in Berlin gebaut werden? Die Beantwortung auch dieser Frage konnte erst mit der Stärkung unseres Einflusses im Berliner Stadtparlament ausgedrückt werden. Unter dem Einfluß der preussischen „Grundzüge“ wurden die von der Berliner Mieterschaft aufgebrauchten öffentlichen Mittel fast restlos dorthin gegeben, wo das private Baugewerbe auf seine Kosten zu kommen glaubte. Man wandte sich an die reicheren Volksschichten des Berliner Westens. In den westlichen Vororten Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Steglitz und Zehlendorf zum Beispiel wurden im Jahre 1923 zweieinhalbmal soviel Wohnungen gebaut wie durchschnittlich in Berlin

# Kommunale Schulpolitik.

## Planwirtschaft im Berliner Schulwesen.

Berlin hatte am 1. November 1924 150 städtische und 12 staatliche höhere Schulen, 32 Mittelschulen und 643 Volks- und Sonderschulen. Diese Schulen verteilen sich sehr ungleich über die Bezirke: hat Wilmersdorf 18 höhere, 3 Mittelschulen und 15 Volksschulen, so hat Friedrichshain 3 höhere, 1 Mittelschule und 64 Volksschulen. In solchen Zahlen spiegelt sich die Zusammenfassung der Bevölkerung nach ihren Einkommensverhältnissen. Denn wir haben aus der alten Zeit die Erbschaft übernommen, daß die höhere Schule ganz ausgesprochen die Schule der Wohlhabenden war. Heute ist dieser Bann gebrochen, aber gewisse Kräfte sind mit aller Energie an der Arbeit, diese Entwicklung in der alten Art rückwärts zu revidieren. Heute ist die höhere Schule nicht mehr die Schule der Reichen, sie ist aber noch nicht in vollem Maße die Schule des Volkes. In Charlottenburg war das Verhältnis zwischen den Kindern der höheren Schule und denen der Volksschule vor dem Kriege etwa 1:7, heute ist es etwa wie 1:2.

Sieht man auf die Vermögenslage der Eltern an höheren Schulen, so gelten etwa folgende Verhältniszahlen für Preußen: von diesen Eltern sind etwa drei Fünftel aus den — dem Einkommen nach — mittleren und unteren Schichten des Volkes; den „oberen“ Schichten (von Gehaltsgruppe 10 an aufwärts) gehören

## Freie Selbstverwaltung ist die Schule der Demokratie

etwa zwei Fünftel an. Ein Fünftel entstammt ausgesprochen proletarischen Schichten. Der Staat hat den rückwärtsreichenden Kräften in der Erhöhung des Schulgeldes an höheren Schulen stattgegeben, die Stadt hat erfolgreich widerstanden und hat auf Drängen der sozialdemokratischen Fraktion endlich einer Staffelung zugestimmt, die gerade die sprunghafte Steigerung bei der Einkommensgrenze um 2000 M. vermeidet. Befriedigen kann natürlich auch die jetzige Ordnung nicht, so sehr sie von den Eltern als Fortschritt empfunden wird; es bleibt als Ziel die sorgfältig gestaffelte, auf alle Kreise umgelegte Schulföhrer. Als wichtige Augenblicksforderung ist die Berücksichtigung aller vorhandenen Kinder — ungeachtet des Umstandes, ob sie die höhere Schule bereits besuchen oder nicht — bei der Festlegung des Schulgeldes zu erheben.

Zu prüfen wird weiterhin die Frage sein, ob nicht auch die höheren Schulen — ähnlich den Fach- und Fortbildungsschulen — zentral zusammengefaßt werden müssen. Heute steht jeder Bezirk den anderen als feindliches Ausland an; die Angst, ein Schüler könne „abwandern“, wenn im eigenen Bezirk nicht diele oder jene Schulform vorhanden, bestimmt die Schulpolitik der Bezirke und schafft jene namenlose Zerplitterung und Buntschadigkeit, wie wir sie heute haben. Immer nachdrücklicher erheben wir die Forderung nach einer Planwirtschaft, die der neue Stadtschulrat durchzuführen berufen ist.

Aber auch für die Volksschule muß planwirtschaftlich vorgegangen werden: hier ist innerer Ausbau zu verlangen; eventuell muß die Volksschule um ein neuntes Schuljahr erweitert werden. Mit aller Sorgfalt muß darauf geachtet werden, daß nicht bei der Pflege der höheren und Mittelschulen die Volksschule mehr und mehr zur Armeschule herabsinkt; und da es auch bei proletarischen Eltern nicht immer der Gesichtspunkt der Leistungsfähigkeit des Kindes ist, der sie dazu treibt, einen Besuch der höheren Schule möglich zu machen, so muß die Volksschule Werte und Bildungsmöglichkeiten erhalten, auf daß sie zu einem eigenartigen und anstehenden Kulturmittelpunkt ihres Bezirks wird, so daß sie die Möglichkeit erhält, sich in künstlerischer und handwerklicher Art eigenwertig neben anderen Schulformen zu behaupten, die nur auf Berufsausbildung bedacht sind. In dieser Hinsicht sind schon verschiedene Vorstöße gemacht worden, vor allem ist an den Ausbau der weltlichen und der Gemeinschaftsschulen im Pöulsenschen Sinne zu erinnern. Unter un-

fäglichen Mühen kämpfen bald in jedem Bezirk die proletarischen Eltern um „ihre“ Schule, um die weltliche Schule. Zurzeit ist die Energie in den bürgerlich beherrschten Bezirken fast größer als in den anderen. Aber seien wir uns darüber klar: so schön der Erfolg ist, wenn endlich „Sammelklassen“ für die vom Religionsunterricht befreiten Kinder“ eingerichtet sind, wenn Rektor und Konrektor trotz aller Intrigen reaktionärer Schulgewaltiger bestätigt sind — jetzt beginnt erst die Arbeit. Bisher war das nur ein Negatives: die alte Art nicht mehr mitzumachen; nun kommt

die positive Aufgabe: ein Neues zu schaffen.

Neue Verbundenheit zwischen Schölerschaft und Lehrerschaft, produktive Arbeitsleistung, Befreiung der Hirne von allem Ballast, Pflege neuer „Religion“, nämlich der der Arbeit und der Brüderlichkeit. Dazu kommt natürlich die praktische Unterstützung mit Speisungen, mit persönlicher Betreuung aller Art, die Bietung freier Lernmittel. Auch diese Ziele sind nur schrittweise zu erreichen; da die völlig freie Bietung mit Lernmitteln den letzten Haushalt mit 6 Millionen neu belastet hätte, begnügten wir uns mit einer Verdoppelung des bisherigen Anlages. Aber selbstverständlich muß auf diesem Wege planmäßig weitergegangen werden. Wehnlich liegt es mit der Frage der Speisungen, solche werden zunächst nur auf Antrag gegeben. Auch in der Aufgabe, Schülerheime auswärts in Wald und Heide zu schaffen, sind wir etwas weiter gekommen — es bleibt noch übergenug zu tun.

Eine weitere traurige Erbschaft aus der Vorkriegszeit ist das Mädchen Schulwesen.

Vor allem das sogenannte „höhere“, sowie die fachliche und berufliche Weiterbildung. Im Etatsjahr 1925 hat Berlin noch 22 Privatschulen und Privatschulen unterstellt, von denen eine beträchtliche Zahl als Standesschulen oder als konfessionellen Charakters nachgewiesen wurde. Der Versuch, allen Schulen bis auf 5 Anstalten wirklich öffentlichen Charakters die Unterstützung zu streichen, scheiterte an der Haltung der Kommunisten, die bei der Bewilligung des Haushaltes plötzlich ausbrachen. So war eine Verstärkung mit der Mitte notwendig, und nur 4 Privatschulen konnten die städtischen Unterstühtungen gespart werden. Unser Kampf gilt nicht den Lehrkräften an den Privatschulen, nicht den Eltern und ihren Kindern, er gilt der unwürdigen Abhängigkeit von nichtpädagogischen Interessen, die doch die meisten Privatschulen bestimmen. Wie wurde doch der konfessionelle Charakter gewisser Anstalten bestritten! Und was geschah, als einigen Lyzeen die städtischen Gelder gesperrt wurden? Sie wandten sich an die evangelischen Kirchen mit der Bitte um Unterstützung. Andere werden von der katholischen Kirche gehalten. Wir wollen, wo es möglich ist, Privatschulen von der Stadt aus übernehmen, um für die Lehrkräfte, um für die Eltern und Kinder angemessene Verhältnisse zu schaffen, um auch hier gewisse „Abhängigkeiten“ zu brechen.

Einer besonderen Sorgfalt bedarf das

### Fach- und Fortbildungsschulwesen.

in dem die unwürdigsten Zustände herrschen. An mittelalterliche Winkel erinnern manche Räumlichkeiten — von außen mackerlich, innen in jeder Beziehung unzureichend. Die Raumfrage hat sich noch bedeutend verschärfert, seitdem das Dringliche für die Mädchen in Kraft getreten ist. Die Wammus-Schulen müssen verschlagen werden, innerlich und äußerlich ist hier großzügige Arbeit zu leisten.

Aber immer wieder steht sich die Stadt gekemmt. Sie mag noch so gute Dinge wollen: die staatliche Aufsichtsbehörde führt ihr dozieren. Die Kommune beschließt probeweise die tägliche Lurnstunden in geeigneten Schulen in Schöneberg. Die Aufsichtsbehörde gibt dem Antrag nicht statt. Die staatlichen Aufsichtsrechte müssen den städtischen Schulbehörden übertragen werden, eher ist keine großzügige Neugestaltung möglich; heute erstickt jede Initiative in den Ämtern und Instanzen. Hier ist so leicht zu sparen — aber der Staat fürchtet die vorwärts drängende Kraft der Großstädte, der Sozialdemokratie. Der Staat ist nicht mehr Obrigkeitsstaat, er ist noch nicht Volksstaat. Sorgen wir dafür, daß er es werde! Um unserer Kinder willen!

Dr. Siegfried Kawerau.

überhaupt. Die Arbeiterwohnviertel wurden vernachlässigt. Diese Politik ist heute in Berlin nicht mehr möglich. Ein Arbeiterwohnviertel wie die Bezirksgemeinde Neukölln zum Beispiel steht in der Wohnungsfrage an erster Stelle. Mit dieser Umkehr in der Wohnungsfürsorge zugunsten der Minderbemittelten ist es aber noch nicht getan. Die Berliner Wohnungspolitik wird in Zukunft den dringendsten drücklichen Wohnungsbedarf ganz systematisch zu erfassen haben. Es wäre verfehlt, wenn die Bautätigkeit sich lediglich darauf richten würde, in welchen Bezirken die größte Zahl von bringlich Wohnungslosen eingetragen ist. Weitaus dringlicher ist der Bau von Wohnungen in der nächsten Nähe der Arbeitsstätten, damit die täglichen Berufswege abgekürzt, die Verkehrsmittel entlastet und die Freizeit des arbeitenden Volkes erhöht wird. Grundfah der zukünftigen Wohnungspolitik in Berlin muß die Wiederherstellung einer Freizügigkeit nach den jeweiligen Stätten der Arbeit sein. Und dieses Problem harret noch seiner Lösung.

Das dritte Problem, das Berlin im Rahmen seiner eigenen Kräfte lösen muß, ist die Frage der Verbilligung des Bauens durch eine weitläufige Bodenpolitik, durch eine Vereinfachung des vielstufigen baulichen Verwaltungsapparates, durch eine ökonomische Zusammenfassung der Bauaufgaben auf rationell zu bewirtschaftenden Baustellen, durch eigene Baustoffpolitik zur Korrektur der Baustoffpreise, durch eine gleichmäßige Verteilung der Bauaufträge über das ganze Baujahr, und schließlich durch eine Förderung aller technischen Neuerungen, die geeignet sind, den Wohnungsbau zu verbilligen.

Das alles sind Aufgaben, die mit dem Endziel einer Beseitigung der Wohnungsnot und einer auf lange Sicht eingestellten Wohnungskulturpolitik nur gelöst werden können, wenn sich das Volk selbst einmütig und in Massen hinter diejenige Partei stellt, die dieses Ziel nicht erst seit gestern und heute aufgestellt, sondern seit Jahrzehnten in ihren Programmen verköhtet hat. Heute aber gilt es, nicht mehr Papierarbeit zu leisten, heute gilt es, Taten zu zeigen, Taten, die auf ein Jahrhundert hinaus Zeugnis abzulegen haben von einem sozialen Wiederaufbau unserer Wirtschaft, von einem sozialen Werk der Wiedergutmachung dessen, was der Weltkrieg zerstört und was die privatwirtschaftlich eingestellten Kräfte vor und nach dem Kriege am Bau unserer Städte und Heimstätten gesündigt haben. Jedem Deutschen eine gesunde Wohnung, und allen deutschen Familien, besonders den kinderreichen, eine ihren Bedürfnissen entsprechende Wohn- und Wirtschaftsheimstätte! Diese

Zusage der Reichsverfassung harret noch ihrer Einlösung. Sie wird eingelöst werden, wenn die Mehrheit nicht nur der Berliner Bevölkerung, sondern auch die Parteien aller deutschen Staatsbürger sich hinter die Parteien stellt, denen die Reichsverfassung nicht nur Lippenbekenntnis, sondern auch Willens- und Tatbekenntnis ist.

### Das Schulgeld an höheren Schulen.

#### Ein Erfolg der SPD.

Verschiedene Parteien des preussischen Landtages haben die Vorelegung eines Gesetzentwurfs über die nichtstaatlichen höheren Schulen dringend gewünscht. Der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat nun einen solchen Entwurf als unverrückbare Grundlage für weitere Verhandlungen veröffentlicht (Verlag der Weidmannschen Buchhandlung, Berlin). In diesem Entwurf wird die bisher nur durch eine Verordnung eingeföhrte Staffelung des Schulgeldes nach der Zahl der Kinder der gleichzeitigen festgelegt. Das Schulgeld darf für ein zweites Kind des gleichen Erziehungsberechtigten drei Viertel, für ein drittes Kind die Hälfte des regelmäßigen Schulgeldes nicht übersteigen; für das vierte und weitere Kind darf überhaupt kein Schulgeld erhoben werden. Das ist insofern ein Erfolg der Sozialdemokratie, als auf ihren Antrag im Juli 1922 in Berlin die Staffelung des Schulgeldes gegen die Stimmen aller bürgerlichen Parteien zuerst eingeföhrt wurde. Leider wird in dem Gesetzentwurf bei der Staffelung nicht das Einkommen der Eltern berücksichtigt. Ist es nicht ungerecht, daß ein Millionär für sein drittes Kind nur die Hälfte des Schulgeldes und für sein viertes Kind überhaupt nichts zu zahlen braucht? Ein Arbeiter oder ein Beamter der unteren Besoldungsgruppen soll dagegen für sein erstes Kind das volle Schulgeld zahlen, wenn er nicht auf besonderen Antrag ausnahmsweise davon entkanden wird. Die Stadt Berlin hat daher, ebenfalls auf Antrag der Sozialdemokratie, die Berücksichtigung des Einkommens bei der Festlegung des Schulgeldes eingeföhrt. Die Eltern, deren Einkommen geringer als 2000 M. im Jahre ist, zahlen für ihre Kinder überhaupt kein Schulgeld. Diese ebenfalls gegen die Stimmen aller Bürgerlichen vor 4 Jahren eingeföhrte Staffelung wird dem Minister Beder von den Parteien der Rechten jetzt als Muster hingestellt, so z. B. in einer kleinen Anfrage der Landtagsabgeordneten Gaudig, Dr. Weßmann und Dr. Kaufmann von der Deutschnationalen Volkspartei. Erfreulich ist an dem Gesetzentwurf auch die Bestimmung, daß bei Einführung der Staffelung des Schulgeldes für Erziehungsberechtigte mit einem besonders hohen Einkommen, aber natürlich nur für diese, der staatliche Schulgeldsatz überschritten werden kann. Denn wenn ein Vater, der 10 000 M. im Jahre verdient, für sein erstes Kind 200 M. Schulgeld im Jahre zahlt, so liegt kein Grund vor, von einem Vater mit einem Einkommen von 50 000 M. 600 M. und von einem mit einem Einkommen von 100 000 M. 1000 M. Schulgeld im Jahre zu erheben.

Dr. Erich Witte.



# Ausfuhrüberschuß im September.

## Steigerung der Fertigwarenausfuhr. — Rückgang des Getreideimports.

Der Monat September brachte für Deutschland wieder eine aktive Warenhandelsbilanz. Bei einer Wareneinfuhr von 823 und einer Warenausfuhr von 836 Millionen blieb ein Ausfuhrüberschuß für Waren von 13 Millionen Mark. Die Gesamthandelsbilanz ist mit 930,4 Millionen Einfuhr und 839,9 Millionen Ausfuhr zwar passiv. Diese Passivität erklärt sich aber durch die um 55,5 auf 107,0 Millionen gesteigerte Gold- und Silbereinfuhr, die für die Wirtschaftsentwicklung nur von sekundärer Bedeutung ist.

	Einfuhr		Ausfuhr		
	Aug.	Jan./Sept.	Aug.	Jan./Sept.	
	in Millionen Mark				
Lebende Tiere	14,4	13,1	80,5	0,8	7,9
Lebensm. u. Getränke	255,9	888,0	2537,8	28,9	26,3
Rohstoffe und halbfertige Waren	438,8	420,6	8377,6	224,2	235,8
Fertige Waren	114,8	108,5	884,8	582,4	571,5
Rein. Warenberf. z. S.	823,4	919,7	6900,8	886,4	888,9
Gold und Silber	107,0	51,5	906,2	8,5	3,5
Zusammen	930,4	971,2	7207,0	894,9	888,4

Die reine Wareneinfuhr im September weist gegenüber dem Vormonat eine Abnahme um 96 Millionen Mark auf. Die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken zeigt eine Abnahme um 128 Millionen Mark, die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren ist dagegen um 18 Millionen Mark, die Einfuhr an Fertigwaren um 11 Millionen Mark gestiegen. Die Ausfuhr zeigt gegenüber dem Vormonat eine nur unmerkliche Zunahme (um 2 Millionen Mark). Gestiegen ist die Ausfuhr an Lebensmitteln (um 3 Millionen Mark) und Fertigwaren (um 11 Millionen Mark).

Die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zeigt eine Abnahme um 11,2 Millionen Mark. Zurückgegangen ist die Ausfuhr an Steinkohlen (um 10,4 Millionen Mark), schwefelhaltigem Ammoniak und Steinkohlenteer. Gestiegen dagegen ist die Ausfuhr an Koks (um 7,2 Millionen Mark) und Preßkochen. Bei der Fertigwarenausfuhr ist eine Zunahme um 10,7 Millionen Mark festzustellen. Die Ausfuhr an Textilfertigen ist um 6,2 Millionen Mark zurückgegangen; ebenso zeigt die Ausfuhr an Walzwerkzeugen und Eisenwaren einen leichten Rückgang (um 3,3 Millionen Mark). Die Maschinenausfuhr zeigt dagegen eine Zunahme um 11,7 Millionen Mark.

Damit ist die Warenhandelsbilanz seit Juni zum erstenmal wieder aktiv. Niemand wird daraus zu weitgehende Schlüsse ziehen wollen. Denn gerade in den schwersten Krisenmonaten, Dezember 1925 bis März 1926, hatte Deutschland die stärksten Ausfuhrüberschüsse (im März 1926: 278 Millionen!). Der Septemberüberschuß im Warenexport hatte überdies dieselben Gründe wie der von Dezember bis März: den Rückgang der Einfuhr. Gegenüber Juli 1926 (Getreideimportdeckung) ging die Lebensmitteleinfuhr um 162 Millionen zurück; gegenüber August beträgt der Septemberrückgang immer noch 128 Millionen. Daß die wirtschaftliche Gesamtsituation in den letzten Monaten sich gegenüber den Krisenmonaten der Jahreswende dennoch geändert hat, zeigen die Ziffern der Rohstoffversorgung. Von Oktober 1925 bis Mai 1926 ging die Rohstoffeinfuhr um über 180 Millionen, von 507 auf 324 Millionen zurück. Seit Mai ist die Rohstoffeinfuhr von 324 auf 438 Millionen ununterbrochen gestiegen. Auch das Außenhandelsvolumen, Wareneinfuhr und -ausfuhr zusammen, zeigt spätestens seit Juni eine sichtbare Vergrößerung: es stieg von 1537 auf 1659 Millionen Mark (Juli und August wohl höher, aber wegen der Getreideorkäufe nicht zum Vergleich geeignet). Die innere Bedeutung dieser Steigerung zeigt ein Vergleich mit den Monaten Juni und September des Vorjahres:

	Juni 1925	Sept. 1925	Juni 1926	Sept. 1926
Wareneinfuhr (in Mill. M.)	1001	1052	776	823
Warenausfuhr	687	778	761	836
	1688	1830	1537	1659

Man sieht, das Handelsvolumen ist immer noch kleiner als in den beiden Monaten des Vorjahres. Das Verhältnis von Einfuhr und Ausfuhr ist jedoch bedeutend günstiger geworden. Die Fertigwarenausfuhr zeigt dabei seit Mai eine Steigerung (34,4 Millionen), die etwas größer ist als die Steigerung der

Fertigwareneinfuhr (27,2 Millionen). Die Steigerung der Textil-, Werkzeug- und sonstigen Maschinen ausfuhr, ebenso diejenige elektrotechnischer Erzeugnisse ist nicht unbedeutend. Immerhin entfällt ein recht bedeutender Teil der Ausfuhrsteigerung seit Mai auf die Ausfuhr von Rohstoffen. Diese ging im September zwar um 11,1 Millionen gegen August auf 224,2 Millionen zurück, nimmt aber von der seit Mai um 106 Millionen erhöhten Gesamtausfuhr doch 69 Millionen in Anspruch. Da man die Erhöhung der Rohstoffausfuhr im wesentlichen als den Anteil Deutschlands an der Englandkonjunktur betrachten darf, wird man die dauernde Verbesserung der Handelsbilanz nicht unbedeutend niedriger ansetzen dürfen, als sie in den Außenhandelsziffern erscheint.

### Das Weltkupferkartell in Tätigkeit.

Trotz der Widerstände des Londoner Metallhandels und der früheren Entwendungen amerikanischer Behörden ist das internationale Kupferkartell unter der Bezeichnung: Copper Exporters Incorporated (Kupfer-Exportvereinigung) am 11. Oktober gegründet worden. Diese hat ihre Tätigkeit am 18. Oktober offiziell aufgenommen. Der erste Vorsitzende dieser neuen Vereinigung ist Mr. Kellen, der Präsident der Anaconda-Kupfergesellschaft. Die Abänderung des Titels — vorher nannte sich das Syndikat Copper Export Trading Co. (Kupfer-Export-Handelsgesellschaft) ist auf den ausdrücklichen Wunsch der Bundes-Handelskommission in Washington zurückzuführen, die, um der öffentlichen Meinung gerecht zu werden, verlangte, daß der Ausfuhrcharakter des Syndikats durch die offizielle Bezeichnung klar zum Ausdruck gebracht wird. Aus der Programmrede von Kellen bei der Eröffnung des Kartells sind folgende Punkte für die Absichten der Vereinigung von Bedeutung. Die Kupfervereinigung will den Handel — sprich Spekulation — am Weltmarkt ausschalten, um dann durch direkte Verbindung mit den Konsumenten auf einer erhöhten Preisbasis stabile Kupfermärkte zu schaffen. Eine Heraushebung des Preises, allerdings in angemessenen Grenzen, ist schon deswegen zu erwarten, weil Kupfer dasjenige Metall ist, das von allen anderen Metallen allein unter dem Friedenspreis steht. Zum Beispiel kostete Elektrolytkupfer im Jahre 1913 in Amerika 15,25 Cents je amerikanisches Pfund mit etwa 453 Gramm und in Deutschland laut Berliner Notiz 146,20 M. je 100 Kilo. Am 18. Oktober dieses Jahres kostete Elektrolyt in New York 14,25 Cents und in Berlin 134,75 M. Schon vor Monaten, als die ersten Besprechungen zwischen den Kupfererzeugern stattfanden, wurde darauf hingearbeitet, den Weltmarktpreis zu erhöhen.

Dem Kartell gehören 92 Proz. der gesamten Kupfererzeugung der Welt an. Die Weltkupferproduktion belief sich im vergangenen Jahr auf etwa 1429 000 Meter-Tonnen (mit je 1000 Kilo) und der Weltkonsum auf etwa 1 520 000 Meter-Tonnen. Seit Anfang dieses Jahres trat bis ungefähr Juli eine Verschlechterung des Geschäftes ein, die hauptsächlich auf den Rückgang des deutschen Kupferimports zurückzuführen war. Deutschland steht bekanntlich an der Spitze der kupfererzeugenden Länder. Es hat im Jahre 1918 etwa 270 000 Meter-Tonnen Kupfer verbraucht, im Jahre 1924 171 000 und im Jahre 1925 nach Schätzungen etwa 200 000 Tonnen, während für dieses Jahr höchstens 120 000 bis 130 000 Tonnen in Frage kommen dürften. Auch Rußland und Frankreich haben weniger eingeführt, so daß die Vermehrung der Kupferproduktion vorübergehend in keinem Verhältnis zu dem Konsum stand. Seit Ende Juni d. J. nun haben sich die Verhältnisse insofern geändert, als der an sich schon hohe Inlandsbedarf in den Vereinigten Staaten eine weitere Vergrößerung infolge der starken Beschäftigung der Elektro-, Kabel- und Automobilindustrie aufzuweisen hat. Der Metallhandel, der sich durch die Bildung des Kartells in seiner Existenz bedroht sieht, wehrt sich bereits seit Monaten mit allen Mitteln und besonders von London aus hat man versucht, durch spekulative Maßnahmen das Zustandekommen des Syndikats zu verhindern.

Die jetzt plötzlich erfolgte Gründung der Kupfervereinigung hat überrascht, da man erwartete, daß die Bundes-Handels-

kommission auf Grund des Sherman-Gesetzes ihre Genehmigung zur Bildung des Kartells verweigern würde. Man hat schließlich die Konzession erteilt, weil es sich der Bezeichnung nach um ein Ausfuhrkartell handelt, dessen Bildung nach dem Webb-Pommerene-Gesetz erlaubt ist. Die deutsche verarbeitende Industrie, vor allem die Kabel- und Elektroindustrie, steht der Kartellbildung nicht ungunstigh gegenüber. Man ist der Ansicht, daß die Schaffung stabiler Kupfermärkte auch im Interesse der Industrie liegt, da durch eine solche Maßnahme eine völlige Unabhängigkeit vom Kupfermarkt bei der Vornahme von Eindeckungen erreicht wird. Eine Drosselung der Erzförderung und eine weitere Produktionseinschränkung, wie sie die Mitglieder der Vereinigung im Anfang des Jahres projektieren, dürfte wohl zu Preisberauschungen führen, aber nicht zur Hebung des Konsums. Der Rückgang der deutschen Einfuhr bzw. die Beschäftigung der verarbeitenden Industrie muß für die Maßnahmen des Exportkartells von ausschlaggebender Bedeutung sein.

### Stark gestiegene Weltkunsfseidenproduktion.

Der unerhörte Aufstieg, den die Weltkunsfseidenindustrie im letzten Jahrzehnt hinter sich hat, hat auch, laut „Konfektionär“, zwischen 1925 und 1926 angehalten und zu neuer erheblicher Erweiterung der Produktion geführt. Von sachmännischer amerikanischer Seite wird die Weltkunsfseidenproduktion für 1926 auf 333 Millionen englische Gewichtspfund (1 lb = 454 Gramm) geschätzt, während für 1925 nur 193,5 Millionen lb angegeben wurden. Die Steigerung macht also fast 140 Millionen englische Pfund aus. Die nachstehende Tabelle zeigt die Verteilung dieser Produktionszahlen auf die einzelnen Länder; es ist von größter Bedeutung, daß Deutschland nunmehr an die zweite Stelle der Weltkunsfseidenproduktion mit einer Jahresleistung von 66 Millionen lb gerückt ist.

	1925	1926	mehr
Amerika	60 000	80 000	20 000
Deutschland	28 000	66 000	40 000
England	26 000	45 000	17 000
Italien	24 000	44 000	20 000
Frankreich	14 500	30 000	5 500
Schweden	10 000	14 000	4 000
Belgien	10 000	14 000	4 000
Japan	9 000	12 000	3 000
Schweiz	6 000	8 000	2 000
Südafrika	6 000	8 000	2 000
Australien	—	2 000	2 000
Uebrigc Länder	10 000	20 000	10 000
Zusammen	193 500	333 000	139 500

Die Kunsfseide rückt demnach immer mehr zu einem der wichtigsten Textilrohstoffe auf.

### Ein A.-G.-Vorstand als Pressezensor.

Als unser Generalversammlungsberichterstatter gestern zur Generalversammlung der F. G. Dittmann A. G. kam, wurde ihm im Vorzimmer ein Brief folgenden Wortlauts überreicht:

An die Geschäftsstelle des „Vorwärts“,  
Berlin SW 68, Lindenstr. 3.

Nach der tendenziösen, nicht der Wahrheit entsprechenden Berichterstattung, welche der „Vorwärts“ über unsere letzte Generalversammlung am Montag, den 28. Juni 1926, veröffentlicht hat, sehen wir uns leider außerstande, Ihrem Vertreter den Zutritt zu unserer heutigen Generalversammlung zu gestatten.

g. v. F. G. Dittmann A. G.  
(Unterschriften).

Als die Generalversammlung begann, erhob sich der Vorsitzende des Beirats und protestierte im Namen der Belegschaft aufs schärfste dagegen, daß der Vertreter der Arbeiterpresse von der Berichterstattung über die Generalversammlung ausgeschlossen wurde. Nachdem auch Aktionäre die Zulassung gefordert hatten, wurde die Verwaltung gezwungen, unseren Berichterstatter zur Generalversammlung zuzulassen.

Aus dem Versammlungsverlauf, der teilweise sehr stürmisch war, ist hervorzuheben, daß die Opposition die Bilanz als zu ungünstig bemängelte. Sie schloß mit einem Verlust von 20 117 M. bei einem Aktienkapital von 625 000 M. Die Opposition verlangte die Verteilung einer fünfprozentigen Dividende. Die Höhe der Kosten wurde sehr scharf kritisiert unter dem Gesichtspunkt, daß die Betriebsleistung zu umfangreich wäre. Von der Opposition wurde auch die von der Verwaltung beantragte Zuwahl von Aufsichtsratsmitgliedern, allerdings ohne Erfolg, beanstandet, da sie nur 40 Proz. des Aktienkapitals vertrat.

**Besser in Qualität**  
aber zum gleichen Preise  
wie jede andere 53 Cigarette, können Sie  
auch die nach ägyptischer Art hergestellte  
Nestor Florina kaufen.

**Nestor Florina 53**

SIE ERHALTEN FÜR IHR GELD DEN BESTEN GEGENWERT

Nestor  
Gianachi  
Famous Cigarettes  
FRANKFURT/M.

BITTROP



Es charakterisiert die Verwaltung der Dittmann A.-G., daß sie einen Teil der Presse auszuschließen versuchte, weil ihr ihre Richtung und ihre Berichterstattung nicht paßt. Wäre unsere Berichterstattung falsch gewesen, so hätte die Verwaltung in den sonst vier Monaten seit der Veröffentlichung wahrlich Zeit genug zu einer Berichtigung gehabt. Diese ist nie erfolgt. Im übrigen ist es sehr zu begrüßen, daß aus dem Protest des Betriebsrats hin aus der Generalversammlung selbst der Versuch der Verwaltung, sich als Zensor der Presse aufzuspielen, mit Erfolg zurückgewiesen wurde.

### Rombach zwei Drittel des Kapitals verloren.

Dem Aufsichtsrat der Rombacher Hüttenwerke A.-G., Hannover, lag jetzt die Sanierungsbilanz des durch den Verkauf der Eisenwerke zu einer reinen Kohlegesellschaft gewordenen Konzerns vor. Darin ergibt sich der enorme Verlust von etwa 38 Millionen auf das Aktienkapital von 51,8 Millionen. Der Verlust setzt sich aus Betriebs- und Bilanzverlusten zusammen: Für 1925/26 ergibt sich ein Betriebsverlust von 6,43 Millionen. Dazu kommt der Vorjahresverlust von 1924/25 mit 14,16 Millionen. Außerdem wurden bei den Wertverlusten an den Stahlruhr und Konforten die Bilanzwerte bei weitem nicht erreicht, so daß ein weiterer Buchverlust von etwa 18 Millionen entstand. Das Kapital soll, wie schon früher gemeldet, 10:1 auf 5,18 Millionen zusammengelegt werden.

### 22 1/2 Millionen Mark Monatsumsatz der GGG.

Der Gesamtumsatz der Grobeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine m. b. H., Hamburg, beziffert sich vom Januar bis September 1926 auf 302 197 809,91 RM.

1925 158 287 515,05  
1926 wurden mehr umgesetzt ... 48 910 294,86 RM = 27,74 %

Der Umsatz an Erzeugnissen der eigenen Betriebe stellte sich vom Januar bis September 1926 auf 82 547 720,08 RM.

1925 25 094 014,78  
Der Mehrumsatz 1926 beträgt also 7 453 705,26 RM = 29,70 %

Mit dem Umsatzergebnis von rund 22 1/2 Millionen Mark monatlich nähert sich die GGG einem durchschnittlichen Umsatz von einer Million Mark je Arbeitstag.

### Die Erdbilgung aus Kohle.

Daß die Kohleerwertungsinteressen des Kohlenindustrials sich kaum direkt gegen den Chemietrust wenden werden, wird durch folgende Nachricht bekräftigt. Danach haben der am Kohlenindustriat stark beteiligte Stahlruhr (über Thyssen, Deutsch-Lugenburg, Gelsenkirchen und Phönix) und der Chemietrust gemeinsam die Anteile der G. m. b. H. für Teerverwertung Duisburg-Reiderich in Besitz. Die G. m. b. H. für Teerverwertung soll ihr Majoritätsinteresse an der Steinkohlen-Bergbau A.-G. Berlin an die Esag (Erdöl- und Kohleerwertungs-A.-G.) bzw. an den Chemietrust abgeben, und zwar gegen Sonderrechte für alle von der Duisburger G. m. b. H. zu errichtenden Bergbauanlagen. Die im Besitz der Thyssen, Deutsch-Lugenburg, Gelsenkirchen und Phönix befindlichen Anteile gehen gleichzeitig auf den Stahlruhr über, während die Gesellschaft für Teerverwertung Duisburg ihrerseits den Bau einer neuen Bergbauanlage plant, der die Vorteile der Vereinbarungen mit dem Chemietrust bereits zugute kommen werden.

Der Großhandelsindex steigt weiter. Die auf den Stichtag des 20. Oktober berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem 13. Oktober um 1,8 Prozent auf 130,9 gestiegen. Von den Hauptgruppen haben die Agrarerzeugnisse infolge der gestiegenen Getreide- und Kartoffelpreise auf 135 angezogen, während die Industriefstoffe mit 123,2 unverändert blieben.

Unter der Konkurrenz des Chemietrustes. Die mittleren Chemiebetriebe, besonders die Salze und Säuren erzeugenden, leiden unter der Konkurrenz der I. G. Farbenindustrie ganz besonders schwer. Der Verein chemischer Fabriken A.-G. zeigt sich bekanntlich darunter zusammengebrochen. Aber auch die alte Harzortische Bergwerke und chemische Fabriken A.-G. Gotha (jetzt Haspe) klagt sehr darüber, obwohl sie auf eigenen Rohstoffen liegt, ohne allerdings den Chemietrust zu nennen. Besonders ging die Belieferung der Kunstseidenindustrie mit Chemieprodukten stark zurück. Unter diesen Umständen scheint die kostspielige Erwerbung der Chemischen Fabrik Heinrichshall in Böhln Anfang 1925, die vier Monate still liegen mußte und das

wertvollste Besitzstück ist, eine erhebliche Belastung. Die Iersändische Goldminenerteilung mit dem Nordischen Bergwerkskontor in Hamburg, die an Stelle der nach dem Krieg an Rumänien übergegangenen Siebenbürger Goldbergwerke im Mai dieses Jahres erworben wurde, ist dafür kein Ersatz. Einige Grundstücke wurden zur Zusammenfassung der Betriebe verkauft. Die Gesellschaft, die vor dem Krieg sehr wechselnde Dividenden erwirtschaftete und auch im vorigen Jahre noch 5 Proz. Dividende verteilte, schließt am 30. Juni 1926 mit einem gegen das Vorjahr um rund 200 000 RM. verminderten Rohertrag. Obwohl das Geschäft sichtbar kleiner geworden ist (die Bilanzsumme ging von 6,54 auf 6,26 Millionen zurück), sind die Generalkosten mit 178 000 RM. gleich hoch geblieben, so daß bei den gleich gebliebenen Abschreibungen (170 000 RM.) nur der große Rückgang der Steuern um volle 30 Proz. auf 151 000 RM. am Verlust vorbeiführt. Jinsen sind 14 000 RM. neu; die Kosten sind also in Wirklichkeit noch höher als im Vorjahr. Vernünftige Vorstellungen von der Betriebsrationalisierung scheinen die Verwaltung allerdings nicht zu belasten, so daß die Gewinnverhältnisse wohl auch auf das Verlangen der Verwaltung zurückzuführen sind. Benignen glaubte sie, obwohl ihr Absatz ohnehin litt, mit der berühmten Eisbrücke des Jahres den die Belegenschaft ablehnte, ihre Heinrichshall Fabrik rentabler machen zu können. Der kleine Gewinn von 5000 RM. wurde vorgetragen, so daß die Gesellschaft ohne Dividende bleibt.

Einführung des Ferngiroverkehrs für Effekten. In den einzelnen Börsenstädten rechnen die Banken ihre gegenseitigen Zahlungen, Wechsel- und Wertpapierübertragungen bekanntlich in einem Abrechnungsvorgang gegeneinander auf, um Zahlungs- und Versandkosten zu ersparen und die sonst zum direkten Erwerb erforderlichen Bestände an Zahlungsmitteln, Wechseln und Effekten herabzudrücken. Dieses Verfahren war wenigstens für Effekten bisher auf die einzelnen Börsenplätze beschränkt oder nur durch gegenseitigen Abrechnungsvorgang der einzelnen Banken möglich. Nun soll es auch zwischen den Börsenplätzen, also interlokal, möglich gemacht werden, was besonders für die an verschiedenen Börsen gehandelten Wertpapiere wichtig ist. Zu diesem Zweck haben sich Mitte Oktober die 6 Effektengirobanken zu einer „Arbeitsgemeinschaft deutscher Effektengirobanken“ zusammengeschlossen, und zwar Berliner Kassenverein, Dresdener Kassenverein, Frankfurter Bank, Kölner Kassenverein, Liquidationskasse Hamburg, Effektengiroabteilung Hamburg und Rheinisch-Westfälischer Kassenverein in Essen. Der Zeitpunkt der Aufnahme des „Effekten-Ferngiroverkehrs“ zwischen den Banken bzw. ihren Mitgliedern, sowie die für den Ferngiro in Frage kommenden Wertpapierarten sind noch festzulegen und werden durch Rundschreiben bekanntgegeben. Der sogenannte rücklose Effektenverkehr wird dadurch eine bedeutende Stärkung erfahren.

Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken (GDA) verlängert. Vor kurzer Zeit wurde der Deutsche Automobil-Konzern (DAK), der eine Verkaufsgemeinschaft für die Dux, Presto, Magirus- und Bomag-Automobile war, bekanntlich aufgelöst, weil die Gemeinschaft nicht die gemeinsam erhofften Vorteile brachte. Jetzt wird von der GDA gemeldet, der die Nationale Automobil-A.-G., die Brennaborwerke und Hansa-Blond angehören, daß ihr Gesellschaftsvertrag auf mehrere Jahre verlängert und eine weitere Vertiefung der bisherigen Gemeinschaftsarbeit beschlossen wurde, weil sich die Gemeinschaft sowohl für Konstruktion und Preise, als auch für Typenbeschränkung und Absatz sehr bewährt habe. Auch steht die Verhältnisse liegen in der Automobilindustrie keineswegs gleich. Zu beachten ist übrigens, daß die Hansa-Blond-Werke wieder voll als Mitglied genannt werden. Vor Monatsfrist wurde mitgeteilt, daß Hansa-Blond weitgehend aus der GDA ausgeschlossen sei.

Eine schweigehame Tiefbaufirma. Das Berliner Hoch- und Tiefbauunternehmen Berche u. Ripperdt A.-G. schließt das Geschäftsjahr 1925 bei einem Aktienkapital von 1 250 000 RM. mit einem Verlust von 612 500 RM., also fast der Hälfte des Aktienkapitals. 1924 hatte diese Gesellschaft noch eine Dividende von 6 Proz. zur Verteilung gebracht. Außerdem machte die Bilanz von 1924 insofern einen günstigen Eindruck, als auf der Aktivseite ein erhebliches Bankguthaben zu finden war. Dieses Bankguthaben ist in der Bilanz 1925 nicht bloß vollständig verschwunden, sondern es erscheinen noch Kreditoren auf der Passivseite mit 324 303 RM., worin, wie die Verwaltung in der Generalversammlung erklärte, eine erhebliche Bankschuld enthalten ist. Bei der Verlustbeurteilung ist zu berücksichtigen, daß darin 259 023 RM. Abschreibungen enthalten sind. Und gerade diese Abschreibungen veranlassen eine in der Generalversammlung sehr heftig auftretende Opposition, die Auffassung zu vertreten, daß die Bilanz ungünstig freiert sei. Zu dieser Auffassung glaubten sich die opponierenden Aktionäre um so mehr berechtigt, als noch vor einigen Monaten in der Presse sehr günstige Auslassungen über das Unternehmen erschienen, denen von der Verwaltung nicht widersprochen wurde. Die Aktionäre, die die Opposition erhielt, beschränkten sich darauf, daß die Verwaltung erklärte, sie habe nochmals eine Prüfung der Werte der Goldbilanz vor-

genommen, sie sei zu der Ansicht gelangt, daß diese zu hoch eingepreist seien, und das habe sie zu den erwähnten erheblichen Abschreibungen veranlaßt. Ebenso inhaltlos ist der Geschäftsbericht. Wertwürdig ist es, daß eine Gesellschaft, die in der Hauptsache aus Bauaufträgen vom Staat und von den Kommunen alimentiert wird, wie sie selbst in der Generalversammlung ausführte, weder über die Höhe der Aufträge Auskunft gab, noch sonst irgendwelche Details hierüber zur Kenntnis der Öffentlichkeit brachte. Hier wäre eine größere Offenlegung der Verhältnisse der Gesellschaft sehr wohl am Platze gewesen. Die Sanierung erfolgt in der Weise, daß das Stammkapital im Verhältnis von 2:1 zusammengelegt wird und daß dann eine Erhöhung um 387 500 RM. auf 1 Million Mark vorgenommen wird. Dadurch fließt dem Unternehmen neues Betriebskapital zu, und es ist in der Lage, seine Schulden abzutragen. Die Aussichten werden nach den Mitteilungen, die die Verwaltung in der Generalversammlung machte, als günstig betrachtet, da sie reichliche Bauaufträge hat und in ausföhrreichen Verhandlungen wegen Neuabschlüsse steht.

Vom Terralngeschäft. Die Konsolidierung auf dem Kapitalmarkt und die Durchführung des Bauprogramms gibt allmählich auch dem Grundstücksmarkt neue Rührung. Diese günstigere Tendenz kommt zwar in dem Geschäftsbericht der neuen Bodenkattengesellschaft noch nicht zum Ausdruck. Größere Verkaufsmöglichkeiten boten sich, wie in dem Geschäftsbericht festgestellt wird, im verfloffenen Geschäftsjahre nicht, außerdem ist die Höhe der Aufwertungsbeiträge noch ungewiß. Aber die Gesellschaft konnte den Verlust um 7000 RM. auf 5030,54 RM. herabdrücken. Die Börse bewertet die Geschäftslage noch günstiger; ist doch der Preis dieses amlich nicht notierten Papiers in den letzten Monaten von acht auf 35 Proz. gestiegen. Auf der Generalversammlung gab die Verwaltung für die auffallende Kurserhöhung keine Gründe an.



Wahrscheinlich  
Laß dich auf nichts anderes ein,  
Daß der Waschttag voll gelinge,  
Muß Perflor verwendet sein!

So mild und schonend wie reinste Seifenflocken,  
Im Gegensatz zu diesen aber vollkommen selbsttätig und schneeweiß.  
So bequem und fleckenlos wie selbsttätige pulvrige Waschmittel,  
Im Gegensatz zu diesen aber ohne Schärfe für Wäsche und Hände.  
So wäscht nur

Perflor, die einzige selbsttätige Seifenflocke und das einzige milde selbsttätige Waschmittel

Perflor kalt oder handwarm, niemals heiß auflösen.

# TIEFZ Billige Lebensmittel

Verkauf nur soweit Vorrat

### Frisches Fleisch

Schweinekamm	1 18
Schweinekotelett	1 25
Schweineschulterblatt	1 12
Kassler	1 20
Starkes Rückenfeff	1 08
Eisbein gepökelt, mit Spitzohren	74 Pf.
Pa. Ochsenfleisch	1 10
Pa. Ochsenrouladen	1 28
Suppenfleisch	78 Pf.
Fehrippe u. -brust	88 Pf.
Kalbskamm u. -rücken	85 Pf.
Kalbskeule	98 Pf.
Hammelfleisch (dicke Rippe)	76 Pf.
Prima Hammelrücken	88 Pf.
Prima Hammelkeulen	98 Pf.

### Gefrierfleisch

Pa. Schmorfleisch (Keule) ohne Knochen	86 Pf.
Prima Roastbeef m. Knochen	78 Pf.
Prima Suppenfleisch	54 Pf.
Pa. Kamm u. Querrippe	60 Pf.
Prima Gulasch ohne Knochen	74 Pf.
Gehacktes	74 Pf.
Schweinsköpfe mit Backe	55 Pf.
Pa. ausgel. Rindertalg	60 Pf.

### Kolonialwaren

Linsen	20 Pf.
Weisse Bohnen	18 Pf.
Gruppen grobe	19 Pf.
Haferflocken	23 Pf.
Bruch-Makkaroni	42 Pf.
Bohn. Pflaumen	28 Pf.
Kartoffelmehl	23 Pf.
Eierschnittnudeln	45 Pf.

### Konserven

Prinzebohnen	98 Pf.
Junge Erbsen sehr fein	1,80
Junge Erbsen mittel	96 Pf.
Gamüse-Erbsen	85 Pf.
Mirabellen	1,25
Reineclauden	1,25
Stachelbeeren	80 Pf.
Pflaumen mit Saft	88 Pf.

### Wurstwaren

Leberwurst	95 Pf.
Große Mettwurst	95 Pf.
Speckwurst	1 10
Jagdwurst	1 10
Hildesheimer	1 10
Poinische	1 10
Hoist-Zervelat	1 80

### Gemüse

Weisskohl	3 Pf.
Rot- u. Wirsingk.	4 Pf.
Möhren gewaschen	4 Pf.
Zwiebeln	5 Pf.
Märk. Rübchen	4 Pf.
Sellerie grosse Knoll.	16 Pf.

### Käse

Romatour	28 Pf.
Camembert voll.	30 Pf.
Harzerkäse 1 Pfd.-Kiste	55 Pf.
Allg. Stangenkäse Pfd.	68 Pf.
Holländer Käse Pfd.	85 Pf.
Edamer Käse	85 Pf.
Tilsiter vollfett	95 Pf.
Steinbuscher voll.	95 Pf.
Schweizer lauz.	1,35

### Fische, Räucherwaren

Merlan	17 Pf.
Grüne Heringe	23 Pf.
Rotbars ohne Kopf	32 Pf.
Schellfisch	36 Pf.
Seelachs ohne Kopf im Ganzen	38 Pf.
Kabliau ohne Kopf im Ganzen	40 Pf.
Fettbücklinge	45 Pf.

### Obst

Welche Essbirn.	8 Pf.
Kochäpfel	10 Pf.
Tiroler Äpfel	13 Pf.
Graue Renett.	15 Pf.
Ananasrenett.	16 Pf.
Bananen	3 Pfund 1 00

### Fettwaren

Margarine	55 Pf.
Speisestalg 1 Pfd.-Paket	60 Pf.
Kokosfett 1 Pfd.-Paket	65 Pf.
Rohschmalz	80 Pf.
Molk.-Butter 1 Pfd.-Pak.	83 Pf.
Teobutter 1/2 Pfd.-Pak.	90 Pf.
Dln. Butter 1/2 Pfd.-Pak.	1,00
Kunstthong 1 Pfd.-Pak.	38 Pf.

### Bratheringe

4-Liter-Dose	1 85
--------------	------

### Ölsardinen

Portug. Dose u. 1 kg	2 20
----------------------	------

### Kaffee

frisch gahr mit eig. Bitterst.	2 40
--------------------------------	------

### Konfitüre

ca. 3-Pfund-Emmer	1 35
Erdbeer	1 35
Himbeer	1 35
Kirsch	1 35
Orange	1 05
Pflaumen	1 05
Johannisb.	1 15
Ananas	1 60

Mengenabgabe vorbehalten

### Besonders vorteilhaftes Angebot in Weinen u. Spirituosen

Sämtliche Preise einschließlich Steuer ohne Flasche

1924er Oberh. Malkammerer	0,85 8,00
1924er Bayerfelder Schlossberg	0,95 9,00
1922er Königsbacher Mühleweg	1,25 12,00
Naturweines Wintertwein	1,30 12,50
1922er Nackenheimer Schötter	1,25 12,00
1924er Dürkheimer Feuerberg	1,25 12,00
Alter Malaga, dunkel	1,60 15,00
1924er Chateau Latour de Beasac	1,85 17,50
Vorzüglicher Bordeaux	2,25 21,00
Weller St. Croix du Mont	2,60 24,00
teiler schwar. weinler Bordeaux	2,60 24,00

### BESONDERS BILLIG!

„Cider“ Apfelwein, 1/2 Flasche bei 25 Pf.  
Hedelbeerwein 75 Pf.  
Johannisbeerwein 70 Pf.

### Spirituosen und Weine vom Fass

In unseren bekanntesten Qualitäten, u. a. Boradorfer Apfelwein, „Spezial“ 50 Pf. 10 Liter 4 50  
Vorzüglicher Rotwein 1 25 5 Liter 6 00  
weiter Tischwein 1 25 5 Liter 6 00  
Rum-Verschnitt 40% 4 50 3 Liter 13 00  
at geübte Qualität, Liter 4 50 3 Liter 13 00  
Deutscher Weinbrand 4 50 3 Liter 13 00  
„Unsere Sozialität“ Liter 4 50 3 Liter 13 00  
Sämtliche Preise einschließlich Steuer ohne Flasche

### In unserer Konfitüren-Abtlg.

Frühstück-Schokolade 100-Gramm-Tafel	20 Pf.
Vollmilch Vollmilch-Nuss 1 Tafel 3 Taf.	40 Pf.
100-Gramm-Tafel, hochwertig qual.	40 Pf.
Schmalzborke	1 40



## Agitation auf dem Lande.

Von Max Dorcu.

Ich gehe hinaus aufs Land. Der Sturm pfeift mir um die langen Ohren. Die Wälder schütteln ihr buntes Herbstgold von den Ästen. Der Himmel ist überritten von wilden grauen Reitern. Der Habicht schreit, zirkelnd mit Sturmeschwinge. Die Bäche singen revolutionäre Lieder. Der Bauer pflügt seinen braunen, laubbüsten Acker. Die Berge drücken Schulter gegen Schulter: vereint der bald kommenden Winterkälte zu widerstehen. Und der Hase schaut ängstlich nach der Büchse des Jägers aus. Aber der Fuchs ist unbekümmert: vertrauend seiner Klugheit!

Ich gehe aufs Land. Verbend für Partei und Presse. Dem Sozialismus neue Wege zu ebnen, daß der rote Fortschrittswagen sicher hineinkutschiere ins Land der Zukunft. Vorwärts! Friede! Freude!

Das Bauerndorf. 'ne dicke Kirche. Und 'ne kleine Schule. Fette Ochsen und noch fettere Bauern. Aber auch Tagelöhner, vergrämt, wohnend an der Peripherie des fetten Dorfes, in kleinen schiefen Häuschen. Die Bauerngehöfte aber sind wie kleine Gutsböfe, drackig Ruhe im Stall, fünf Pferde, einhundertundachtzig Gänse. Dreizehn Godelhähne mit dreihundert gefiederten Damen: Kileriki! Und Ga—ga—gaat!

Die Dorfgänge schnattern mich an, drei Hunde umbellten mich, hinter der Gardine heraus schaut der Gendarm und 'n Rubel Kinder mit roten Wangen und lustigen blanken Augen schreit mit nach: Ei du Dunnerkeil, das da is er, der rote, der Redner, der mit der Brille, der mit dem Zickbart, der mit dem einen Beckesuh, der mit der schwarzen Kappe unterm Arm — er kommt, zu hehen, er kommt, das Dorf verrückt zu machen — der Herr Bürgermeister selber hat's geseht! Mäh! Mäh! Mäh!

Die Versammlung. Im dumpfen Wirtszimmer. Fast nur Bauern sind da. Vielleicht ein halbes Duzend Tagelöhner, mit sehr schlüchternen Augen. Deine Sprache, o Redner, klingt wenig überzeugend, die innere Feindschaft der Hörenden schwächt deine Überzeugung, es ist doch immer so auf jeder Versammlung: der Redner wird getragen, begeistert, befeelt oder herabgerissen von seinen Hörern.

Die Rede ist um. Die Bauern spucken aus. Und aus dem Hinterzimmer kommt heraus Seine Hochwürdigste Erhabenheit: der Herr Pastor! Im Honoratorenzimmerchen hatte er gehorcht, nun kommt er, meine sozialistische Bouillon zu degustieren.

Was ist da noch viel zu sagen. Ich rebete — die Bauern spuckten aus. Hochwürden rebete von Vaterland, Fürstentum und roter Landenteignung — die Bauern rufen hurra! Der Pastor verschmeißt wieder, und ich habe das Schlusswort, die Bauern schweigen, aber ihre Augen blitzen Feindschaft. — Schluß Die Versammlung ist aus. Die Bauern gehen zu ihren Ställen, alle sind fort, nur vier Tagelöhner, Gutsarbeiter, bleiben! Sie rücken zu mir heran, sie sagen: Und doch gehen wir in die Partei! Den Bauern und dem Gutsheern zum Trost! Wer brüden uns die Hände, es wird auch eine rote Zeitung abhonnert, dann trinken wir alle viere aus einem großen Schnapsglase, und dann sagt der Bier: Feierabend! Gute Nacht. — — —

Im Arbeiterdorf. Hier wohnen Bauarbeiter, die morgens früh um Uhr sechs in die nahe Großstadt fahren: Maurer, Zimmerleute, Ländler und Ofenseher. Die Versammlung findet im Tanzsaal statt. Dreihundert Hörer, viele Frauen und Mädchen dabei, selbst an die zwanzig Kinder. Zunächst ein Freiheitsgefang, von Freund Uchmann. Dann lege ich los. Ha, hier spricht dein Herz, gleich ist die Bindung da: wir verstehen uns alle, wir sind eine große Familie, sozialistische Menschen. Schluß. Frei Heil! Und dreißig neue Aufnahmen für die Partei. Und vierzig rote Zeitungsabonnements. Im Mitternacht singen die jungen Burschen mit den Mädchen an zu tanzen. Die Alten saßen hinterm Bierglas. Und draußen heult der Herbststurm, laß ihn heulen: morgen ist Sonntag, morgen ist der Bauarbeiter frei. Die Woche hin ist der Bauarbeiter ein Sklave, früh um vier steht er auf, abends um acht kommt er heim, die Großstadt fröhnt den Bauarbeiter langsam auf, er aber baut der Großstadt die Häuser. Ha, wie der Sturm rast! — — —

Im Dorfe der Hochhöfen. Hoch-drohen im Gebirge. Wo der rote und der braune Eisenstein in den Waldbergen abert und abert. Die Hochhöfen flammen gelbgrünblau durch die stürmische Regenwolke, durch den Regenabend. Bergleute und Hochhofenwerker auf deiner Versammlung. Aber ein schwieriges Terrain, hier hat sich der Jungdo eingeknistet, der hat die Arbeiterhirne besoffen gemacht. Während der jahrelangen Stilllegung der Gruben haben die Bergleute den roten Verband verlassen, sie sind nun gar nichts, unglaublich, zweifelnd, ohne jegliche eigene Kraft. Du host geredet. Kälte steht im Saale. Die Herzen wurden nicht warm. Ein „nationales“ Ingenieur von den Hochhöfen redet für die „echte“ Volksgemeinschaft: „Jungdo und Liebergott, und dann die edle Erzellenz von Salzstengel.“ Punktum. Ab. Resultat: Ein Aufnahme, acht Zeitungen. Weiter! — — —

Das Basalldorf. Das Steindorf. Erschorene Vulkan, Lava stoh breit ringshin ab. Und diese einst glühende Lava ist nun Basalt. Tagsüber knallt Dynamit. Seilbahnen verfahren die schönen blauen Bruchsteine, Pflastersteine, Hofenquader, Kleinsteine und Splitt.

In diesem Dorfe bist du daheim. In diesem Dorfe stimmten bei dem Fürstentumscheid 96 Proz. aller Wahlberechtigten mit: Ja! Entgegen die Fürsten! Was ist hier im roten Verband, und die Partei ist sehr stark. Jedes Haus steht die Arbeiterzeitung.

Du bist bei dem Parteidorfenden zu Gast, als lieber Gast bist du hier wie zu Hause. Die Kinder reiten auf deinen Anten. Mutter macht dir Eier in Speck. Vater holt aus 'm Keller 'ne Budel Kappelworn heraus, und Großmutter erzählt dir alte Volksmärchen. Prost! Es lebe die Freiheit!

Von der Versammlung ist nur dieses zu berichten. Nicht ein einziges Zeitungsabonnement, weil, wie schon gesagt, jedes Haus die Arbeiterzeitung bereits liest. Aber die vielen Aufnahmen für die Partei! Wie viele waren es? Nebenläche. Hauptläche: In diesem Dorfe ist jetzt alles in der Partei drin. Dieses Dorf ist das Dorf des roten Schützenkönigs.

Das große Tabaksdorf. Was arme Kleinbauern. Der Boden ist reinig und bergig, die Armut geht im Betteleibe durchs graue Dorf. Diese Armut nützte der Tabaksherr, hierher baute er 'ne Fabrik, hier ist die Arbeitstrast billig, Frauen und Mädchen schaffen um ein Butterbrot.

Die Versammlung. Fast lauter Frauen und Mädchen. Alle tabaksgelb und verarbeiteter. Wenige frische Gesichter. Du fühlst dich wie in einem franten Harem. Gardon. Verzeihung! 's wor nicht böß gemeint.

In diesem Tabaksdorfe konnte der rote Verband nie recht Fuß fassen, und dieses weißt du als Wanderradner längst: wo der rote Verband nicht vorarbeitet, da hat auch die rote Partei wenig zu sagen.

Also gut, du redest. Du schillerst den Frauen und Mädchen eine neuere, schönere Zeit, du malst mit bunter Junge Bild um Bild. Grüne Palmen der Friedlichkeit. Fruchtende goldene Sonnenblumen. Rote Geranienbeete als Liebe: von Mensch zu Mensch! Schöne neue Dörfer mit Menschen, die nicht mehr in Unterernährung leiden. Keine Kriege mehr. Die Frauen keine Brutmashinen mehr. Vernunft ist König 'm Lande. Und Kön'gin ist das rote Mädchen Freiheit, die schwingt ihre goldene brennende Fackel.

Schluß Du schweigst. „Ich habe gesprochen!“ Was sagen die Frauen und Mädchen? Sie singen dir ein Lied. „Ich weiß nicht.“

## Ausführungsgesetz zu Artikel 48



Die Geheimräte: Die Republik schläft. Jetzt können wir ihr, ohne daß sie's merkt, die neuen Ausführungsbestimmungen anpassen.

was soll es bedeuten —. Aber in die Partei trat nicht eine ein — „denn man kann nie wissen — und der Herr Parrot hat gesagt —“. Aber du machtest sieben Abkommen für die rote Presse. Ein Anfang, wenig. Wir haben hundertmal begonnen, alles zerbrach wieder, wird das 101. Mal halten?

Freund, das waren so einige Ergebnisse aus meiner Agitationszeit. Warum ich die erzählte? Darum: um allen Wanderradnern aus den Städten Mut zu machen. Dieser Tage fahren wir als Werber für Partei und Presse aufs Land, um zu gewinnen — oder um entläuft zu werden. Unser Lohn? Den finden wir im eigenen Herzen. Und: wandernde Kollegen, vergeht dieses Wort Bebel's nicht: „Die Versammlung findet statt, auch wenn nur fünf Mann da sind.“ Der Redner sei immer der schlechte, er macht das halbe Duzend voll. Hier ward gesiegt — und vivat sequens!

## Aus dem Tagebuch eines Gefangenen.

(Abgeschrieben von Remones Zit.)

Zeitmaße.

Unser Direktor trifft einen Gefangenen bei der Arbeit auf dem Hofe. Freundlich spricht er ihn an: „Nun, mein Freund, wie leben Sie sich denn bei uns ein?“ „O, danke, gut, Herr Direktor!“ „Wie lange sind Sie denn nun schon hier?“ „Drei Wochen und sechs Tage, Herr Direktor!“ „Na, leben Sie, wie die Zeit hingeh? Wie lange haben Sie denn noch nach?“ — — — „Lebenslanglich!“

Die Petroleumlampe.

Am Ende unseres Flures hängt eine Petroleumlampe. Täglich werden die Messingteile gepuht, wöchentlich einmal der Zylinder. Der Lehtere wurde öfter ersetzt. Mehr wie ein armer Hausarbeiter mußte Uebereile bereuen und von seinen lärglichen Niennigen einen zerbrochenen Kompenszylinder bezahlen. Am Ende jedes Jahres wurde die Lampe von der alten Inventurtafel auf die neue überwogen. Wir hatten im ganzen Hause elektrisches Licht. Lange zerbrach ich mir den Kopf, warum die von der Zeit vergessene Lampe wohl nicht verschwindet. Wie gesagt, Jahre hing die Lampe dort. Täglich. . . Kein! Oftern — der Direktor geht in den Abteilungen herum und verteilt zwei Zigaretten für jeden Gefangenen. Da kam die Lampe zu

Chren, sie wurde, ja staunt nur, sie wurde — angezündet! Jeder Gefangene trat heran und entzündete mit glücklichem Lächeln seine Zigarette und ging dann hinaus in die Freistunde und lächelte sich wie ein König. In geschlossener Reihe zogen alle vorbei. Die Lampe hatte ihre Pflicht getan. Jetzt hängt sie schon wieder ein halbes Jahr auf dem Flur, wird täglich gepuht, das Glas jeden Sonnabend. Hin und wieder muß ein armer Hausarbeiter. . . aber das erzählte ich ja schon. Die Lampe wartet geduldig auf neues, glückliches Lächeln.

???

„Ich habe hier heute morgen zwei Prim-Zigaretten (ausgefauert, im Strumpf getrocknet, kein geschmittener in Toilettepapier gedrehter Prim) versteckt, wo mögen die geblieben sein?“ Der Wächter im Arbeitsaal: „Ich hab sie nicht gehabt!“ „Kinders, hat irgend jemand sie gesehen?“ — Stimme aus dem Hintergrund: „Na, hier wird doch kein Dieb sein?“ — Hier ein Dieb. . . ? Ausgeschlossen!

Moral.

Ein neu eingelieferter Zellengenosse sagte sich an, ein schlechter Mensch zu sein. Um den Verzweifelnden zu trösten, erklärte ich ihm, daß wie hier drinnen anderer Meinung seien, die schlechten Menschen sind die Staatsanwälte und Richter. Darauf erzählte er mir von seiner Gerichtsverhandlung:

„Sie sind ein vorbestrafter Mensch! Nun haben Sie schon wieder gestohlen. Warum taten Sie das?“ „Herr Staatsanwalt — ich, meine Frau, meine Kinder, sie schrien — wir hatten Hunger!“ „Wertwüdig,“ meint der Staatsanwalt, „ich habe oft Hunger, pflege aber nie zu stehlen!“

Ich glaube jetzt doch an die Moral der Staatsanwälte und Richter.

Glückliche.

Zweimal im Jahre, im Frühling und im Herbst, kommt buntes Leben auf das staubige Karree unseres Gefängnishofes. Dann werden Decken und Matratzen aller Gefangenen (neuerdings Jünglinge) hinausgeschleppt und geklopft. Richtige Rohrflöde, die vielleicht früher von bärenstarken Wärttern über bliffosen an den Trügelblock geschwallten Opfern geschwungen wurden, beginnen eine muntere Musik. Die Gefangenen, die diese Arbeit verrichten dürfen, müssen sich lange Zeit gut geföhrt haben; stets werden sie beneidet um ihren Morgen in frischer Luft, von der Masse der anderen. Im Frühjahr dieses Jahres erbedete einer an solchem Morgen eine Grassante, in deren Kleeblättern er eine Reihe von Bierern fand. Er borg den Schatz in seinem Brutbeutel, zeigte ihn hier und zeigte ihn dort und begann ein schwungvolles Geschäft damit. Die ersten gingen für eine Zigarette weg, die nächsten nur für Markschneide des Anstaltsgeldes, für das vorlehte, das letzte ihm verläufige, erhielt er von einem, dem ein schwerer Termin bevorstand, gar ein 50-Grammpäckchen goldgelben Scheggas, der der Gutmütigkeit eines pflichtvergessenen Beamten seinen Weg hinter die Gitter verband. Es half dem Kaiser nicht. Sein Konto war zu voll. Er zog die blaue Jacke aus und — die braungetreffe an.

Seit der Zeit schwand der Glauben an das grüne vierblättrige Glück des Gefängnishofes. Unbeachtet lag auf dem Grunde des Bruchbeuels zusammengeknickt oder zu graugrünem Staub zerrieben bei dem und jenem das so begehrte Taufobjekt — das Glück.

## Die Erdnähe des Mars.

Am 27. Oktober wird der Planet Mars wieder einmal in der Nähe der Erde sein, ein Ereignis, dem die Astronomen mit gespannter und begieriger Erwartung entgegensehen — ist doch der Mars der nächste der großen Planeten, die außerhalb der Erdbahn die Sonne umtreifen, und kommt er ihr deshalb näher wie jeder andere. Allerdings kann er, wenn er sich auf der entgegengesetzten Seite der Sonne befindet wie die Erde, sich bis zu 400 Millionen Kilometer von ihr entfernen, dafür kommt er ihr aber auf gleicher Seite von der Sonne bis auf weniger als 100 Millionen Kilometer nahe, zuweilen sogar auf weniger als 80 Millionen Kilometer. Durchschnittlich alle zwei Jahre und 49 Tage tritt ein solches Ereignis der Erdnähe ein, zuletzt fand es am 22. August 1924 statt, und damals betrug die Entfernung der beiden Weltkörper nur 58 Millionen Kilometer, während sie diesmal nicht unter 68 Millionen heruntergeht. Man sollte daher meinen, die Beobachtungen vor zwei Jahren hätten ein weit besseres Resultat ergeben als diesmal zu erwarten ist. Das ist aber in unjeren Breiten keineswegs der Fall; astronomische Beobachtungen hängen ja außer von der mehr oder minder großen Entfernung eines Gestirns auch sehr erheblich von seiner Höhe über dem Horizont ab; je tiefer es steht, um so mehr muß das Licht durch trübende Schichten der Atmosphäre gehen, je höher es steht, desto klarer kann die Luft sein, durch die sein Licht zu uns dringt. Vor zwei Jahren kam der Mars für uns nicht höher als 20 Grad über den Horizont heraus, während er sich diesmal fast bis zu 53 Grad erhebt, für die Beobachtung also bedeutend günstiger steht. Er geht jetzt schon in den frühen Abendstunden auf und ist um 9 Uhr bereits hoch am Südosthimmel, mehr nach Süden als nach Osten, zu beobachten. Auch für das unbewaffnete Auge bietet er durch seinen hellen rötlichen Schein einen prächtigen, glänzenden Anblick, fast noch schöner als der hell glänzende große Planet Jupiter, der um diese Zeit schon ziemlich tief im Südwesten steht. Wer auch nur über ein kleines Fernrohr verfügt, kann auf seiner Oberfläche schon einige Einzelheiten erkennen, z. B. die weiße Polarkappe, von der es allerdings noch keineswegs feststeht, woraus sie besteht; um Eis und Schnee, also getrocknetes Wasser wie auf der Erde, dürfte es sich bei den gänzlich verschiedenartigen Zuständen auf den beiden Weltkörpern kaum handeln. Um die berühmten oder verächtlichen „Kanäle“ auf dem Mars zu erkennen, genügt freilich ein kleines Fernrohr nicht, hierzu sind große Instrumente erforderlich, und auch in diesen sind sie nur unter günstigen Bedingungen wahrzunehmen.

Was ist nicht alles über diese „Kanäle“ geschrieben und gefabelt worden! Sie sollten wunderbare Bauwerke der Marsbewohner zur planmäßigen Bewässerung ihres Wohnorts sein, und was dergleichen Phantasien mehr sind. Was wissen wir denn wirklich von ihnen? Sicherer so gut wie gar nicht. Gute und erfahrene, mit starken Instrumenten ausgerüstete Beobachter lagen sehr Verschiedenes über sie aus, der eine, Lowell, nennt sie „feine Linien, 45 bis 50 Kilometer breit, oft feiner, bis zu 20 Kilometer“, der andere, Pickering, nennt sie „graue Spuren von beträchtlicher Breite, 200 bis 400 Kilometer, ja gelegentlich bis zu 600 und fast 1000 Kilometer“. Ueber die berühmte Verdoppelung sagt der erstere: „Nur ein Aktel aller Kanäle wurde nie verdoppelt gesehen. Abstand der beiden Komponenten 180 bis 200 Kilometer“; der zweite dagegen: „In der Zeit von 5 bis 10 Sekunden Dauer, gelegentlich für eine halbe Sekunde wahrgenommen, dann waren es zwei überaus feine parallele Linien von etwa 90 Kilometer Abstand. Bei guter Luft verschwindet der Verdoppelungseffekt ganz.“

Ran verläßt eben zu leicht, wie schwer es ist, Beobachtungen auf einem Weltkörper in solcher Entfernung richtig zu deuten, wie sehr die Erscheinungen durch den Zustand unserer eigenen Luftschleife beeinflusst werden, so daß ein und derselbe Gegenstand zu verschiedenen Zeiten ein ganz verändertes Bild darbietet. So viel scheint aus den Beobachtungen bei der letzten Marsnähe hervorzugehen, daß in der Marsatmosphäre sehr verwickelte meteorologische Vorgänge sich abspielen, und daß die meisten wahrgenommenen Veränderungen gar nicht auf der Oberfläche des Planeten, sondern darüber, in seiner Luftschleife, vor sich gehen. Größere Klarheit darüber ist von den diesmal angestellten Beobachtungen zu erhoffen.

Dr. Bruno Vorhardi.



**6<sup>90</sup>**  
Chromlack



Größte Auswahl  
in sämtlichen Schuhwaren

**Stiefelkönig**  
Friedrichstr. 131c Nähe Stettiner Bahnhof

**CASINO-THEATER** 8 Uhr  
**Gräfin Tippmamsell**  
Gutschein 1-4 Pers. Bei Vorzeig. der  
Annonce Faust. nur 1,00 Mk., Sessel 1,50

**Trianon-Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
„Dirnentragödie“

**Neues Theater am Zoo**  
8 „Ich hab Dich lieb“ 8  
Park. 1-5 M. Sessel 6 M. Varrel. zw. Varrel. Dpt. 5371

**Gr. Schauspielhaus**  
Täglich 8 1/2 Uhr

**Von Mund zu Mund**  
CHARELL-REVUE

Die neue  
**HALLER-REVUE**  
„An und aus“  
Theater 1. Admiralsplatz  
Täglich 8 1/2 Uhr Täglich 6 1/2 Uhr  
10. Woche  
Der unübertreffbare Erfolg!

2 Sonntags-Vorst. 3 u. 8 1/2 Uhr  
Nachm. ganze Vorstellung  
zu halben Preisen

**Kinder-Revue** „Alle Puppen  
tanzen“  
Premiere: Morgen, Sonnab., 3 1/2 U.  
Kleine Preise 0,50, 1,-, 1,50 M. usw.  
in allen Vorstellungen!  
Dodge Sisters, Tiller Girls, Schäfers Lilliput, etc.

Salisbury-Sälen  
**Deutsches  
Könl.-Theater**  
8 1/2 Uhr:  
**Das große  
Abentener**  
Tuch, Falten  
Sonnabend 3 1/2 U.:  
Der böse Prinzessin  
Sonntag 3 1/2 Uhr:  
Der fröhliche Weinberg

**Lessing-Theater**  
4 U.: **Mensch und  
Behemensch**  
Th. 2. Kurfürstendamm  
Heute geschloss.  
Morgen Premiere  
7 Uhr:  
In der Johannisnacht

**Lustspielhaus**  
8 1/2 Uhr:  
**Die Herzogin v. Elba**  
Sbd., Stg. 3 1/2 Uhr:  
Schneewittchen

**Theater, Lichtspiele usw.**

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
a. Platz d. Republ.  
8 Uhr: Die Liebe zu  
den drei Orangen  
Schauspielhaus  
7 Uhr: Lut u  
Schiller-Theater  
8 Uhr: Soldaten

**Städtische Oper**  
Charlottenburg  
8 Uhr:  
**Euryanthe**  
Musikal. Leitung:  
H. Walter  
Abonn.-Turnus IV

**Deutsches Theater**  
Norden 10334-38  
Letzte Aufführungen  
8 Uhr:  
**Peripherie**  
v. F. Langer, Regie:  
Max Reinhardt

**Kammerspiele**  
Norden 10334-38  
8 1/2 Uhr:  
Der gefällig. Thierry  
von Tristan Bernard  
Regie: Eug. Robert

**Die Komödie**  
Bismarck 2414, 7516  
8 Uhr:  
Zum 50. Male  
**Die Gefangene**  
Von Bourdet  
Regie M. Reinhardt

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz Th. am Schiffbauerdamm  
8 Uhr: Täglich 8 Uhr:  
**Eysistrata** Das Grabmal  
Morgen 8 Uhr: des unbekannt  
**Eysistrata** Soldaten.

**Romische Oper**  
Der große Opernserfolg  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Adrienne** 8 1/2  
Uhr  
mit Serak, Wessely, Wiel, Blase  
Boettcher, Hell. - Sonntag nachm. 3 U.:  
„Die Fledermaus“ in erster Besetzung.  
Vorverkauf ununterbrochen v. 10 U. an

**Wintergarten**  
8 Uhr  
Variete  
Räuchen gestaffelt

**Circus Busch**  
Tel. 714, 713 + 712, abm. 10/11  
Ökt. unweiderr. Schluß d. Spieltz.  
In allen Vors. Papa Wrangel  
Nur noch 2 Sonnt. 3 Uhr bei halb. Preis.  
Kinderbelust., Geschenkvert. a. umst. Prgr.

**Rennen zu Grunewald**  
Freitag, den 22. Oktober  
nachmittags 1 Uhr

Salisbury-Sälen  
**Theater  
Königsplatzstr.**  
8 Uhr:  
**Mrs. Chenery Ende**  
Elisabeth Bernger

**Komödienhaus**  
**Einbruch**  
Ralph A. Roberts

Th. 2. Kurfürstendamm  
Gastspiel d. Me-  
kauer Künstler.  
Theaters Habima  
Heute, u. Stg. 8 U.:  
**Der ewige Jude**  
Sonnab. Dybuk  
Wg. Jacobs Traum

**Komödienhaus**  
Jeden Sonntag 3 U.  
Der Garten Eden

... herzerquickend

**Kathreinners  
Malzkaffee**



Erst nach wochenlanger, sorglicher Sonderbehandlung  
des Urstoffes gewinnen wir den „echten Kathrein“ in  
immer gleichbleibender Edelgüte.

Bitte wenden Sie nun auch einige Minuten auf, um ihn  
richtig, nach der Kathrein-Kochvorschrift, zu kochen.  
Ein Pfundpaket kostet nur 50 Pfg.

**SCALA**  
Kurfürst 6456  
8 Uhr  
**Varieté-  
Neuheiten**  
Sonnab. u. Sonntag  
2 Vorstellungen  
3 1/2 und 8 Uhr,  
3 1/2 zu ermäßig.  
Preisen d. ganze  
Programm!

**Theater a. Kothl. Tor**  
Kathl. Str. 6  
Tägl. 8 Uhr u. Sonnt.  
tag nachm. 3 Uhr (zu  
ermäßigten Preisen)

**Ellie-  
Sänger**  
mit dem  
Kunst. Gänse-  
Quartett

**KREATUR**  
Roman der Zeit  
von Friedrich Wolf  
spricht  
**THEO MARET**  
für den  
**BÜCHERKREIS**

Die 2. Wiederholung des literarischen Abends findet statt  
am Sonntag, den 24. Oktober 1926, abends 8 Uhr, im  
Bürgersaal des Rathauses, Königstraße. — Karten zu 50 Pfg.  
einschließlich Steuer und Programm durch den Bezirks-  
bildungsausschuß, bei den Bildungsobleuten, den „Vorwärts“-  
Expeditionen oder direkt bei

**Der Bücherkreis** G. m. b. H.  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6  
(Fernsprecher: Dönhoff 6392)

**Rose-Theater**  
8 1/2 Uhr  
**Sittliche Arbeit**

**Wallner-Theater** Täglich  
8 Uhr  
Gastspiel Hermine Körner mit Familie:  
**Die Marionetten der Zarin**

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
1. Solist: Piepers Diele  
Büchse von Meyzel  
Nachm. halbe Preise!

**Dönhoff-Brettl**  
Varieté-Konzert-Tanz

Auch gegen alte Gallensteine, Leber-  
leiden, Gelbsucht, Gallenblasenentzün-  
dung, Magen- und Darmkrämpfe, Herz-  
krankheiten, Gicht, Rheumatismus,  
Nierensteine, Nierenleiden, Wassersucht,  
Blasensteine, Blasenkatarrh, Innere Ver-  
härtung, Stuhlverstopfung, Hämorrhoiden,  
Zuckerkrankheit, Nervenkrankung,  
Kopfschmerz, Schwindel, Schlaflosigkeit,  
Adernverkalkung, Lungenleiden und  
offene Beine ist zu empfehlen

**Stern-Engel-Tee**  
Giftfrei, D.R. Patent, ges. gesch. Bewährtes  
Harnsäurezerstörungs- und Ausscheide-  
mittel.  
Aerztlich erprobt und empfohlen!  
Auf die der Krankheit entsprechende  
Mischung wird besonders auf-  
merksam gemacht.  
Zu haben in den meisten Apotheken,  
Direkte Bezugsquellenangabe u. Beweis-  
material durch Sternengel-Tee-Groß-  
vertrieb, Bad Schandau/Elbe.

**Berliner Uk-Trio**  
Neukölln. Lahustr. 74/75

**Seidiges Haar**  
Ist der Erfolg regelmäßiger Kopf-  
wäsche mit dem unübertroffenen  
**Schwarzkopf-Schaumpon**. Ver-  
suchen Sie es selbst, verlangen Sie  
aber beim Einkauf ausdrücklich

**Schaumpon**  
mit dem schwarzen Kopf

Am meisten begehrt,  
weil am längsten bewährt!




**Unsere Einheits-Preise — ein Rekord höchster Leistungsfähigkeit!**

<p><b>Klasse A</b> <b>Herren-Ulster</b> genut. Stoffe, mod. Form <b>Bozen. Lodenmantel</b> bericholtes, offen oder ge- schlossen, versch. Farben <b>Sakko-Anzug</b> in schönen Stoffen, moderne Form <b>Sport-Anzug</b> fette Form, mit kurzer oder langer Hose <b>Manch.-Anzug</b> mit Broches, grau und silv</p> <p><b>29.-</b></p>	<p><b>Klasse C</b> <b>Herren-Ulster</b> Gardienart u. marro. Gert und Quastelste <b>Herren-Paletot</b> marro u. Sammetragen <b>Rock-Paletot</b> marro, vorzügliches Sit <b>Sakko-Anzug</b> in blauen u. gemalten Stoffen <b>Sport-Anzug</b> äußere strapazierfähig, u. kurzer od. langer Hose</p> <p><b>49.-</b></p>	<p><b>Klasse E</b> <b>Herren-Ulster</b> schöne Stoffe mit Abent u. Teil mit Oberkante <b>Winter-Paletot</b> vorzügliches Sit, ledi- lone Ware <b>Rock Paletot</b> vorzuehm Ausstattg. u. abgestepft. Brüstungsfalter <b>Leder-Joppe</b> in braun, warm gefüttert, hochwertig verarbeitet <b>Sakko-Anzug</b> gediegene Stoffe, vorzüg- liche Falten</p> <p><b>69.-</b></p>	<p><b>Klasse G</b> Ersatz I. Maß zu tragen! <b>Herren-Ulster</b> Sanochige, herforragend verarbeitete Stoffe <b>Rock-Paletot</b> mit Santragen, elegante Aus- stattung, gute Stoffe <b>Smoking-Anzug</b> Melion-Ghervot in Sammer Ausführung <b>Sakko-Anzug</b> blau Trill, ledilone Pa- letten</p> <p><b>89.-</b></p>
---	--	---	--

In unseren drei  
Verkaufs-  
Geschäften:

**Carl Schulze & Co** / **Brückenstr. 11** | **Schöneberg**  
Ecke Rungestraße | Hauptstr. 10, Ecke Vorbergstr.